

Wien, Montag, den 2. Mai 1927.

Grosse Bestellungen durch die Gemeinde Wien.Im April für mehr als vierzehn Millionen Schilling Arbeitsaufträge.

Im Gegensatz zu den früheren Jahren gibt die Wiener Gemeindeverwaltung jetzt die Arbeitsaufträge schon in den ersten Monaten des Rechnungsjahres an Gewerbe und Industrie, um dadurch wirksam die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und die Volkswirtschaft zu befruchten. Im Jänner wurden für mehr als zehn Millionen Schilling, im Februar für rund zwanzig Millionen Schilling und in den Monaten März und April für vierzehn Millionen Schilling Arbeiten und Lieferungen von der Gemeindeverwaltung vergeben. Insbesondere die immer mehr anwachsende kommunale Wohnbautätigkeit sichert sehr vielen Gewerben die erwünschte Arbeitsmöglichkeit und führt zur Einstellung einer grossen Zahl von Arbeitslosen. Im April hat die Gemeinde den voraussichtlichen Bedarf an Brettelböden für die im Jahre 1927 zu beziehenden Wohnungen bestellt und damit einen Arbeitsauftrag von rund 4,5 Millionen Schilling vergeben. Es wurden zweihunderttausend Quadratmeter Brettelböden bestellt. Einen aussergewöhnlich grossen Umfang haben auch die Erd-, Baumeister- und Eisenbetonarbeiten für die neue Wohnstadt längs der Heiligenstädterstrasse. Diese Arbeiten bewirkten eine sehr umfangreiche Aufnahme von Hilfskräften; sie wurden im April vergeben. Hervorzuheben sind auch die Aufträge an die elektrische und Installationsindustrie für die Einführung der öffentlichen elektrischen Beleuchtung. Die Bestellung von 1600 Waggons Weiss-Stückkalk für die städtischen Wohnhausbauten hat diesem Industriezweig einen grossen Auftrag gebracht. Im April wurden auch die Arbeiten für die Auswechslung der Hochquellenleitungsrohre in vielen Strassenzügen vergeben. Mit den Arbeiten für den Bau des Schwimm-, Sonnen- und Luftbades auf dem Kongressplatz in Ottakring wurde bereits begonnen und dadurch eine grosse Zahl von Arbeitern beschäftigt. Die Bestellung von Wassermessern hat dieser Spezialindustrie einen namhaften Auftrag gesichert. Eine Reihe von Gewerben, die mit dem Wohnhausbau in Verbindung sind, haben im April von der Gemeindeverwaltung bedeutende Arbeitsaufträge erhalten.

In den ersten vier Monaten haben auch die städtischen Unternehmungen für viele Millionen Schilling Bestellungen an Industrie und Gewerbe vergeben. Die Vergabung von städtischen Arbeiten wird auch in den kommenden Monaten im verstärkten Ausmass erfolgen.

Jubilare der Ehe. In Vertretung des Bürgermeisters überreichte amtsführender Stadtrat Richter den Ehepaaren Johann und Barbara Fröhlich, Anton und Karoline Gasche, Jakob und Klementine Weishappel und Johann und Josefa Wallner anlässlich ihrer goldenen Hochzeitsfeier die Ehrengabe der Gemeinde Wien.

Eröffnung der Hietzinger Wohnhausbauten am Sonntag. Bürgermeister Seitz wird am Sonntag zwei grosse städtische Wohnhausanlagen in Hietzing eröffnen. Um  $\frac{1}{2}$  11 Uhr vormittags wird der Wohnhausbau in der Lenneisgasse - Fenzlgasse - Goldschlagstrasse und um 11 Uhr vormittags der Wohnhausbau in der Hickelgasse - Barchettigasse - Sebastian Kelchgasse und Meiselstrasse eröffnet werden. Die Wohnhausanlage in der Lenneisgasse zählt 135 Wohnungen, die Anlage in der Barchettigasse 248 Wohnungen und enthält auch einen städtischen Kindergarten.

## RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
Karl H e n a y

173

Wien, Dienstag, den 3. Mai 1927.

Schulschluss am 8. Juli! Der Stadtschulrat für Wien teilt mit, dass der letzte stundenplanmässige Unterricht am Freitag den 8. Juli 1927 abgehalten wird. Die Zeugnisverteilung erfolgt am Samstag, den 9. Juli um 9 Uhr vormittags. Für das kommende Schuljahr werden die Schülereinschreibungen vom 27. Mai bis 3. Juni (ausgenommen Sonntag, den 29. Mai) von 8 bis 12 Uhr vormittags und am 1. und 2. Juni überdies von 3 bis 5 Uhr nachmittags in der Schulkanzlei vorgenommen. Zur Einschreibung ist der Tauf- oder Geburtschein des Kindes, ein Heimatsnachweis und bei geimpften Kindern das Impfzeugnis mitzubringen. Die Einschreibung der Schüler die eine öffentliche Volksschule in Wien nicht besucht haben, in die Bürgerschule, erfolgt am 14. September zwischen 8 und 11 Uhr vormittags. Die Anmeldungen für den einjährigen Lehrkurs der Bürgerschulen (Vierte Bürgerschulklasse) sind am 6. und 7. Juli, sowie am 20. und 21. September in den Kanzleien der in Betracht kommenden Bürgerschulen ebenfalls von 8 bis 11 Uhr vormittags. Am Freitag, den 16. September haben sich alle Schüler und Schülerinnen um 9 Uhr vormittags zur Einteilung in die Klassen und zur Empfangnahme der Lernmittel in ihren Schulen einzufinden. Der regelmässige Unterricht beginnt am 17. September um 8 Uhr früh. Die vierten Bürgerschulklassen beginnen mit dem Unterricht am Donnerstag, den 22. September um 8 Uhr früh.

Einen Schilling für die Kinder. In Wien wurde vor einigen Jahren eine Arbeitsgemeinschaft, in der alle Parteien zusammenwirken, geschaffen, die gemeinsam mit dem städtischen Jugendamt und den Krankenkassen erholungsbedürftigen Kindern einen Landaufenthalt sichert. Die Zahl der Kinder, deren Eltern nicht in der Lage sind, auch nur für einen ganz kurzen Landaufenthalt zu sorgen, ist so gross, dass die Geldmittel dieser Arbeitsgemeinschaft (Wiener Jugendhilfswerk) nicht ausreichen, um alle Kinder aufs Land zu bringen. Das Jugendhilfswerk wendet sich deshalb wieder an die Bevölkerung und hat in der ersten Maiwoche an alle Wienerinnen und Wiener die Bitte gerichtet, ihr Schärfflein für die erholungsbedürftigen Kinder beizusteuern. Wenn in der Kinderrettungswoche jeder Wiener Haushalt nur einen Schilling spendet, so können fünftausend arme Kinder durch fünf Wochen in die Ferienheime entsendet werden. Das Jugendhilfswerk hat in Jahren 1925 und 1926 mehr als 35.000 Kinder aufs Land geschickt. Dies bedeutet eine gewaltige gesundheitliche Förderung unseres Nachwuchses. Der Tatkraft des Wiener Jugendhilfswerkes ist es gelungen, den Kindern in Oesterreich mehr als zweihundert Heime für die Ferienzeit zu sichern. Die Kinder kommen in eigene Heime nach Geisern, Seeboden am Millstättersee, Gschwendt am Wolfgangsee, Mürzzuschlag, Pottenstein, Traisen, Hohenberg, Bad Fischau, Niederalm bei Salzburg, Gebelsburg, Neulengbach, Mitterbach, Kronberg, Wieselburg u.s.w. Auch heuer haben sich in dankenswerter Weise die Wiener Fürsorgeräte und die Bezirksvorstehungen in den Dienst der Kinderrettungswoche gestellt. Das bekannte Plakat ladet die Bevölkerung zum Spenden ein. In den Häusern werden amtliche Sammelbogen von den Hausbesorgern von Tür zu Tür getragen und die Fürsorgeräte übernehmen die Sammelgelder. Nicht weniger als 35 Musikkapellen werden während der Kinderrettungswoche Strassenumzüge und Platzkonzerte veranstalten. Den Abschluss dieser gemeinnützigen Aktion bildet eine Strassensammlung am Samstag, den 7. Mai nachmittags und Sonntag den 8. Mai vormittags. Möge jeder Bewohner unserer Stadt an diesen Tagen sich der vielen armen lufthungrigen Kinder erinnern, dann wird ihm das Geben gewiss leicht werden.

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
Karl H o n a y174  
Zweite Ausgabe

Wien, Dienstag, den 3. Mai 1927.

Angebliche Wahlmissbräuche in Wien. Zu den Angriffen auf den Magistrat anlässlich der Durchführung der Wahlen, die allerdings jeder Konkretisierung entbehren und nur ganz allgemein gehalten sind, so dass eine Widerlegung im Einzelfalle nicht möglich ist, muss zur Information der unbefangenen Bevölkerungskreise folgendes mitgeteilt werden:

Die Verzeichnisse der Wahlberechtigten für das Jahr 1927 wurden unter Mitwirkung der Bevölkerung in der Weise angelegt, dass der Magistrat in jedes Haus eine Hausliste zustellen liess, in der vom Hauseigentümer oder seinem Stellvertreter sämtliche Wohnparteien zu verzeichnen waren. Die Wohnparteien hatten, sofern sie österreichische Bundesbürger sind und vor dem 1. Jänner 1927 das zwanzigste Lebensjahr erreicht haben, Wähleranlageblätter auszufüllen und dem Hauseigentümer zu übergeben. An der Hand der Hausliste und der Wähleranlageblätter wurde von einem Beauftragten des Magistrates im Hause selbst die Ueberprüfung der Wahlberechtigten jeder Person, die ein Anlageblatt ausgefertigt hat, vorgenommen. Die Grundlage für die Anlegung des Wählerverzeichnis bildeten die überprüften Wähleranlageblätter. Um ein möglichst vollständiges Wählerverzeichnis zu erreichen, wurde dem Gesetz entsprechend vor dem Beginn des Reklamationsverfahrens in jedem Haus durch Anschlag eine Verlautbarung des Magistrates veranlasst, die ausweist, wie viele Personen männlichen und wieviele weiblichen Geschlechtes in jeder Wohnung als wahlberechtigt in dem Wählerverzeichnis eingetragen sind. Während einer Frist von vierzehn Tagen, beginnend vom 1. Februar, waren die Wählerverzeichnisse zu jedermanns Einsicht aufgelegt. In dieser Zeit konnten mündlich oder schriftlich Einwendungen erhoben werden. Nach Abschluss dieses Reklamationsverfahrens wurden alle dem Magistrat zur Kenntnis gekommenen Tatsachen, die für die Gestaltung des Wählerverzeichnis von Bedeutung sind, wie Uebersiedlungen, Verleihung der Bundesbürgerschaft, Todesfälle, Wohnungsveränderungen, Abstrafung, zum Anlass der Vormerkung genommen, so dass die vom Ende der Reklamationsfrist bis zum Beginn des neuerlich mit 15. März einsetzenden Einspruchsverfahrens vorgefallenen Umstände in der Wählerliste berücksichtigt wurden. Auch vor dem zweiten Reklamationsverfahren wurden neuerlich die erwähnten Hauskundmachungen angeschlagen, um den Wahlberechtigten wieder die Möglichkeit zu geben, sich von ihrer Eintragung im Wählerverzeichnis zu überzeugen. Ueberdies hatten die wahlwerbenden Parteien Abschriften der Wählerverzeichnisse schon lange vor der Wahl in Händen und konnten so, da die Wählerverzeichnisse nach Häusern geordnet angelegt sind, die Richtigkeit auch parteimässig überprüfen. Desgleichen wurden die Ergebnisse des Einspruchs- und Berufungsverfahren den wahlwerbenden Parteien ausgefolgt und ausserdem die Wahlberechtigten durch wiederholte Zeitungsnotizen auf das Reklamationsverfahren aufmerksam gemacht. Der Magistrat hat also nichts unversucht gelassen, jedem Wahlberechtigten sein Wahlrecht zu sichern. Wenn trotz aller dieser Massnahmen der Vorwurf erhoben wird, dass nicht alle Wahlberechtigten aufgenommen worden sind, so ist dem gegenüber festzustellen, dass zahlreiche Personen schon im Jänner 1927 trotz der mündlichen Aufforderung ein Wähleranlageblatt überhaupt nicht oder nur unvollständig ausgefüllt haben. Schliesslich haben sie es auch unterlassen, im Einspruchsweg (Reklamationsverfahren) zu dem ihnen zweimal die Möglichkeit geboten war, ihre Eintragung in das Wählerverzeichnis zu begehren. Es wurde übrigens das Reklamationsverfahren entsprechend aus-

genützt. Beim Magistrat langten nämlich 20.101 Aufnahmebegehren und 15.099 Ausscheidungsbegehren ein. Ausserdem wurden 3082 Richtigstellungsbeghären eingebracht. Von diesen Reklamationen wurden 33.472 stattgegeben und 4810 wurden abgewiesen. Die gegen die Abweisungen eingebrachten 1569 Berufungen wurden in der von den wahlwerbenden Parteien beschickten Berufungskommissionen entschieden. Was die Durchführung der Wahl selbst anlangt, so muss darauf verwiesen werden, dass in jeder der 1617 Ortswahlbehörden ein Vertreter der christlichsozialen Partei, sei es als Vorsitzender, sei es als Beisitzer anwesend war. Ueberdies hatten in jedem Wahllokal die von den einzelnen Parteien namhaft gemachten Wahlzeugen Gelegenheit, die Gesetzmässigkeit des Wahlvorganges zu beobachten. Die Behauptung, dass einzelne Wahlleiter von amtswegen enthoben werden mussten, ist vollkommen unrichtig. Nach dem in den Wahlprotokollen enthaltenen Aufzeichnungen wurden in ganz Wien 22 Personen beanständet; hiebei ist aber gar nicht festgestellt, ob in diesen Fällen böse Absicht vorgelegen hat. In breiten Bevölkerungsschichten besteht eben noch die Meinung, dass ein am Erscheinen verhinderter Wähler sich durch einen nahen Familienangehörigen vertreten lassen kann.

Einsprüche gegen das Wahlergebnis. Nach der Gemeindevahlordnung kann gegen das ziffermässige Ergebnis der Wahl binnen acht Tagen nach der Wahl ein Einspruch erhoben werden. Am letzten Tag der Frist sind nun vier Einsprüche eingelangt. Diese Einsprüche lassen jedes konkrete Vorbringen vermissen. Es wurde aber die Ueberprüfung des ziffermässigen Wahlergebnisses verlangt. Diese Ueberprüfung wurde sofort angeordnet. Es werden durch Beamte des Magistrats die bei den Wahlakten befindlichen Stimmzettel nachgezählt und mit den Eintragungen in den von den Wahlkommissionen aufgehobenen und von sämtlichen Mitgliedern der Wahlkommissionen unterschriebenen Wahlprotokollen verglichen. Gegen diesen Vorgang haben nun heute Stadtrat Kunschak und Gemeinderat Zimmerl bei Bürgermeister Seitz protestiert. Sie begründeten ihren Protest damit, dass diese Aufgabe der Stadtwahlbehörde zufalle und nicht dem Magistrat. Der Bürgermeister zog der Verhandlung den Magistratsdirektor Dr. Hartl bei, der die Aufklärung gab, dass sich die Ueberprüfung als eine vorbereitende Handlung darstellt, die selbstverständlich nicht die Stadtwahlbehörde, die ja ein Kollegium ist, vornehmen kann, sondern die wie alle anderen Vorbereitungen für die Beschlussfassung vom Magistrat durchgeführt wird. Ueberdies handelt es sich um rund 270.000 Stimmzettel, deren Zählung nur von einer grösseren Zahl von Beamten durchgeführt werden könne. Schliesslich schreibt der § 19 der Nationalratswahlordnung, der gemäss § 6 der Gemeindevahlordnung auch für die Gemeindevahlen gilt, ausdrücklich vor, dass die Wahlbehörden als Körperschaft ihre Tätigkeit auf allgemeine grundsätzliche und wichtige Verfügungen und Entscheidungen zu beschränken haben; alle anderen Arbeiten sind durch den Wahlleiter und seine Organe zu besorgen. Auf Grund dieser gesetzlichen Bestimmungen erklärte der Bürgermeister, dass er das Vorgehen des Magistrats für vollkommen gesetzmässig halte und deshalb keine Veranlassung habe, es zu inhibieren.

Wien, am Mittwoch, den 4. Mai 1927

Keine Sprechstunde beim städtischen Baureferenten. Morgen, Donnerstag entfällt wegen dienstlicher Verhinderung die Sprechstunde beim städtischen Baureferenten, amtsführenden Stadtrat Siegel.

Deutsche Gartenbauvereine besuchen Wien. Nach einer Mitteilung der Fremdenverkehrskommission der Bundesländer Wien und Niederösterreich, sind in den Sommermonaten Besuche zahlreicher deutscher Gartenbauvereine angesagt. Im Juli werden einige hundert Gärtner aus dem Rheinland mit der Kölner Gartenbaugesellschaft eintreffen und eine Woche in Wien und Niederösterreich verbringen. Im Anschluss an die im August in München stattfindende Sommertagung des Reichsverbandes des deutschen Gartenbaues wird von dieser Vereinigung eine Fahrt nach Wien unternommen, an der ungefähr zweitausend reichsdeutsche Gärtner teilnehmen dürften. Auch der Landesverband der Gärtner Württembergs beabsichtigt eine Gesellschaftsreise nach Wien zu veranstalten. Vom 19. bis 25. September wird in Wien auch der Internationale Gartenbaukongress abgehalten werden, für den bereits zahlreiche Anmeldungen aus allen Ländern Europas und auch aus Amerika vorliegen. Im Oktober wird im Messepalast eine Bundesobstausstellung veranstaltet.

Freitag bis Sonntag mit dem Wasser sparen! Am Donnerstag muss wegen dringender Arbeiten die zweite Hochquellenleitung abgesperrt werden. Diese Absperrung wird am Freitag in den Häusern fühlbar werden, weil dann nur die Zuflüsse aus der ersten Hochquellenleitung zur Verfügung stehen. Die Absperrung dauert bis Sonntag. Der Magistrat ersucht die Bevölkerung an diesen drei Tagen die grösstmögliche Sparsamkeit im Wasserverbrauch zu beobachten. Es wird auch die Bespritzung der Strassen und Gartenanlagen an diesen drei Tagen unterbleiben.

Freie städtische Hilfsärztestellen. Im städtischen Gesundheitsamt werden vier Stellen von Hilfsärzten für den Sanitätsdienst besetzt. Bewerber um diese Stellen müssen die Praxisberechtigung und eine mindestens zweijährige allgemeine ärztliche Ausbildung in einem inländischen Spital nachweisen. Ausserdem wird ein Facharzt für Orthopädie vertragsmässig angestellt. Bewerber um diese Stelle haben die Praxisberechtigung, ihre fachliche Befähigung für Orthopädie und die Betätigung auf dem Gebiet der Krüppelfürsorge nachzuweisen. Die Gesuche für die vier Hilfsärztestellen sind bis längstens 21. Mai und die Gesuche um die Facharztstelle bis längstens 14. Mai an die Kanzlei der Verwaltungsgruppe für Personalangelegenheiten im Neuen Wiener Rathaus zu richten. Die Gesuche müssen mit einem Schillingstempel versehen werden.

Kommunale Ehrung der Malerin Kreidl. Die Gemeinde Wien hat der Malerin Rega Kreidl in Würdigung ihrer künstlerischen Leistungen als Ehrengabe einen goldenen Ring, geziert mit dem in Edelsteinen gefassten Wappen der Stadt Wien, verliehen. Bürgermeister Seitz überreichte heute nachmittags im Rathaus der Künstlerin dieses Ehrengeschenk. An der Feier nahm auch eine Reihe von Künstlern und Kunstfreunden teil. Der Bürgermeister dankte der Künstlerin für ihr insbesondere auf dem Gebiet der Gotik hervorragendes Wirken, das ein bei Frauen in diesem Fache ungewöhnliche Energie zeige. Die Künstlerin dankte dem Bürgermeister für die Ehrung und überreichte ihm für das städtische Museum zwei Zeichnungen, die Kirche Maria am Gestade, darstellend.

Wien, Donnerstag, den 5. Mai 1927.

Wettbewerb "Wien im Blumenschmuck". Die von der Gemeinde Wien im Jahre 1924 wieder aufgenommene Aktion zur Ausschmückung der Fenster, Balkone und Geschäftslokale mit Blumen, hat von Jahr zu Jahr größeren Anklang in der Bevölkerung gefunden. Die Gemeinde selbst nimmt durch die Ausschmückung der öffentlichen Gärten, durch Anbringung von Blumenschmuck an Lichtmasten und städtischen Gebäuden an diesem Werk teil. Auch heuer veranstaltet die Gemeinde wieder einen Blumenschmuckwettbewerb. Sie widmet hierfür zehntausend Schilling zur Schaffung von Preisen für die Ausschmückung einzelner Fenster, Balkone, Geschäftslokale und ganzer Wohnschauseiten. Ausschmückungen in Höfen und Vorgärten sind vom Wettbewerb ausgeschlossen. Anmeldungen zur Preisbewerbung für die Blumenaus schmückung sind bis spätestens 18. Juni 1927 schriftlich an die Magistratsabteilung 22 im Neuen Rathaus oder an die Aktion "Schmückt Euer Heim mit Blumen" in Wien I., Parkring 12, einzusenden. Auskünfte und Merkblätter über die Auswahl und Pflege der in Betracht kommenden Blumen sind in der Magistratsabteilung 22 und im Stadtgarteninspektorat III., Am Heumarkt Nr. 2 erhältlich. Die Preise und Diplome werden von einem Preisgericht zuerkannt.

Das Wahlergebnis in Währing. In einer in einigen Tagesblättern veröffentlichten Rede des Stadtrates Rummelhardt wird behauptet, dass durch die Bezirkswahlbehörde in Währing festgestellt worden sei, die Einheitsliste in diesem Bezirk habe um 28 Stimmen mehr als die sozialdemokratische Liste erhalten und deshalb sei auch der Posten des Bezirksvorstehers den Sozialdemokraten verloren gegangen. Weiters wird behauptet, dass vom Balkon des Amtshauses sogar offiziell verkündet worden sei, der Bezirksvorsteher in Währing ist an die Einheitsliste verloren gegangen. Demgegenüber wird amtlich festgestellt, dass wohl bezüglich der Wahlen in den Gemeinderat die Stimmzählung eine Mehrheit von 29 Stimmen für die Einheitsliste ergab, dagegen bei der Feststellung des Ergebnisses der Bezirksvertretungswahl ein Vorsprung der Sozialdemokraten von 36 Stimmen konstatiert wurde. Unter Berücksichtigung der auf die einzelnen wahlwerbenden Parteien entfallenen Stimmzahl hat die Bezirkswahlbehörde errechnet, dass auf die Sozialdemokratische Partei und auf die Partei der Einheitsliste je fünfzehn Bezirksratsmandate entfallen sind. Zur Frage, welcher Partei die Stelle des Bezirksvorstehers zukommt, hat die Bezirkswahlbehörde keine Stellung genommen. Sie konnte dies schon deshalb nicht tun, weil diese Frage gar nicht in ihren Aufgabenkreis fällt, vielmehr durch eine Bestimmung der Gemeindevahlordnung geregelt ist. Irgend eine offizielle Verkündigung des Wahlergebnisses vom Balkon des Amtshauses hat nicht stattgefunden. Weiters wird ausdrücklich festgestellt, dass eine zweite Stimmzählung durch die Bezirkswahlbehörde nicht vorgenommen wurde. Die von sämtlichen Mietern unterfertigte Niederschrift der Bezirkswahlbehörde steht mit diesen amtlichen Feststellungen vollkommen im Einklang.

Das Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum auf der Ausstellung "Wien und die Wiener". Auf der am Samstag zur Eröffnung gelangenden Ausstellung "Wien und die Wiener" hat das Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum als Volksbildungsinstitut die einheitliche Darstellung eines grossen Teiles der Statistik übernommen. Vor allem sind die Arbeiten des Museums in der Gruppe der Gemeinde Wien zu sehen. Auch in den Abteilungen der Arbeiterkammer und der Sozialversicherungsinstitute sind viele statistische Bildertafeln, bewegte statistische Leuchttafeln, Magnetkarten und Zeichenfilme ausgestellt. Vieles davon wirkt durch den grossen Umfang und die eindrucksvollen Farben. Das Museum bringt auch einen Ausschnitt aus einer Wanderausstellung, die einschliesslich der Beleuchtung überall ohne besondere Montage eingerichtet werden kann. Es werden Bildertafeln über Fürsorge, Schule, Bauwesen, Kultur-entwicklung, Arbeit und Produktion auf dem Beschauer einwirken. Besonderen Eindruck wird ein grossangelegter transparenter Leuchtspiegel machen, der der Statistik dienstbar gemacht wurde. Auch die Magnetkarte von Oesterreich, auf der die täglichen Wetterveränderungen zu sehen sein werden, dürfte Interesse erregen. Die Gesamtheit der vom Museum aufgestellten Tafeln ist ein grosses soziales Bilderbuch von Wien und seiner Bevölkerung.

#### Das Fortbildungsschulwesen auf der Ausstellung "Wien und die Wiener".

Im Rahmen dieser Ausstellung veranstaltet der Wiener Fortbildungsschulrat eine Uebersicht über die Wiener fachlichen Fortbildungsschulen. Im Messepalast wird am Samstag um halb elf Uhr vormittags der erste Teil der Ausstellung eröffnet werden. Er umfasst statistische Tabellen über das Wiener gewerbliche Fortbildungsschulwesen, Modelle eines Lehrlingsheimes, des Zentralfortbildungsschulgebäudes und Lehrwerkstätten-erzeugnisse. Im Zentralfortbildungsschulgebäude in der Mollardgasse 87 wird die Ausstellung, die Lehrwerkstättenarbeiten und Lehrmittel der fachlichen Fortbildungsschulen für metallverarbeitende Gewerbe enthält, am Sonntag um halb zehn Uhr vormittags eröffnet. Der dritte Teil ist im Zentralfortbildungsschulgebäude in der Hütteldorferstrasse 1 untergebracht und zeigt Lehrwerkstätten-erzeugnisse der fachlichen Fortbildungsschulen für holzverarbeitende Gewerbe, Textilgewerbe, Lederverarbeitende Gewerbe und Kunstgewerbe. Dieser Teil wird am Sonntag um elf Uhr vormittags eröffnet. Die Ausstellungen bleiben bis 30. Juni täglich von neun Uhr früh bis sieben Uhr abends und an Sonntagen von neun Uhr früh bis ein Uhr mittags geöffnet.

397.207 Gaskonsumenten in Wien. Im April ist die Zahl der Gaskonsumenten in Wien abermals um mehr als dreitausend gestiegen. Gegenüber 31. Dezember 1913 hat sich der Gasmesserstand von 211.815 auf 397.207 am 30. April 1927 erhöht. Die Einrichtung von Gasanlagen auf Teilzahlung wird auch heuer fortgesetzt; seit 1. Jänner wurde in 58 Häusern mit 410 Wohnungen Gas auf Teilzahlung eingeleitet. Auch der Verkauf von Gasgeräten und Koksöfen hat im April eine starke Zunahme zu verzeichnen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
Karl H o n a y

177  
Zweite Ausgabe

Wien, Donnerstag, den 5. Mai 1927.

.....  
Das Wahlergebnis in Währing. Im letzten Satz dieser in der ersten heutigen Ausgabe enthaltenen Notiz soll es richtig statt Mietern Mitglieder heissen.  
.....

Der Bürgermeister von New-York an den Bürgermeister von Wien.

Die Fremdenverkehrskommission in New-York hat am Broadway eine Propagandastelle errichtet, die mit den dortigen massgebenden Kreisen Fühlung genommen hat, um Wien und seiner Umgebung einen entsprechenden Anteil an dem aus Amerika nach Europa kommenden Fremdenzustrom zu sichern. Gestern erschien der Vorsitzende der Fremdenverkehrskommission der Bundesländer Wien und Niederösterreich, Generaldirektor Julius Müller und dem Sekretär der Kommission, Kurt Kronfeld bei Bürgermeister Seitz. In ihrer Begleitung befanden sich der Leiter der New-Yorker Propagandastelle, Dr. Viktor Heller. Letzterer überbrachte dem Bürgermeister ein Schreiben, das ihm der Bürgermeister von New-York, James I. Walker, zur Uebergabe an den Bürgermeister der Stadt Wien ausgefolgt hatte. Das Schreiben zeugt von dem Interesse, das heute bereits in Amerika für Wien wachgerufen wurde und hat folgenden Wortlaut: "An den Bürgermeister von Wien! Ich nehme Gelegenheit, um die Grüsse der Bevölkerung von New-York an die Bevölkerung von Wien zu senden. Alte Bande haben uns in der Vergangenheit verknüpft und wir sind uns der neuen bewusst, welche uns jetzt verflechten. Der Name Wien hat immer unsere Phantasie angeregt und wir sind mit dem Eigenartigen, was es auf dem Gebiete der Musik, der Kunst der Literatur, Wissenschaft und Industrie hervorgebracht hat, wohl vertraut; wir sind durch diese in verschiedener Weise befruchtet worden. Wir hoffen, dass der grosse schöpferische Geist, welcher Ihr Volk auszeichnet, noch lange die Welt bereichern wird. Die Bevölkerung von New-York übermittelt Ihnen als Ausdruck ihrer Schätzung eine Botschaft der Freundschaft und zugleich die Einladung zum Besuche unserer Stadt."

Bürgermeister Seitz hat diesen Brief mit einem überaus herzlichen Schreiben beantwortet, in dem er sagt, dass die amerikanischen Gäste in Wien den Wienern niemals wie Fremde, sondern stets wie Freunde erscheinen.  
.....

## Eröffnung der Ausstellung "Wien und die Wiener."

### Rede des Bürgermeisters:

Der Präsident der Ausstellung hat in liebenswürdiger Weise der Verdienste der Stadt Wien um die Ausstellung gedacht. Aber dieses schöne Unternehmen hat nur Anklang und allgemeine Beachtung gefunden, weil Sie, Herr Bundespräsident, die Güte hatten, es unter ihren Ehrenschatz zu nehmen.

Die Stadt Wien ist Ihnen, Herr Bundespräsident, dafür zu grossem Dank verpflichtet. Wenn wir nach einer Reihe von internationalen Ausstellungen gewissermassen als Auftakt zu den Wiener Festwochen nunmehr eine Ausstellung rein lokaler Natur veranstalten, deren Gegenstand Wien und die Wiener bildet, so soll dadurch keineswegs die internationale Bedeutung dieser Schau in Abrede gestellt werden. Denn gerade dadurch, dass wir ein Bild der Entstehung und ihrer Stadt Wien, ihrer/Entwicklung geben und ihr künstlerisches und wirtschaftliches Leben zusammenfassend zeigen, laden wir die ganze Welt ein, unser Sein und Werden zu schauen und das richtige Bild dieser Stadt und der ganzen Republik zu gewinnen.

Wien ist in diesen Jahren wirklich zu einer Kongressstadt geworden. Es ist uns gelungen den Fremdenverkehr, der angesichts der tristen handelspolitischen Lage/<sup>eine der</sup> wichtigsten Grundlagen unserer Wirtschaft werden soll, ausserordentlich zu steigern. Es gibt Hotels in Wien, die bis zum Herbst alle ihre Zimmer vermietet haben. In vielen dieser Betriebe sehen wir reges Leben, Ausgestaltung und Neugestaltung aller Einrichtungen, die erst durch die Hilfsaktion der Gemeinde ermöglicht wurden. Aber wenn wir so alles daran setzen, Wien den Fremden näher zu bringen, ihnen diese ehrwürdige Stadt der Wissenschaft, Kunst und Musik ins richtige Licht zu stellen, so sollen wir doch nicht vergessen, dass viele Wiener selbst ihre Stadt und deren Geschichte nicht kennen. Durch die grosse Reform des Schulwesens und des Unterrichtes wird unsere Jugend allerdings in diesem Sinne schon besser erzogen. Aber man kann nicht bestreiten, dass es nützlich ist, weite Kreise unseres Volkes mit der Geschichte der Stadt vertraut zu machen, ihnen die unvergleichlichen Schönheiten und die reichen Schätze unserer Kultur Wiens darzubieten.

Die Ausstellung wird sich auch dadurch als nützlich erweisen, dass der Strom der Besucher, der aus den Bundesländern der Republik kommt, zur Hauptstadt in nähere und innigere Beziehungen gebracht wird, und so den Ländern auch die geistigen Kraftquellen, die von dieser Ausstellung ausstrahlen, zu Nutzen kommen.

So ist dieses Werk, an dessen Spitze Sie, Herr Bundespräsident stehen, nicht nur ein Werk der Stadt Wien, sondern ein Werk der Republik. Als Bürgermeister ist es meine Pflicht all derer zu gedenken, die sich um die Ausstellung verdient gemacht haben. Vor allem des Präsidenten Professor Dr. Exner, des Vizekanzlers Dr. Břejsky, des Generaldirektors der Wiener Messe Kommerzialrat Müller, wie der Messe und ihren Mitarbeitern überhaupt und allen Mitgliedern des Komitees und der einzelnen Ausschüsse, den Ausstellern, Technikern, sowie allen die durch ihre geistige und manuelle Arbeit an dem Gelingen des grossen Werkes Anteil haben. Möge von dieser Ausstellung weithin Licht und Werbekraft für unsere Stadt ausstrahlen. (Stürmischer Beifall).

Wien, Freitag, den 6. Mai 1927.

Die Einberufung des Wiener Gemeinderates. Heute nachmittags fand die Konstituierung des Klubs der Sozialdemokraten im Wiener Gemeinderat statt. Zum Klubobmann wurde wieder Gemeinderat Dr. Danneberg und zu Stellvertretern wurden Gemeinderat Nachtnebel und Gemeinderätin Glückel gewählt. In den Klubvorstand wurden entsendet die Gemeinderäte Bermann, Blum, Marie Book, Grolig, Hedorfer, Hofbauer, Reismann, Stein und Bezirksvorsteher Bretschneider. Ausserdem gehören dem Klubvorstand der Bürgermeister und die amtsführenden Stadträte an. Der Klub beschloss sodann einhellig und ohne Debatte die Wiederwahl des Bürgermeisters Karl Seitz, des Vizebürgermeisters Emmerling und der amtsführenden Stadträte Speiser, Breitner, Professor Tandler, Weber, Siegel, Kokrda, Richter und Emmerling. Als Landtagspräsident wurde wieder Dr. Danneberg und zum dritten Landtagspräsidenten Gemeinderat Hellmann designiert. Als Vorsitzende des Gemeinderates wurden Bürgermeister Seitz und die Gemeinderäte Weigl, Book und Linder bestimmt. Der Klub beschloss ferner die konstituierende Sitzung des Gemeinderates und Landtages für Freitag, den 20. Mai anzuberaumen. Bezüglich der acht Gemeinderatsausschüsse wurde beschlossen, eine geringfügige Vermehrung der Zahl der Mitglieder eintreten zu lassen, damit alle Gemeinderäte Gelegenheit haben, einem Ausschuss anzugehören. Der Klub beschloss dann noch, dass gleich in der ersten Sitzung des Gemeinderates einige wichtige Vorlagen zur Durchführung des Arbeitsprogrammes, das die sozialdemokratische Partei in der Wahlbewegung aufgestellt hat, eingebracht werden sollen.

Spart mit dem Wasser! Trotz der Aufforderung während der Absperrung der zweiten Hochquellenleitung mit dem Wasser zu sparen, ist ein übermässig grosser Wasserverbrauch zu verzeichnen. Die Wasservorräte sind schon jetzt zur Hälfte verbraucht, obwohl mit dem Einlangen der Zuflüsse aus der zweiten Hochquellenleitung erst am Sonntag gerechnet werden kann. Der Magistrat ersucht die Bevölkerung dringendst mit dem Wasser am Samstag und Sonntag zu sparen, damit eine vorzeitige Erschöpfung der noch zur Verfügung stehenden Wassermengen und Störungen in der Wasserabgabe hintangehalten werden können. Ferner wird aufmerksam gemacht, dass infolge des starken Sinkens der Wasservorräte in den Behältern, leichte Wassertrübungen und Verminderungen des Wasserdruckes in den Häusern eintreten werden.

Der Haupttreffer der Reiseloterie des Jugendhilfswerkes. Am Mittwoch hat die Ziehung der dritten Reiseloterie des Wiener Jugendhilfswerkes stattgefunden. Der erste Haupttreffer im Werte von zehntausend Schilling - eine Reise um die Erde - entfiel auf das Los 114.007. Der zweite Haupttreffer im Werte von 2500 Schilling - eine Reise nach Südamerika - entfiel auf das Los 253.228. Der dritte Haupttreffer im Werte von tausend Schilling - eine Reise nach Helgoland - entfiel auf das Los 240.109. Weiters wurden gezogen fünfzig Treffer von je 200 Schilling für einen achttägigen Landaufenthalt samt Reise und tausend Treffer im Wert von je zehn Schilling für eine Fahrt in die Wachau und zurück. Ziehungslisten sind vom 10. Mai angefangen in allen Tabak-Trafiken zu haben.

Wien, am Samstag, den 7. Mai 1927

.....  
Die Eröffnung des Planetariums. Im Anschluss an die Eröffnung der Ausstellung "Wien und die Wiener", eröffnete Bürgermeister Seitz das Wiener Planetarium. An der Feier nahm auch Bundeskanzler Dr. Seipel teil. Der Generaldirektor der Wiener Messe, Kommerzialrat Julius Müller, begrüßte die Gäste, worauf Bürgermeister Seitz ausführte: Ich danke zunächst der Regierung für das hohe Interesse, das sie diesem Institut entgegenbringt und das sie durch die Anwesenheit des Chefs der Regierung bekundet. Es ist für Wien eigentlich ein Manko gewesen, dass wir ein Planetarium bisher nicht besessen haben. Es gibt viele kleinere deutsche Städte, die uns in dieser Hinsicht weit voraus sind. Wir haben es deshalb als unsere Pflicht erachtet, den Gedanken, ein solches Planetarium zu errichten, sofort aufzugreifen und dessen Verwirklichung zu ermöglichen. Ich erhoffe mir ein reges Interesse dafür. Die Beziehungen des Menschen zu den Gestirnen - ich sehe hierbei ganz ab von den physischen -, sondern die rein ethischen, die ideellen, die geistigen Beziehungen, sind ja sehr innige, wenn sie auch im Laufe der Jahrhunderte und Jahrtausende wechselnd waren. Aber immer hatte der Mensch gewisse geistige Beziehungen zu den Gestirnen, zu ihren Verlauf, zu ihren Bewegungen. Darin zeigt sich der grosse Forschungsdrang des Menschen. Wir wollen vor allem unserer Jugend Gelegenheit bieten, diesem Drang Rechnung zu tragen.

Wenn wir an die Zeiten der alten Ägypter und ihrer Sternkunde und Sternforschung denken, und den Weg verfolgen, den die Menschheit bis zum heutigen Tag genommen hat, so stehen wir voll Bewunderung vor der ungeheuerigen geistigen und kulturellen Leistung, die hier vollbracht wurde. Wir sehen in diesem Planetarium ein Wunder der Technik und erhoffen uns davon im wahrsten Sinne des Wortes eine wesentliche Erweiterung unseres Horizonts. Ich danke, so wie Generaldirektor Müller, allen jenen die sich um das Planetarium verdient gemacht haben. Ich will hier keine Namen nennen, aber ich danke vor allem der Wiener Messe, die es uns allein ermöglicht hat, sowohl die Ausstellung, wie das Planetarium <sup>zu</sup> schaffen. Ich erkläre das Planetarium für eröffnet. Mögen Wiens Bürger, vor allem aber Wiens Kinder und Wiens Jugend, hierher pilgern und wissenschaftliche Anregung finden. (Lebhafter Beifall).

An die Eröffnungsfeierschloss sich eine Vorführung an  
 .....

Die Wiener Festwochen. Die internationale Propaganda, die gegenwärtig für die vom 5. bis 19. Juni stattfindenden Festwochen durch die Fremdenverkehrskommission betrieben wird, hat für die Veranstaltung ein Interesse wachgerufen, wie es sich bisher bei derartigen Festen noch niemals gezeigt hat. Neben zahlreichen Einzelreisen und kleineren Gruppen, sind bereits grössere Gesellschaftsreisen aus Deutschland, Holland, England, der Schweiz, Schweden, den Nachbarstaaten und den Bundesländern angemeldet. Soweit sich der Erfolg der Aktion "Wien wirbt für Wien" heute schon überblicken lässt, ist der Versuch, zum erstenmal die persönlichen Beziehungen der Wiener Bevölkerung zu auswärtigen Kreisen in den Dienst des Fremdenverkehrs zu stellen, als geglückt zu betrachten. Eine grosse Zahl von Wiener Kaufleuten hat die Werbebriefe, die durch die Fremdenverkehrskommission kostenlos ausgefolgt werden, an auswärtige Geschäftsfreunde versendet und bereits viele Antworten erhalten, aus denen hervorgeht, dass auch zahl-

reiche auswärtige Kaufleute anlässlich der Festwochen nach Wien kommen werden. Wie der Generaldirektor der Bundestheater in einer Sitzung des Theaterausschusses der Festwochen mitteilte, beabsichtigt die Bundestheaterverwaltung die Veranstaltung einiger Festvorstellungen im Redoutensaal. Die musikalische Leitung der Aufführung von Beethovens Neunter Sinfonie, die die Stadt Baden vorbereitet, hat Operndirektor Franz Schalk übernommen. Die Aufführung wird am 19. Juni durch den gemischten Chor des Wiener Schubertbundes und das Wiener philharmonische Orchester erfolgen.

.....  
Koch- und Haushaltungsschule der Stadt Wien. Für das nächste Schuljahr werden schon jetzt Einschreibungen entgegengenommen. Anfang Juli wird auch ein Einsiedekurs abgehalten. Einschreibungen täglich von 10 bis 1 Uhr in der Kanzlei in Mariahilf, Brückengasse 3.

.....  
Unveränderte Kanalräumungsgebühren. Für den Monat Mai wurden die Kanalräumungsgebühren unverändert mit dem Dreissigfachen des Betrages, der für August 1914 als Mietzins bezahlt worden ist, festgesetzt. Die Gebühr bleibt also unverändert.

.....  
Vergesst nicht die Kinderrettungswoche! Die Strassensammlungen für die Kinderrettungswoche werden auch heute Sonntag fortgesetzt. In allen Bezirken veranstalten Musikkapellen Platzkonzerte und Umzüge. Von 11 bis halb 1 Uhr mittag wird die Musikkapelle des Infanterieregimentes Nr. 2 am Hietzinger Platz konzertieren. Von halb 11 bis 12 Uhr mittag spielt die Kapelle des Infanterieregimentes Nr. 3 beim Hesperdenkmal am Mariahilfer Gürtel, das Infanterieregiment Nr. 4 spielt von 11 bis halb 1 Uhr mittag vor dem Rathaus und die Musikkapelle des Infanterieregimentes Nr. 5 veranstaltet von zehn bis halb zwölf Uhr vormittags beim Strauss-Denkmal im Stadtpark ein Konzert.

.....  
Die Blütenrundfahrten in die Wachau. Die Fremdenverkehrskommission der Bundesländer Wien und Niederösterreich teilt mit, dass die Kraftwagenfahrten durch die Wachau auf beiden Ufern der Donau zweimal täglich und zwar um 9 Uhr früh von Krems über Rossatz nach Melk stattfinden. Ferner geht ein Kraftwagen um 2 Uhr nachmittags von Krems über Rossatz nach Melk, um 3 Uhr von Krems über Spitz nach Melk. Der Fahrpreis Krems - Melk beträgt 3.50 Schilling, der für die Zwischenstationen wird nach einem Satz von zehn Groschen für einen Kilometer berechnet. Diese Einteilung gilt bis 14. Mai. Vom 15. Mai angefangen wird nur die Strecke Krems - Rossatz - Melk befahren. Gleichzeitig werden auch mehrere neue Kraftwagenlinien im Gebiet der Wachau im Betrieb gesetzt.

Wien, am Sonntag, den 8. Mai 1927

Eröffnung von städtischen Wohnhausanlagen in Hietzing

Heute vormittags wurden in Hietzing zwei grosse Wohnbauten der Gemeinde feierlich eröffnet. Die erste Feier wurde im Bau-block Lennelgasse-Fenzlgasse-Coldschlagstrasse abgehalten. Die Anlage zählt 135 Wohnungen; die Baupläne hat der Architekt Peller vom Stadtbauamt entworfen. Der weite Gartenhof und alle Fenster des schönen Gebäudes waren reich mit Blumen, Tannengrün und Fahnen geschmückt, aber auch die benachbarten privaten Wohnhäuser hatten Festschmuck aufzuweisen. Das Fest fand im prächtigen Gartenhof statt. Erschienen waren die meisten amtsführenden Stadträte, Nationalrat Schiogl, Nationalrätin Boschek, viele Gemeinderäte und Bezirksräte, sowie die leitenden Funktionäre des Magistrats und des Stadtbauamtes. Nach Musik- und Gesangsvorträgen begrüßte Bezirksvorsteher Schimom den Bürgermeister und die Festgäste, worauf für die Mieter Obmann Scherzer der Gemeinde für die hellen und gesunden Wohnungen, in denen sich alle Bewohner glücklich fühlen, herzlich dankte. Jubelnd begrüßt, dankte dann Bürgermeister Seitz für den freundlichen Empfang. Ein solcher Wohnbau, sagte der Bürgermeister, könnte von den Künstlern, von den Architekten noch so schön erdacht sein, figuralt den schönsten Eindruck machen und allen ästhetischen Anforderungen entsprechen, aber dennoch Wohnungen haben, die den Bewohnern keine wesentlichen Erleichterungen bieten. Dass unsere Bauten nicht nur allen Anforderungen der Kunst genügen, sondern auch im Innern zweckmässig sind, das ist ihr grosser Vorzug (Lebhafte Zustimmung).

Man hat in jüngster Zeit, bei den Wahlen, das grosse Wohnbauwerk der Gemeinde in den Parteienkampf hinabgezogen. Der Bau von Wohnungen durch die Gemeinde ist aber eine Frage, die über allen Parteien steht, eine Frage, bei deren Lösung alle, die es redlich und gut mit der Gesundheit unseres Volkes meinen, zusammenwirken müssten, um das grosse Fürsorgewerk zu vollenden (Stürmischer Beifall). Da man aber dieses Werk in den Parteienstreit gezogen hat, bleibt auch uns nichts anderes übrig als die Fehde aufzunehmen, das Wohnbauprogramm durchzuführen und das Wohnungsproblem zu lösen. Und das muss unbedingt und mit aller Energie geschehen! (Neuerlicher, stürmischer Beifall).

Sie haben auch hier die Kinder versammelt. Wir danken Ihnen für diesen Gruss der Jugend und wünschen, dass sie sich in diesem Hause wohlfühlen. Mögen diese Kinder einst freie, aufrechte und tüchtige Bürger der Gemeinde werden! Ich erkläre den Wohnbau für eröffnet! (Stürmischer Beifall).

Nach der Rede des Bürgermeisters dankten Schulkinder der Gemeinde für die Anlage. Mit Besichtigungen von Wohnungen und einem Chor des Arbeitergesangsvereines Hietzing wurde die schöne Feier geschlossen.

Die Eröffnungsfeier in der Barchettigasse

Auch an dieser Feier nahm eine grosse Zahl von Festgästen teil. Die Wohnhausanlage, ein Werk der Architekten Anton Drexler und Rudolf Sowa, wirkt durch die vielen schönen Balkone und die prächtige Fassade ausserordentlich gut auf den Beschauer. Sie enthält 243 Wohnungen und in einem Gartenhof einen vorbildlichen Jugendhort. Gartenhöfe und Schänke, sowie alle Fenster waren geschmückt. Der Hietzinger Gesangsverein eröffnete die Feier mit dem Chor: Es lebe der Trotz und die Kraft! Bezirksvorsteher Schimom erinnerte in seiner Begrüssungsanspra-

che an die Leiden der Mieter vor dem Krieg und dankte der Gemeinde für die umfassende Wohnungsfürsorge, die insbesondere in Hietzing ein Gebot der Notwendigkeit sei. Den Dank der Mieter überbrachte Obmann Exler. Bürgermeister Seitz, der auch hier stürmisch begrüßt wurde, erwiderte: Der Bezirksvorsteher hat mit Recht auf eine frühere Zeit verwiesen, in der die Menschen nicht so glücklich waren, schöne, gesunde Wohnungen in schönen Häusern ihr Eigen zu nennen. Tatsache ist, dass das Wohnungselend im alten Wien eine der grössten und schrecklichsten Plagen war. Die furchtbaren Wohnungsverhältnisse waren ja auch eine der Ursachen dafür, dass man Wien die Stadt der Tuberkulose genannt hat, die Stadt, in der die Kinder schon im frühesten Alter in dumpfen und lichtlosen Behausungen den Keim dieser Krankheit in sich aufgenommen haben. (Stürmische Zustimmung).

Die Sängler haben das Lied gesungen von der Kraft des Mannes, der da schafft und dessen Kraft selbst Kerker sprengen kann. Nicht nur im Sinne dieses Liedes kann Kraft alles zwingen, sondern auch in anderer Bedeutung. Wenn Wien die Stadt der Wohnungsschande genannt wird, so soll schaffende Kraft diese Kerker und die Fesseln sprengen, soll uns befreien aus den Schrecken der Krankheit und des Wohnungselends (Stürmischer Beifall).

Diese Wohnhausbauten, wie wir sie hier aufführen, werden noch lange Zeugen sein für eine gute und zweckmässige, den wirklichen Bedürfnissen des Volkes entsprechende Verwaltung. Unsere Kinder und Kindeskinde werden den Tag segnen, an dem wir die Fesseln gesprengt und diese Häuser geschaffen haben. Nie und nimmer dürfen wir in die Zeit zurückkehren, da jeder Arbeiter und Angestellte, jeder Gewerbetreibende und Kaufmann, den vierten Teil seines Einkommens für die Wohnung zu opfern hatte. Oft für eine Wohnung, in der seine Kinder verelendeten und der Tuberkulose verfielen. Es ist ein schrecklicher Gedanke, dass es noch einmal so werden könnte, wie damals, da der Mann glaubte für seine Kinder, für seine Frau zu schaffen, während nur drei Viertel des Ertrages seiner Arbeit seiner Familie zukamen und ein Viertel geopfert werden musste als Zins für das Hauskapital und für die Hauszinssteuern. Hoffen wir, dass diese Zeiten nie wiederkehren (Lebhafter Beifall).

Dazu bedarf es des Zusammenwirkens des ganzen Volkes. Unser Appell ergeht nicht nur an jene, die uns nahestehen, sondern an alle, die es gut meinen mit den arbeitenden Menschen, die unseren Kindern eine bessere, eine schönere Zukunft sichern wollen (Stürmischer Beifall).

Wir haben in diesem Hause auch einen Jugendhort eröffnet. Er ist ein Symbol der aufbauenden Arbeit, die unserer Jugend, der kommenden Generation gilt. Wir wollen unseren Kindern nicht nur gesunde, sonnige Wohnungen geben, wir wollen unsere Jugend auch fernhalten von der Strasse als Spielplatz, die die Seele, die Moral tötet. In schönen und lichten Räumen sollen die Kinder sich frei bewegen und entfalten können, sollen sie in Freundschaft und Solidarität aufwachsen.

Den Bewohnern wünschen wir, dass sie sich im neuen Haus glücklich fühlen. Mögen sie ihre Kinder, die auch unsere Kinder sind, erziehen zu frohen Menschen, aber auch zu gesunden und brauchbaren Bürgern der Gemeinde. Der Wohnbau ist eröffnet. (Stürmischer, anhaltender Beifall).

Ein kleines Mädchen überreichte dem Bürgermeister hierauf einen Blumenstrauß, worauf die grosse Kinderschar des Hauses ein munteres Lied sang. Musik- und Gesangsvorträge, die Besichtigung einiger Wohnungen und des Jugendhortes, beschlossen die Veranstaltung.

Wien, am Montag, den 9. Mai 1927

Die Wiener Gemeindevahlen vor der Stadtwahlbehörde. Nach der Gemeindevahlordnung hat die Stadtwahlbehörde hinsichtlich der Wahlen in den Gemeinderat und in die Bezirksvertretungen, so wie die Hauptwahlbehörde hinsichtlich der Wahlen in den Nationalrat, die Ergebnisse des Ermittlungsverfahrens zu überprüfen und etwaige Irrtümer in den ermittelten zahlenmässigen Ergebnissen zu berichtigen. In der zu diesem Zweck für heute einberufenen Sitzung der Stadtwahlbehörde wurde zunächst über die Einsprüche der Partei "Einheitsliste" gegen die Ermittlung in den Bezirken Landstrasse, Hietzing, Währing und Floridsdorf verhandelt. Die amtswegig vorgenommene neuerliche Zählung ergab gegenüber den in den Orts- und Bezirkswahlbehörden festgestellten Resultaten ganz geringfügige Differenzen, die für die einzelnen Bezirke zwischen einer und zwanzig Stimmen betragen. Nur auf der Landstrasse und in Währing wurde je ein grösserer Irrtum festgestellt. Auf der Landstrasse wurden im Protokoll einer Sektion über die Wahl in die Bezirksvertretung die Summen der Männerstimmen der Sozialdemokraten und der Einheitsliste verwechselt. Es ergibt sich infolgedessen eine Erhöhung der in diesem Bezirk für die Einheitsliste abgegebenen Stimmen von 39.371 auf 39.480. Die Zahl der in diesem Bezirk für die sozialdemokratische Partei abgegebene Stimmen verringerte sich demnach von 45.458 auf 45.349. Eine Veränderung in der Mandatsverteilung tritt hierdurch aber nicht ein. In Währing hat sich am Tag nach der Wahl der Leiter einer Ortswahlbehörde beim Bezirkswahlleiter gemeldet und Bedenken vorgebracht, ob die Ermittlung richtig sei. Bei der sogleich im Beisein mehrerer behördlicher Vertreter vorgenommenen Zählung, deren Richtigkeit sich dann auch bei der vom Magistrat vorgenommenen Überprüfung ergab, stellte sich heraus, dass bei den Frauenstimmen und zwar sowohl für den Gemeinderat als für die Bezirksvertretung zugunsten der Einheitsliste je hundert Stimmen zu viel ausgewiesen wurden. Dass zweifellos nur ein Irrtum vorliegen könne, ergibt sich daraus, dass es sich um eine runde Zahl handelt, und dass auch das Abstimmungsverzeichnis mit der geringeren Zahl übereinstimmt. Hierdurch ergibt sich eine Verminderung der in diesem Bezirk für die Einheitsliste ausgewiesenen Stimmen und zwar für den Gemeinderat von 26.267 auf 26.167 und für die Bezirksvertretung von 26.263 auf 26.163. Auch in diesem Bezirk wird aber dadurch an der Mandatsverteilung nichts geändert.

Die Stadtwahlbehörde fasste den Beschluss, diese beiden Irrtümer richtig zu stellen, von der Berücksichtigung kleiner Zählfehler aber abzusehen, weil selbstverständlich auch bei der Zählung durch den Magistrat Irrtümer nicht ausgeschlossen sind und deshalb keine Veranlassung vorliegt, die Ermittlung durch die Ortswahlbehörden, die ja vom Vorsitzenden, sechs den verschiedenen wahlwerbenden Parteien angehörigen Beisitzern, sowie einem beamteten Schriftführer und überdies im Beisein der von den Parteien entsendeten Wahlzeugen vorgenommen wurde, zu korrigieren.

Die vier Einsprüche, die übrigens keine konkreten Angaben enthalten, wurden abgewiesen. Nunmehr wird die richtiggestellte Ermittlung in den Bezirken Landstrasse und Währing veröffentlicht. Die Gewählten werden amtlich aufgefordert werden, die Erklärung abzugeben, ob sie die Wahl annehmen. Am 20. Mai werden bereits die konstituierenden Sitzungen des Wiener Gemeinderates und des Gemeinderates als Landtag stattfinden.

Die Werbebriefe für die Festwochen. Wir haben vor einigen Tagen berichtet, dass die Präsidenten von vier Künstlervereinigungen wegen der anlässlich der Wiener Festwochen von der Fremdenverkehrskommission der Bundesländer Wien und Niederösterreich herausgegebenen Werbebriefe ihren Austritt aus dem Komitee angemeldet haben. Nunmehr hat der Präsident der Genossenschaft der bildenden Künstler Wiens, Bildhauer A. D. Goltz, an Vizebürgermeister Emmerling ein Schreiben gerichtet, in dem mitgeteilt wird, dass den Künstlern das Interesse an dem Wohl und Gedeihen unseres lieben Wien genau so am Herzen liegt, wie irgend jemand andern. Eben deshalb wollen die Künstler mitarbeiten, um den Ruf unserer Vaterstadt zu heben und ihre Interessen zu fördern. Wenn dem Ausschuss daran liegt - heisst es in dem Schreiben weiter - uns in seiner Mitte zu behalten, so bin ich beauftragt zu sagen, dass mein Kollegen und ich, infolge Ihrer Vermittlung, die Austrittserklärung gerne zurückziehen.

Wie uns mitgeteilt wird, hat die Fremdenverkehrskommission die Präsidenten der vier Künstlervereinigungen bereits zur Mitarbeit eingeladen.

Siebzigttausend Schilling für die Kinderrettungswoche. Die am Samstag und Sonntag anlässlich der Kinderrettungswoche vom Wiener Jugendhilfswerk durchgeführten Strassensammlungen erreichten rund siebzigttausend Schilling. An der Spitze steht Alsergrund mit 10.500 Schilling, dann folgen Meidling mit rund 8000 Schilling, Innere Stadt und Hernals mit je 5300 Schilling, Leopoldstadt und Neubau mit mehr als 4000 Schilling. Mehr als 3000 Schilling erzielten die Landstrasse, Wieden, Mariahilf, Ottakring und Brigittenau. Ueber das endgültige Ergebnis der Kinderrettungswoche kann erst berichtet werden, bis die Sammlungen in den Häusern abgeschlossen sind.

Die Altersnachsicht für die Schulleinschreibungen. Der Wiener Stadtschulrat teilt mit, dass Gesuche um Altersnachsicht für die Kinder, die am 16. September 1927 das sechste Lebensjahr noch nicht vollende haben, spätestens aber am 15. Jänner 1928 sechs Jahre alt werden, bis längstens Samstag, den 21. Mai in der Kanzlei des Ortsschulrates einzubringen sind. Nur dann können diese Kinder in eine öffentliche Schule aufgenommen werden. Gesuche um Altersnachsicht für die Kinder, die in eine Privatschule aufgenommen werden sollen, müssen ebenfalls bis 21. Mai in der Kanzlei des Bezirksschulinspektors eingebracht werden. Es wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, dass später eingereichte Gesuche nicht behandelt werden. Dem Gesuch ist auch eine Geburtsbestätigung des Kindes beizuschliessen.

Eröffnung der Floridsdorfer Gartensiedlung. Am Sonntag  $\frac{1}{2}$  12 Uhr vormittags wird Bürgermeister Seitz die grosse Gartensiedlung "Freihof" in Floridsdorf eröffnen. Vor dieser Feier wird der Bürgermeister die städtischen Wohnhausbauten in der Wagramerstrasse - Steigenteschgasse - Lenkgasse und Meissnergasse eröffnen.

Wien, am Dienstag, den 10. Mai 1927

Starker Besuch der Beethovenausstellung. Die Beethoven-Zentenar-Ausstellung der Stadt Wien im Neuen Rathaus wurde bisher von mehr als 33.000 Personen besucht. Sie ist nur noch bis Sonntag geöffnet. Eine Verlängerung der Ausstellung ist unmöglich, weil ein Teil der Ausstellungsgegenstände nach Bonn zur Beethoven-Feier gebracht werden wird.

Gesuche um Schülerkarten für die Strassenbahn sofort einreichen! Die Strassenbahndirektion macht die Eltern schulbesuchender Kinder aufmerksam, dass die Ansuchen um Schülerfahrtbegünstigungen auf den städtischen Strassenbahnen für das kommende Schuljahr schon jetzt eingereicht werden müssen. Ansuchen, die erst am Ende des Schuljahres (8. Juli) eintreffen, können nicht mehr zeitgerecht erledigt werden.

Zunahme der Zahl der Einäscherungen in Wien. Im April wurden im Krematorium der Stadt Wien 251 Einäscherungen vorgenommen. Von den 251 Verstorbenen waren 21 von auswärts; 160 waren männlichen und 91 weiblichen Geschlechts. Der römisch katholischen Kirche gehörten 153 Verstorbene an, während 41 konfessionslos waren. Kirchliche Handlungen wurden im April in der Zeremonienhalle des Krematoriums 224 abgehalten. Im Jahre 1923, dem ersten Jahr der Benützung des Krematoriums, wurden im April 73 Leichen eingeäschert, im April 1924 stieg diese Zahl auf 144, erreichte im April 1925 bereits 171 und erhöhte sich im April 1926 auf 248. Im April 1927 wurde mit 251 Einäscherungen die grösste bisher in einem Monat erreichte Zahl festgestellt.

Das städtische Marktamt auf der Ausstellung "Wien und die Wiener".

Das Marktamt der Stadt Wien hat auf der Ausstellung eine reichhaltige und interessante Auswahl aus seinen lebensmittelpolizeilichen, sanitären und sicheipolizeilichen Amtshandlungen ausgestellt. Proben der verschiedenartigsten Lebensmittelfälschungen, Fälschungsmittel, gesundheitsschädlicher Lebensmittel und gesundheitsgefährlicher Spielwaren sind in einer grossen Vitrine zu sehen. Eine lange Reihe von Schaugläsern zeigt in verschiedenster Weise verfälschte Gewürze, gefälschten Tee, Kaffee, Kaffeesurrogate, Kakao, Mehle, Teigwaren mit verbotenen Farben aufgefärbt u. s. w. Auch die verschiedenen Verfälschungsarten des Honig, von Fruchtsäften und Marmeladen werden vorgeführt. In schönen, luxuriös ausgestatteten Flaschen, meist mit französischen Bezeichnungen, sieht man "Cognac", der auf rein künstlichen Weg hergestellt wurde, sowie auch Schaumweine mit vornehmen Etiketten, die ganz minderwertigen Wein enthalten, der lediglich mit Kohlensäure künstlich imprägniert worden war. Den einzelnen Fälschungen wird überhaupt ein breiter Raum gewidmet. Das Marktamt hat auch Bilder von den in den letzten Jahren errichteten Marktanlagen ausgestellt. Man sieht den im Jahre 1924 eröffneten Markt in Simmering, den im Jahre 1926 eröffneten Meidlinger Markt, den erst kürzlich eröffneten Floridsdorfer Markt und den seit kurzem im Gebäude der Gartenbaugesellschaft untergebrachten Blumengrossmarkt. In übersichtlichen Tabellen ist die Beschickung der Wiener Märkte vor dem Krieg, im Jahre 1919 und gegenwärtig dargestellt. Interessant ist auch die Uebersicht über die umfassende Tätigkeit, die das Marktamt bei der Ueberwachung des Milchverkehrs entfaltet. Man sieht graphische Darstellungen über die Zahl der beanstandeten Milchproben, der Verwässerungsgrade und den Fettgehalt. Ein Diorama zeigt zahlreiche in eine Bahnhofshalle einströmende Lastzüge mit Lebensmittel, die eine Vorstellung geben, welche ungeheuren Mengen von Nahrungs- und Genussmitteln täglich der Grossstadt zugeführt werden.

## RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
Karl H o n a y

184

Wien, Mittwoch, den 11. Mai 1927.

Unbefugte Anbringung von Zuckerautomaten. In letzter Zeit wurden Zuckerautomaten an Häusern, Vorgartengittern, Kiosken u. s. w. ohne Genehmigung des Magistrates angebracht. Da an den meisten dieser Automaten der Name des Eigentümers nicht ersichtlich gemacht ist, werden die Besitzer aufgefordert, die Automaten bis längstens 1. Juni 1927 zu entfernen. Wird dieser Aufforderung nicht entsprochen, dann wird der Magistrat auf Kosten der Eigentümer diese Automaten entfernen lassen.

Jubilare der Ehe. In Vertretung des Bürgermeisters überreichte am Dienstag amtsführender Stadtrat Richter dem Ehepaar Josef und Kreszentia Miklos anlässlich ihrer goldenen Hochzeit die Ehrengabe der Gemeinde Wien.

Sommer-Werktagsfahrplan auf den Strassenbahnlinien 260 und 360. Am Montag wird auf den Linien 260 und 360 der Sommerwerktagsfahrplan eingeführt. Dadurch werden die Zugabstände zwischen Mauer und Perchtoldsdorf von 15 auf 10 und zwischen Perchtoldsdorf und Mädling von 30 auf 20 Minuten verkürzt. Die genauen Abfahrtszeiten der Züge sind aus den Fahrplananschlüssen zu ersehen.

Bezirksvertretung Wieden. Am Dienstag, den 17. Mai um  $\frac{1}{2}$  5 Uhr nachmittags hält die Bezirksvertretung Wieden im Sitzungssaal des Gemeindehauses, Schöffergasse 3 eine öffentliche Sitzung ab.

Die Schülereinschreibungen in Wien. Der Stadtschulrat macht ausdrücklich darauf aufmerksam, dass die für die Schülereinschreibung festgesetzten Tage genau eingehalten werden müssen. Schulkinder, die nicht rechtzeitig eingeschrieben werden, kommen für notwendige Umschulungen unter sonst gleichen Voraussetzungen in erster Reihe in Betracht. Die Einschreibungen beginnen Freitag, den 27. Mai und dauern bis Freitag, den 3. Juni. Am Sonntag, den 29. Mai werden keine Einschreibungen entgegengenommen. Am 1. und 2. Juni finden die Einschreibungen auch von 3 bis 5 Uhr nachmittags statt, an allen übrigen Tagen nur von 8 Uhr vormittags bis 12 Uhr mittags.

Wettbewerb Wien im Blumenschmuck. Die Anmeldungen für den von der Gemeinde ausgeschriebenen Wettbewerb zur Ausschmückung von Fenstern, Balkonen, Geschäftslokale und Wohnschausseiten müssen bis spätestens 18. Juni schriftlich an die Magistratsabteilung 22 im Neuen Rathaus oder an die Aktion "Schmückt Euer Heim mit Blumen" in Wien, I., Parkring 12 gerichtet werden. Die Gemeinde hat für diesen Wettbewerb Preise im Gesamtbetrag von zehntausend Schilling gewidmet. Auskünfte und Merkblätter über die Auswahl und Pflege der für die Ausschmückung am besten geeigneten Blumen sind in der Magistratsabteilung 22 und im Stadtgarteninspektorat III., Am Heumarkt Nr. 2 erhältlich.

Wien, am Donnerstag, den 12. Mai 1927

Empfang des Exekutivkomitees der internationalen Journalistenvereinigung

im Rathaus. Heute mittags wurden die Teilnehmer der Tagung des Exekutivkomitees der Fédération Internationale des Journalistes im Rathaus empfangen. Die Gäste erschienen unter der Führung des Präsidenten der Organisation der Wiener Presse Marcel Zappley im Empfangssalon des Bürgermeisters, wo sich auch die Vizebürgermeister Emmerling und Hoss eingefunden hatten.

Bürgermeister Seitz begrüßte die Gäste namens der Stadt Wien. Es ist, sagte der Bürgermeister, für uns eine herzliche Freude, Sie hier zu sehen. Sie sind Angehörige eines volkstümlichen Berufes, dem eine grosse Reihe von idealen Aufgaben gestellt ist. In diesem Kreis von diesen Aufgaben zu sprechen ist wohl kaum notwendig. Aber ich glaube, dass eine der wichtigsten Bedingungen für die Arbeit der Journalisten seine persönliche und materielle Freiheit ist. (Zustimmung). Ich begrüße es deshalb, dass Sie auf Ihrem Kongress ganz nüchtern diese Fragen, nennen wir sie nur ruhig Brotfragen, besprechen. Nur auf der Grundlage einer gesicherten Existenz, können die Menschen ihren Idealen leben. Dies gilt vor allem <sup>zunächst</sup> für die Journalisten. Es wäre deshalb aufrichtig zu wünschen, dass die materiellen Fragen Ihres Standes auch international einer günstigen Lösung zugeführt werden.

Wir in Oesterreich haben durch ein eigenes Gesetz den Versuch gemacht, den Journalisten auch im Falle des Wechsels der Eigentümer der Zeitung unabhängig zu machen. Diese Versuche sind im Rahmen der allgemeinen Bestrebungen erfolgt, die Stellung der arbeitenden Menschen zu festigen, der geistig oder manuell Arbeitenden. Wir wünschen Ihren Beratungen für Ihren Stand ein internationales Recht zu schaffen, den besten Erfolg, heissen Sie in unserer Stadt herzlich willkommen und hoffen, dass Sie sich hier an den wenigen Tagen Ihres Aufenthaltes wohl fühlen. Der Bürgermeister schloss mit der Einladung an die Fédération, den ersten internationalen Journalistenkongress in Wien abzuhalten, das bereit sei, die Journalisten der Welt herzlich zu empfangen. Auf die Ansprache des Bürgermeisters erwiderte Georges Bourdon, der Präsident der "Fédération Internationale des Journalistes" in französischer Sprache. Er dankte für den lebenswürdigen Empfang und für die warmen Worte, die nur der finden kann, der den Beruf des Journalisten mit all seinen Härten genau kennt. Zum erstenmal hat eine internationale Journalistenorganisation zu der materiellen Seite der Berufsangehörigen Stellung genommen. Es sei zu hoffen, dass ein Weg gefunden werde, um auch in den übrigen Staaten das zu erreichen, was die österreichischen Journalisten schon erreicht haben. Oesterreich sei auf diesem Gebiet vorbildlich.

Die Rede des Bürgermeisters wurde von Elisabeth Janstein (Paris) ins französische übersetzt; die Rede des Präsidenten Bourdon wurde ebenfalls von ihr ins Deutsche übertragen.

Veranstaltungen in den Versorgungsanstalten müssen angemeldet werden!

Eine grosse Zahl von Vereinen hat im Vorjahr in lebenswürdiger und selbstloser Weise in den städtischen Versorgungsanstalten Unterhaltungsabende, Musikvorträge u. s. w. veranstaltet. Den Mitwirkenden, die den Pflinglingen einige heitere Stunden bereitet haben, wird der beste Dank ausgesprochen. Nun sind in der letzten Zeit diese Veranstaltungen öfters nicht rechtzeitig bei der zuständigen Stelle angemeldet worden, vielfach wurde die Anmeldung auch an unrichtiger Stelle vorgenommen. Dadurch sind oft sehr

unliebsame Unzukömmlichkeiten entstanden. Es werden deshalb alle Vereine, die in den Versorgungsanstalten der Gemeinde Wien für die Erheiterung der Pflinglinge irgendeine Veranstaltung durchführen wollen, dringendst gebeten, mindestens vierzehn Tage vorher in der Kanzlei des amtsführenden Stadtrates für Wohlfahrtswesen, I., Rathausstrasse 9, die Anmeldung vorzunehmen und auch ein Programm beizulegen. Jede andere Form der Anmeldung gefährdet die Abhaltung solcher Veranstaltungen.

Bei Anruf der Feuerwehr keine Nummer nennen! Heute um 18 Uhr 7 Minuten wurde durch den öffentlichen Feuermelder (Automat 36), der in der Fabrik Rothmüller, XX., Handelskai 92 aufgestellt ist, ein Feuer in dieser Fabrik gemeldet. Die ausgerückte Feuerwache Brigittenau und die Hauptwache Donaustadt (Lassallestrasse 11) fanden in einer Werkstättenhalle Lacke und Farben in Brand vor. Der Brand hatte bereits die hölzernen Konstruktionsteile des Gebäudes über einer Grundfläche von rund neunzig Quadratmeter ergriffen und war es nur dem raschen Eingreifen der Feuerwehr zu verdanken, dass diese Fabrik nicht grösseren Brandschaden beziehungsweise Betriebsstörungen erlitten hat.

Das Feuer konnte nach etwa zwanzig Minuten gelöscht werden, die Aufräumarbeiten dauerten wegen der Notwendigkeit, teilweise die Stukaturung der Holzriegelwände zu entfernen, etwa eine weitere Stunde.

Die durch Branddirektor Ingenieur Wagner nach durchgeführter Löschaktion an Ort und Stelle gepflogenen Erhebungen ergaben, dass die Feuermeldung durch die Nachtwächter, die zur Zeit des Brandausbruches bereits im Dienste standen, neben der Inbetriebsetzung des mit der Feuerwehr direkt in Verbindung stehenden öffentlichen Feuermelders, auch auf staatstelefonischem Wege versucht wurde. Der betreffende Nachtwächter gab jedoch an, trotz mehrmaligen Anrufes der Feuerwehr keine Verbindung bekommen zu haben, weshalb er dem Branddirektor gegenüber seiner Verwunderung darüber Ausdruck gab, dass sich durch lange Zeit die Feuerwehr nicht meldete.

Die sofort angestellte Untersuchung ergab nun, dass der Nachtwächter von der Telefonstelle des Portiers der Fabrik mit der an dieser Stelle deutlich aufgeschriebenen Nummer für die Feuerwehr (17.800) die Feuerwehr-Zentrale erreichen wollte. Das Nichtmelden der Feuerwehr-Zentrale war mithin sofort aufgeklärt, weil die Nummer 17.800 bereits seit mehr als drei Jahren von der Feuerwehr nicht mehr benützt wird, weshalb sich die Feuerwehr auch nicht melden konnte.

Bei diesem Anlasse sei neuerlich und ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Feuerwehr zu Hilfeleistungen bei Bränden und Unfällen stets ohne Nummernnennung mit dem Anruf "Feuerwehr" zu rufen ist und/diesem Anruf auch stets raschest verbunden wird.

Diese Belehrung wurde auch in dem durch die Telegrafendirektion amtlich aufgelegten Teilnehmerverzeichnis in auffälligen Lettern sowohl im Texte, wie auch am Umschlag aufgenommen. Es ist deshalb unverständlich, wenn Anrufe der Feuerwehr noch nach drei Jahren unter ihrer alten Nummer erfolgen können, dies umso mehr, als ja gerade in Fabriksbetrieben, die aus eigener Initiative um eine rasch einsetzende Hilfe der Feuerwehr besorgt sein müssen, auf diese Einrichtungen in ihren Fabriksinstruktionen nicht Rücksicht genommen wird.

Es ergeht deshalb an alle verantwortlichen Betriebsleitungen die Aufforderung, alle Einrichtungen, die zur raschen Verständigung der Feuerwehr dienen, auf ihre Richtigkeit und klaglose Funktion zu überprüfen.

Wien, am Freitag, den 13. Mai 1927

Tagung der Marktkommissäre in Graz. Am Sonntag wurde in Graz eine Tagung der Marktkommissäre Oesterreichs abgehalten, an der mehr als fünfzig Vertreter aus achtzehn Städten teilnahmen. Die Verhandlungen fanden im Sitzungssaal des Grazer Gemeinderates unter dem Vorsitz des Grazer Marktreferenten Stadtrat Uhrner statt. Referate erstatteten Amtsrat Chernel (Wien) über Normalisierung einer Fachschulvorbildung für den Lebensmittelkontrolldienst, Inspektor Riegler (St. Pölten) über Milchkontrolle, Amtsrat Frenzel (Linz) über Dienstorganisation, Verwaltungssekretär Merg (Wien) über Weinverfälschungen, Kommissär Gloss (Graz) über Marktstatistik, Direktor Kordule (Graz) über Ausgestaltung der fachlichen Rundschreiben, Kommissär Tobosa (Graz) über Marktdienst und Lebensmittelkontrolle, Verwaltungssekretär Merg (Wien) über Erfahrungen mit dem Taschenpolarisationsmikroskop und Amtsrat Chernel (Wien) über die GfM Gründung eines Reichsverbandes der in Gemeindedienst stehenden Lebensmittelkontrollorgane Oesterreichs. Die Gründung dieser Organisation wurde einhellig beschlossen und auch der vorbereitende Ausschuss gewählt. An die Tagung schloss sich eine Führung durch die Markteinrichtungen der Stadt an, wobei insbesondere die neuerbaute Stechviehhalle allgemeines Interesse fand.

Änderung der Nummern der Floridsdorfer Strassenbahnlinien. Vom Montag angefangen wird die Nummerierung der Strassenbahnlinien, die nach Floridsdorf führen, geändert. Die Linie von der Zelinkagasse bis Stammersdorf erhält die Bezeichnung 331. Die in den Früh- und Abendstunden verkehrende Linie nach Gross-Jedlersdorf erhält die Nummer 231 und wird über den Kai zur Hintere Zollamtsstrasse geführt. Die Linie von der Zelinkagasse bis zur Transitbahn erhält die Nummer 31.

Die Festwochen in der Wachau. Die Vorbereitungen, die die Wachau für die grossen Festwochen (5. bis 19. Juni) trifft, sind im vollen Gange. Am 11. Juni wird in Melk ein Lichterfest auf der Donau mit einer Beleuchtung des Stiftes unter Mitwirkung von Turnern und Sängern von der Stadtgemeinde Melk veranstaltet. Am 12. Juni finden Führungen durch das Stift und Besichtigungen der Sehenswürdigkeiten statt. Für diesen Tag sind auch Freilichtaufführungen von Volkstänzen im Hofe des Stiftes in Aussicht genommen. In Krems werden am 11. und 12. Juni grosse Konzerte im Freien abgehalten. Der berühmte Kirtag in Weissenkirchen wurde auf den 12. Juni verlegt. Die gesamte Bevölkerung von Weissenkirchen wird an dieser Veranstaltung, die mit einer Trachtenschau, Aufführungen von Volkstänzen und einer Weinkost verbunden ist, mitwirken. An drei Tagen der Festwochen werden auf dem alten Kirchplatz in Spitz Festspiele aufgeführt, die dramatische Bilder aus der Geschichte der Wachau bringen. Professor Dr. V. O. Ludwig (Klosterneuburg) hat für diese Aufführung ein eigenes Freilichtspiel geschaffen, dessen zwölf Bilder Szenen aus allen Epochen der Wachauer Geschichte vorführen. Die Vorbereitungen für diese Festspiele bedingen einen ausserordentlich grossen szenischen Apparat, der von Hans Herdegen geleitet wird. Eine Reihe interessanter Besetzungen wurden für diese Aufführung bereits gesichert. Ferdinand Exl hat eine der Hauptrollen übernommen. Unter den Mitwirkenden befinden sich auch 150 Kremser und Spitzer, die in historischen Trachten an dem Spiel teilnehmen werden. Die historische Ausstattung an Kostümen und Pferdeausrüstungen hat der Wiener Maler Eduard Stella übernommen. Die Leitung des musikalischen Teils besorgt Professor Ernst Penzinger. Für die Feste in der Wachau wurden auch bereits umfangreiche verkehrstechnische Vorbereitungen getroffen. Schiffe, Autobusse und vor allem die von den Bundesbahnen neu eingestellten Triebwagen werden vor und nach den Veranstaltungen den Verkehr vermitteln. Der Wiener Verein "Wachauer Freunde" wird am 11. Juni ein eigenes Sonderschiff zum Besuch der Festspiele mieten.

Wien, am Samstag, den 14. Mai 1927

Eröffnung der Freihof-Siedlung in Floridsdorf. Am Sonntag um halb zwölf Uhr vormittags wird Bürgermeister Seitz die Freihof-Siedlung in Floridsdorf eröffnen. Diese Siedlungsanlage wurde im Jahre 1925 als Gemeindefriedung begonnen und in den Jahren 1924 bis 1926 von den Genossenschaften "Mein Heim" und "Aus eigener Kraft" aus Mitteln der Wohnbausteuer weitergebaut. Die Pläne wurden von dem Architekten Ingenieur Karl Scharf verfasst. Die Siedlung liegt an der Steigenteschgasse. Das gesamte Siedlungsgebiet ist 51 Hektar gross; bei vollständigem Ausbau bietet diese Fläche 4400 Häusern Platz. Gegenwärtig zählt die Siedlung 587 Häuser, dazu werden heuer noch 100 Häuser kommen. Die Siedlung ist die grösste Wiens. Es wird dort ein neuer Stadtteil entstehen, eine Gartenvorstadt mit ungefähr 10.000 Einwohnern, die mit ihren freundlichen Einfamilienhäusern, ihren blühenden Gärten, ihren Spielplätzen und öffentlichen Gebäuden dem bekannten Schöpfungen des Auslandes würdig an die Seite tritt und Zeugnis davon ablegt, dass die Gemeinde Wien ernstlich bemüht ist, die modernen Ziele weiträumiger Stadterweiterung überall da zu verwirklichen, wo die Voraussetzungen hierfür gegeben sind.

Vor der Eröffnung der Freihof-Siedlung wird der Bürgermeister die Wohnhausanlage an der Wagramerstrasse eröffnen. Dort beginnt die Feier um halb 11 Uhr vormittags. Diese Anlage umfasst zwei Bauteile mit insgesamt 512 Wohnungen, einem Kindergarten, einer Mutterberatungsstelle, einer Volksbücherei, einer Zentralwäscherei und einigen Badeanlagen. Die Pläne für diese Wohnhausanlagen wurden von den Architekten Baurat Ingenieur Rudolf Krauss, Karl Felsenstein und Ingenieur Hans Seidl entworfen.

Am Freitag Konstituierung des Wiener Gemeinderates. Der Wiener Gemeinderat wird am Freitag, den 20. Mai um halb fünf Uhr nachmittags die erste Sitzung nach den Wahlen abhalten. In dieser Sitzung werden der Bürgermeister, die Vizebürgermeister, die Stadträte, die Mitglieder für die acht Gemeinderatsausschüsse, das Präsidium des Gemeinderates und verschiedene gemeinderätliche Körperschaften gewählt. Auch der Wiener Gemeinderat als Landtag wird am Freitag die konstituierende Sitzung abhalten.

Eröffnung der städtischen Sommerbäder. Am Donnerstag, den 19. Mai werden die städtischen Sommerbäder einschliesslich des Strandbades "Gänsehäufel" eröffnet.

Die Wiener Festwochen. Anlässlich der Wiener Festwochen wird die Strassenbahn Flaggenschmuck anlegen. Es werden vom 5. bis 19. Juni die über den Ring und die Lastenstrasse verkehrenden Triebwagen der Durchgangs- und Bundlinien bei den Dachsignalen und Laternen in den Farben der Stadt Wien geschmückt sein. Die Einrichtung, dass jene Schaffner, die fremde Sprachen beherrschen, durch Armbinden kenntlich gemacht werden, hat sich anlässlich der Frühjahrsmesse ausserordentlich bewährt, so dass auch während der Festwochen diese Einrichtung angewendet wird. Der Bürgermeister hat die Beflagung der städtischen Gebäude während der Festwochen verfügt. Auch die elektrischen Lampenmaste werden beflaggt. Die Vereini-

gung der Wiener Hotelbesitzer hat geschlossen, die Häuser ihrer Mitglieder mit den Fahnen der Nationen, die bei den Festwochen durch Besucher vertreten sein werden, auszustatten. Da in die Zeit der Festwochen auch der von der Gemeinde Wien veranstaltete Wettbewerb "Wien im Blumenschmuck" fällt, dürfte auch dem Fenster- und Balkonschmuck der privaten Häuser in dieser Zeit besonderes Augenmerk zugewendet werden. In einer Sitzung des wirtschaftlichen Ausschusses des Festkomitees erklärten die Vertreter der Industrie, des Handels und des Gewerbes, dass insbesondere die Kaufmannschaft in Anbetracht der überaus gelungenen Vorarbeiten der Fremdenverkehrskommission die grössten Hoffnungen auf die wirtschaftlichen Auswirkungen der Festwochen setze. Die Kaufmannschaft wird der besonderen Ausstattung der Auslagen erhöhtes Augenmerk zuwenden. Der Bund österreichischer Schaufensterdekorateure wird dabei tatkräftigst mitwirken. Anlässlich der Festwochen wird auf Einladung des Zentralrates der geistigen Arbeiter Oesterreichs Anna Bahr-Mildenburg einen Vortrag über das Musikdrama der Gegenwart halten. Die Künstlerin, die bekanntlich gegenwärtig an der Musikhochschule in München als Professor tätig ist, wird damit nach längerer Pause wieder vor dem Wiener Publikum erscheinen. Am 5. Juni wird im Burggarten ein grosses Konzert des Wiener Schubertbundes unter Leitung von Professor Viktor Keldorfer stattfinden. Es werden ausschliesslich Werke von Franz Schubert aufgeführt, wobei das Wiener Sinfonieorchester mitwirken wird. Nach einer bei der Fremdenverkehrskommission eingelaufenen Nachricht wird zu den Festwochen in Wien eine Tagung sämtlicher Handelsattachés veranstaltet werden. Auf Anregung des Österreichischen Automobilklubs wird am 5. Juni, dem ersten Tag der Festwochen, eine grössere Gesellschaftsreise von Mitgliedern des Württembergischen Automobilklubs in Wien eintreffen. Die Deutschen Automobilisten verlassen am 21. Mai Stuttgart, reisen über München, Salzburg, Villach und Triest nach Dalmatien und kommen am 5. Juni auf der Rückreise über Budapest nach Wien, um an den Veranstaltungen der Festwochen teilzunehmen.

Die Lehrlingsfürsorgeaktion. Infolge der Unterstützung der Krankenkassen, der Gemeinde Wien und der Arbeiterkammer, ist es möglich geworden, die Erholungsheime für die erwerbstätige Jugend zu eröffnen. Die Aufnahmen finden jeden Dienstag und Donnerstag um 5 Uhr abends im Verband der Krankenkassen in Mariahilf, Königseggasse 10 statt. Die Mitgliedskarte der Krankenkasse ist mitzunehmen.

Ausstellung von Lehrlingsarbeiten. Der Wiener Fortbildungshulrat hat im Neuen Gebäude der Hütteldorferstrasse 1 eine Ausstellung von Lehrlingsarbeiten eröffnet, die allgemeines Interesse findet. In den letzten Tagen wurde die Ausstellung nicht nur von Wienern, sondern auch von vielen Gästen aus den Bundesländern und dem Ausland besucht. Besonders eingehend hat eine Abordnung der Stadt Chemnitz die Ausstellung und das neue Gebäude mit seinen vorbildlichen Einrichtungen besichtigt, weil die Stadt Chemnitz ein neues Berufsschulhaus bauen will. Von den ausländischen Besuchen sind insbesondere hervorzuheben Professor Johnson von der Columbia Universität in New York, Architekt Murray aus London, der Chefingenieur des Maharadscha von Jodhpur in Indien Ingenieur Howard.

Wien, am Montag, den 16. Mai 1927

Die Eröffnung der Kagraner Wohnhausanlagen

Im Beisein einer grossen Zahl von Festgästen eröffnete gestern Bürgermeister Seitz die städtischen Wohnhausbauten in der Wagramerstrasse-Steigenteschgasse-Lenkasse und Meissnergasse, die insgesamt 512 Wohnungen zählen. Sowohl die neuen Häuser als auch die umgrenzenden Gebäude waren prächtig geschmückt. Eingeleitet wurde die Feier mit Musikvorträgen der Strassenbahner. Dann trug der Floridsdorfer Arbeiter-Gesangverein den Uthmannschen Chor "Empor zum Licht" vor. Bezirksvorsteher Bretschneider begrüßte hierauf den Bürgermeister, die amtsführenden Stadträte Kokrda, Siegel, Speiser, Professor Tandler und Weber, die zahlreich erschienenen Gemeinderäte und Bezirksräte und die übrigen Festgäste, dankte namens der Bezirksvertretung für die schönen Anlagen, die eine Zierde des Bezirks sind und ersuchte die Gemeindeverwaltung dieses vorbildliche Werk fortzusetzen. Für die Mieterschaft des Wagramerhofes dankte Obmann Berger dem Bürgermeister für die gesunden und praktischen Wohnungen. Namens der Bewohner des Meissnerhofes sprach Obmann Roskowitz, der auf die Notwendigkeit verwies, in diesem Bezirksteil, der noch vielfach kindlichen Charakter trage, noch weitere helle, luftige und freundliche Wohnungen zu schaffen. Stürmisch begrüßt, erwiderte Bürgermeister Seitz:

Wenn der Bezirksvorsteher und die Vertreter der Mieterschaft uns Dank sagen, so lehnen wir das ab, weil uns als einzelne kein Verdienst daran zukommt, dass diese grosse Wohnbauarbeit tausenden Familien das ersehnte Heim schafft. Die neue Zeit erfordert eben neue Tat; wir entsprechen nur der Notwendigkeiten dieser neuen Zeit, wir sind nur Werkzeuge der geschichtlichen Entwicklung. Das alte Wien mit seinen elenden Wohnungen soll begraben sein. Auferstehen muss ein neues Wien, ein Wien der Wohnkultur, dass dem Mann der Arbeit ein würdiges Heim schafft (Stürmischer Beifall).

Wir erfüllen nur unsere Pflicht, gerade in Bezirken wie dieser, in dem sich <sup>grosse</sup> Massen der Industriearbeiter häufen, wenn wir den Männern, die tagsüber meist in ungesunden Räumen, in schlechter Luft schwer arbeiten müssen, für den Abend, an dem sie müde und abgearbeitet nach Hause kommen, ein helles, schönes und gesundes Heim schaffen (Neuerlicher stürmischer Beifall).

Der Vertreter der Mieterschaft hofft, dass Kagran auch bei dem neuen Wohnbauprogramm bedacht werden wird. Ja, wir werden dafür sorgen, dass auch die Wohnkultur in diesem Bezirksteil gehoben wird. Hoffen wir, dass durch eine günstige Gestaltung der handelspolitischen Lage, eine weitausgreifende Industriepolitik ermöglicht wird und hier neue Stätten der Arbeit erstehen. Dann wird es unsere Pflicht sein, auch für neue Stätten der Wohnkultur zu sorgen.

Die Architekten haben keine leichte Arbeit gehabt. Es war durchaus nicht leicht diesen alten bestehenden Gebäuden neue und zweckmässige Häuser anzureihen, die einestheils modernen Anschauungen entsprechen andererseits sich doch an das Bestehende anpassen. Sie haben diese Aufgabe glänzend gelöst. Sie haben mit künstlerischem Sinn das Alte mit dem Neuen vermehrt. Sie haben aber nicht nur an das Aeusserere des Hauses gedacht, sondern auch an die Zweckmässigkeit der Wohnungen. Wir sa-

gen ihnen und allen geistigen und manuellen Arbeitern, die an diesem schönen, grossen Werk mitgewirkt haben, herzlichen Dank. Den Bewohnern, die hier eingezogen sind - wie wir sehen, mit einer grossen Kinderschar (Heiterkeit) - wünschen wir im neuen Heim frohe und glückliche Stunden. Wir hoffen, dass sie ihre Kinder zu tüchtigen, brauchbaren Bürgern des neuen Wien erziehen, des neuen Wien der Arbeit aber auch der Wohnkultur. Ich erkläre die beiden Wohnhausanlagen für eröffnet (Stürmischer Beifall).

Ein kleines Mädchen überreichte dann dem Bürgermeister einen Blumenstrauss. Die Gäste besichtigten hierauf den Kindergarten, die grossen Gartenhöfe und einzelne Wohnungen. Mit Musik und Gesangsvorträgen wurde die prächtige Feier beschlossen.

\* \* \*\*

Die Eröffnung der Freihof-Siedlung.

Gegen Mittag wurde die gegenüber den Wohnbauten in der Wagramerstrasse gelegene grosse Freihof-Siedlung eröffnet. Die Feier fand inmitten der Anlage statt, der weite Platz war von einer grossen Menschenmasse besetzt. Nach Musik- und Gesangsvorträgen, begrüßte Bezirksvorsteher Bretschneider den Bürgermeister und die Festgäste, hob insbesondere die Anwesenheit des Ministerialrates Vejborny vom Bundeswohn- und Siedlungsamt hervor und dankte der Gemeindeverwaltung für die Errichtung dieser grossen und prächtigen Anlagen. Dann sprach amtsführender Stadtrat Weber, der die Förderung des Siedlungswesens durch die Gemeinde hervorhob. Die Gemeinde hat bereits 3500 Siedlungshäuser geschaffen, wozu heuer weitere 500 kommen werden. Durch die Aktion der Gesiba werden noch einige weitere hundert Einfamilienhäuser dazu kommen. Die Gemeinde wird heuer auch mit dem Bau von zwei grossen Gartenstädten beginnen. Diese Siedlungsanlage ist eine der schönsten und grössten; sie wird nach ihrem vollständigen Ausbau rund 2200 Häuser zählen. Nach dem Urteil vieler in- und ausländischer Fachleute, die diese Anlage besucht haben, ist die Freihof-Siedlung eine der schönsten Siedlungsanlagen; sie steht der Wohnkultur der westlichen Staaten durchaus nicht nach. Die Bewohner dieser Anlage haben vielfach selbst beim Bau mitgearbeitet und fühlen sich deshalb doppelt glücklich in ihrem schönen Heim. (Lebhafter Beifall). Für den Verband der Siedler dankte Obmann Bayer der Gemeindeverwaltung für die Förderung der Siedlungstätigkeit, worauf Bürgermeister Seitz, mit stürmischen Hochrufen empfangen, die Siedlungsanlage eröffnete. Man hat, sagte der Bürgermeister, in der letzten Zeit sehr häufig gehört, dass die Gemeinde die Siedlungsbauten und Flachbauten überhaupt gegenüber den Hochbauten vernachlässige. Wir haben hier, wie auch an anderen Teilen der Stadt, den Beweis erbracht, dass dem nicht so ist. Selbstverständlich wissen wir alle, dass es unmöglich ist, zwei Millionen Menschen in der heutigen Zeit und unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen in Flachbauten unterzubringen. Jeder Unbefangene wird uns zubilligen, dass schon die Verhältnisse das nicht möglich machen und auch das Terrain nicht darnach ist. Wo es aber die Verhältnisse gestatten, haben wir die Siedlungsbewegung unterstützt. Wir wollen, soweit das in unseren Kräften steht, den Wünschen der Menschen, die lieber ein kleines Opfer des Wagens bringen um in einem Siedlungshaus, umgeben von einem kleinen Garten, zu wohnen, Rechnung tragen. Wir werden aber niemals diktieren, in welcher Form die Menschen wohnen müssen (Zustimmung).

Durch die Errichtung von Flachbauten werden auch jene Teile des Stadtgebietes, die bisher brach gelegen sind oder einer nicht sehr hohen Ackerkultur gewidmet waren, in das grosse Kulturgebiet der

Stadt einbezogen. Man hat oft gesagt, dass die Siedlung den Menschen zum Egoismus und zu einem zu stark ausgeprägten Individualismus erziehe. Auch diese Auffassung sehen wir hier widerlegt. Wir sehen, dass die Menschen, die in ihrem eigenen Häuschen wohnen und ein Stück eigenen Grund bebauen, dennoch ihren gesellschaftlichen und sozialen Pflichten gerecht werden, dass sie dem schönen Gedanken der gegenseitigen Hilfsbereitschaft und Solidarität huldigen. (Lebhafter Beifall).

Wir freuen uns zu hören, dass sich die Bewohner der Siedlung "Freihof" glücklich fühlen und der Gemeinde dankbar sind. Die Wohnbautätigkeit der Gemeinde erfordert natürlich grosse Mittel, die beschafft werden müssen. Auch der Arbeiter, der an einem Fest teilnimmt oder einmal ins Theater oder in ein Konzert geht, muss beitragen die Mittel aufzubringen. Aber er bringt das kleine Opfer, das er für den Genuss einer Lustbarkeit zahlen muss, gern, weil er sieht, dass die Mittel nutzbringend verwendet werden. Sie werden für eine höhere Wohnkultur und für die Gesundheit der Bewohner unserer Stadt verwendet. (Grosser Beifall).

Den Bewohnern der Siedlung "Freihof" wünschen wir, dass sie sich in dieser sonnigen, luftigen Anlage wohl und glücklich fühlen, dass ihnen diese Anlage zum Segen gereicht und dass sie ihre Kinder zu Pionieren <sup>einer</sup> neuer Zeit erziehen, zu Menschen tüchtiger Berufarbeit aber auch freudvoller Arbeit in freier Natur. (Neuerlicher, stürmischer Beifall).

Der Bürgermeister und die Stadträte besichtigten dann eingehend die ausgedehnte Siedlungsanlage.

-----  
Die Wiener Festwochen. Das musikalische Programm der am 5. Juni beginnenden Wiener Festwochen hat eine neuerliche Bereicherung erfahren. Am 14. Juni wird in der Burgkapelle eine Aufführung von geistlicher und weltlicher Musik des dreizehnten bis fünfzehnten Jahrhunderts stattfinden. Die Bearbeitung der Kompositionen und Leitungen der Aufführungen hat Universitätsprofessor Dr. Rudolf Ficker (Innsbruck) übernommen. Das Programm lautet: Schule zu Notre Dame zu Paris, Staatsmotette des 14. Jahrhunderts. Motetten von Johannes Dunstable und Johannes Francoise de Gemblace. An der Aufführung werden unter anderem auch Mitglieder des Staatsopernorchesters und die Sängerknaben der ehemaligen Hofmusikpellen mitwirken.

-----  
Einmalige Ablenkung des Bahnhofrundverkehrs. In der Nacht von Dienstag auf Mittwoch wird der Bahnhofrundverkehr der Strassenbahn wegen dringender Geleisarbeiten auf dem Margaretengürtel vom Mariahilfergürtel über Wallgasse - Gumpendorferstrasse - Reinprechtsdorferstrasse - zum Matzleinsdorferplatz geführt. Die Ablenkung gilt für beide Fahrtrichtungen.

-----  
Freie städtische Facharztstelle. Im Gesundheitsamt der Gemeinde Wien wird für die amtsärztlichen Untersuchungen die Stelle eines Facharztes besetzt. Bewerber müssen die österreichische Staatsbürgerschaft nachweisen, das Doktorat der gesamten Heilkunde einer österreichischen Universität und eine mehrjährige fachliche Ausbildung besitzen. Höchstaltersgrenze 40 Jahre. Die Gesuche sind bis längstens 31. Mai an die Kanzlei der Verwaltungsgruppe für Personalangelegenheiten im Neuen Wiener Rathaus zu richten. Die Gesuche müssen mit einem Bundesstempel von einem Schilling, die Beilagen, die nicht gestempelt sind, mit einem Bundesstempel von je zwanzig Groschen versehen sein.

-----

Wien, am Dienstag, den 17. Mai 1927

## E i n l a d u n g

Anlässlich der Eröffnung der städtischen Sommerbäder er-  
sucht die städtische Bäderverwaltung zu der am Mittwoch, den 18. Mai  
1927, um halb vier Uhr nachmittags stattfindenden

Vorbesichtigung durch die Pressevertreter

ein Mitglied Ihrer geehrten Redaktion zu entsenden. Die Abfahrt erfolgt  
pünktlich um halb 4 Uhr nachmittags vom Haupteingang des Rathauses,  
Lichtenfelsgasse. Dort stehen auch die Kraftwagen bereit. Besichtigt  
werden das städtische Strandbad Gänsehüfel und einige Donaubäder. Die  
Besichtigung wird bis ungefähr 6 Uhr abends dauern.

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. In dieser Woche  
wird die elektrische Strassenbeleuchtung in folgenden Strassen in  
Betrieb gesetzt werden: Landstrasse: Steingasse und Aspangstrasse,  
Wieden: Goldeggasse, Rainergasse, Trappelgasse, Waaggasse und der  
restliche Teil der Heumühlgasse, Neubau: Zollergasse, Mondscheingasse  
und Stuckgasse, Alsergrund: Servitengasse, Döbling: Hofzeile, Grinzin-  
ger-Allee, Himmelstrasse bis Haus Nr. 31 und die Kobenzlstrasse.

Konzert im städtischen Strandbad "Gänsehüfel". Am Donnerstag wird  
das städtische Strandbad Gänsehüfel eröffnet. Von halb 4 Uhr nach-  
mittag bis halb 7 Uhr abends findet am Strand ein Konzert statt, das  
jeden Donnerstag wiederholt wird. Auch an den Sonntagen werden von  
halb drei Uhr nachmittags bis halb sieben Uhr abends Konzertveranstal-  
tungen abgehalten.

Die Wiener Festwochen. Direktor Schalk hat für die vom 5. bis 19. Juni  
stattfindenden Festwochen das Programm festgelegt. Es lautet: Sonntag,  
den 5. Juni "Fidelio", Montag, den 6. Juni "Tristan und Isolde", Diens-  
tag, den 7. Juni Ballettabend, Mittwoch, den 8. Juni "Der Rosenkavalier",  
Donnerstag, den 9. Juni "Die Frau ohne Schatten", Freitag, den 10. Juni  
"Turandot", Samstag, den 11. Juni "Der Maskenball", Sonntag, den 12. Juni  
"Die Meistersinger von Nürnberg", Montag, den 13. Juni "Der Corregidor",  
Dienstag, den 14. Juni "Der Freischütz", Mittwoch, den 15. Juni "Lohengrin",  
Donnerstag, den 16. Juni "Die Königin von Saba", Freitag, den 17. Juni  
"Die Zauberflöte", Samstag, den 18. Juni und Sonntag, den 19. Juni  
"Parsifal".

Anlässlich der Festwochen werden auch die Redoutensäle  
eröffnet. Es werden zwei Vorstellungen gegeben. Am Donnerstag, den 7.  
Juni "Die Hochzeit des Figaro" und am Samstag, den 11. Juni "Dido und  
Aeneas" von Henry Purcell. "Die Magd als Herrin" und "Die Freier der  
Tänzerin".

Radiovortrag über die städtischen Sommerbäder. Der Betriebsvorstand  
des Wiener städtischen Bäderbetriebes, Oberstadtbaurat Ingenieur Jo-  
hann Berousch hält am Freitag um 18 Uhr 15 Minuten im Radio einen Vor-  
trag über die Sommerbäder der Gemeinde Wien.

Bezirksvertretung Neubau. Am Donnerstag, den 19. Mai um 5 Uhr nachmittags  
hält die Bezirksvertretung Neubau im Sitzungssaal des Amtshauses, Herr-  
mannsgasse 24, eine öffentliche Sitzung ab.

Wien, Mittwoch, den 18. Mai 1927.

Die Wiener Festwochen. Das Vöslauer Strandbad wird während der Festwochen zum erstenmale als Freilichttheater benützt werden. Die Vorbereitungen stehen vor dem Abschluss und auch das Programm wurde bereits festgelegt. Die Schule Hellerau, die erst kürzlich von einem Gastspiel bei den Festen im Griechischen Theater in Syrakus zurückgekehrt ist, bereitet eine Reihe besonderer Tänze vor. Mehrere Tanzbilder, die nach Volksweisen getanzt werden, dürften die Aufmerksamkeit der fremden Besucher der Festwochen finden.

Ausgestaltung der städtischen Beratungsstelle für Nerven- und Gemütskranke. Die Gemeindeverwaltung hat im Jänner 1926 eine öffentliche Beratungsstelle für Nerven- und Gemütskranke errichtet. Die neue Fürsorgestelle wurde im Gebäude des städtischen Wohlfahrtsamtes, Rathausstrasse 9 untergebracht; sie bildet die Zentralstelle für die gesamte Fürsorge der Stadt Wien für die geistig abnormen Personen ausserhalb der Anstaltspflege. Mit der fachmännischen Leitung wurde der Direktor der Heil- und Pflegeanstalt "Am Steinhof" Professor Dr. Berze betraut. Ärztliche Behandlung wird nicht gewährt. Sprechstunden sind an jedem Donnerstag von 4 bis 6 Uhr nachmittags. Nunmehr wird die Beratungsstelle auch mit der Aussorgepflege beginnen. Es werden viele Hausbesuche bei den Geisteskranken durchgeführt und für diesen Zweck wurde eine besonders geeignete Fürsorgerin bestellt. In der kurzen Zeit ihres Bestandes hat die städtische Beratungsstelle für Nerven- und Gemütskranke eine sehr wichtige Arbeit geleistet und sich als eine unbedingte Notwendigkeit erwiesen.

35.000 Wiener Ferienkinder. Als Auftakt zum Beginn der Erholungsfürsorge hat das Wiener Jugendhilfswerk soeben das von Magistratsrat Dr. Franz Breunlich zusammengestellte Jahrbuch 1926 herausgegeben. Das Buch erhält ein besonderes Gepräge durch die grundlegenden Ausführungen des Stadtrates Professor Dr. Tandler über "Psychologie der Fürsorge". Das Kuratorium des Wiener Jugendhilfswerks, das aus Vertretern sämtlicher Parteien besteht, berichtet ausführlich über die im Jahre 1926 geleistete Arbeit. Es wurden rund 35.000 Kinder und Jugendliche durch 1,250.000 Tage im vergangenen Sommer in Erholungsstätten verpflegt. Die Mittel für diese grosszügige Erholungsfürsorge stellte teilweise die Gemeinde Wien bei, teilweise stammen sie aus der Sammlung "Kinderrettungswoche". Aus den Berichten der einzelnen Fürsorgeorganisationen ist die rührige Arbeit zu ersehen, die im Interesse der erholungsbedürftigen Kinder geleistet wird. Die Tätigkeit des städtischen Jugendamtes auf diesem Gebiet schildert Fürsorgerin Plan. Franz Arnold berichtet über die Arbeit des Caritasverbandes. Der Leiter der Lehrlingsfürsorgeaktion August Marianek weist in seinem Bericht darauf hin, dass im vergangenen Sommer mit Hilfe der Gemeinde und der Krankenkassen 7290 Lehrlinge und Lehrlingmädchen ihren Urlaub in Erholungsheimen verbringen konnten. Aus dem Bericht des Sekretärs Zwieger des sozialdemokratischen Erziehungs- und Schulvereines "Freie Schule - Kinderfreunde" erfährt man, dass der Verein 3900 Kinder in die Ferien schicken konnte. Der Verband Societas hat unter der Führung der Präsidentin Gemeinderätin Bock 1047 Kindern einen Landaufenthalt ermöglicht. Interessant ist auch die Schilderung der Organisation des Jugendwanderns in Deutschland und Oesterreich. Den Bericht über die Arbeit in der Wiener Schülerherberge erstattete Direktor Ronge. Im Jahre 1926 wurde die Herberge von 5402 Teilnehmern durch 13.889 Nächte belegt. Der grosse Umfang des Wiener Jugendhilfswerkes ist am besten daraus ersichtlich, dass 105 Organisationen in 177 Orten Oesterreichs Ferienheime den Sommer über betreiben, ääe 26 Erholungsstätten in der Umgebung Wiens nicht mitgerechnet. Der Bericht zählt 215 Seiten, ist mit vielen schönen Bildern geschmückt; insbesondere die Einbanddecke zielt ein in Farbendruck ausgeführtes Werk des Malers Albert Schneck.

Wien, Mittwoch, den 18. Mai 1927.

.....

Heute werden die städtischen Sommerbäder eröffnet! Die Gemeinde Wien eröffnet heute Donnerstag früh ihre Sommerbäder. Sowohl die Donauebäder, als auch die Luft- und Sonnenbäder "Krapfenwaldl", Ottakring und die Kinderfreibäder wurden heuer wesentlich erweitert und ausgestaltet. Insbesondere am Gänsehüfel wurden umfangreiche Veränderungen vorgenommen. Die Strandfläche im Familienbad konnte durch Verlegung der Herrenkabinen ausserordentlich erweitert werden, wodurch die Besucher nummehr einen unbeschränkten Ausblick über die gesamte Badeanlage haben. Diese neugeschaffene Strandfläche wurde mit mehr als dreitausend Kubikmeter Wellensand bedeckt. Dort wurde auch ein eigener Musikpavillon errichtet, wo an jedem Donnerstag und Sonntag ein dreissig Mann starkes Orchester konzertiert. In der Turnanlage wurden die Geräte vermehrt und neben der Wasserrutsche wurde ein Wasserkarussell aufgestellt. Die Sitzgelegenheiten sind bedeutend vermehrt worden. Die Schule Hellerau - Laxenburg wird sowohl am Gänsehüfel als auch im Sonnen- und Luftbad "Krapfenwaldl" eigene Kurse über rythmische Gymnastik abhalten. Die schon im Vorjahr eingeführte Einzelsperre der Umkleidegelegenheiten (Kabinen und Kästchen) hat sich bestens bewährt. Der Badewart sperrt nicht mehr die Kabine auf, weil jeder Besucher seinen eigenen Schlüssel bekommt. Dadurch entfällt die Bedienung und da strenges Trinkgeldverbot eingeführt ist, auch jede Ausgabe. Besonderen Anklang dürfte die Einführung eigener Besucherkarten finden. Diese Karten kosten einen Schilling und berechtigen den ganzen Tag zum Besuch der Badeanstalt. Die Benützung einer Umkleidestelle im Familienbad für vier Stunden kostet ebenfalls einen Schilling. Mitbenützungskarten kosten nur sechzig Groschen; ihre Geltungsdauer ist nicht beschränkt. Durch die Vollendung der Eisenbetonbrücke ist der Verkehr zum Bad sehr erleichtert. Auch die übrigen Abteilungen im Gänsehüfel wurden ausgestaltet; vor allem wurden die Sand- und Sonnenplätze im Frauenbad vermehrt.

Im Rahmen der Festwochen wird im Gänsehüfel zum erstenmal ein grosses Strandfest abgehalten. Das Fest findet am Samstag, den 18. Juni statt. Es beginnt um drei Uhr nachmittags. Die Promenademusik besorgen zwei Musikkapellen. Für die Belustigung der Gäste wird durch die Errichtung eines Tanzbodens, einer Rutschbahn, von Schaubuden u. s. w. gesorgt. Geplant sind auch Tanzvorführungen der Schule Hellerau und den Abschluss des Festes wird ein grosses Feuerwerk, das auf dem Wasser abgebrannt wird, bilden. Das Fest soll echt wienerischen Charakter tragen, unter anderem wird auch eine Damen- und Herrnschönheitskonkurrenz veranstaltet werden, für die je fünfzig Preise festgesetzt sind. Mit Rücksicht auf den zu erwartenden Massenbesuch wird ein Kartenvorverkauf eingerichtet. Für das Strandfest wird ausser dem gewöhnlichen Badepreis nur ein Zuschlag von einem Schilling eingehoben werden.

.....

Das Durchfahrtsverbot in der Speisingerstrasse aufgehoben. Der Magistrat hat seinerzeit die Durchfahrt für Kraftwagen durch die Speisingerstrasse wegen der grossen Staub- und Kotplage untersagt. Nunmehr ist die Strasse reguliert und gepflastert worden, weshalb der Verkehr freigegeben wird.

.....

Besichtigung des städtischen Amalienbades. Aus Betriebsrücksichten werden die bisher am Montagen abgehaltenen Besichtigungen und Führungen auf den Sonntag verschoben. Es finden schon am Sonntag, den 22. Mai allgemein zugängliche Besichtigungen und Führungen im städtischen Amalienbad von 12 bis 15 Uhr statt.

.....

Wien, Freitag, den 20. Mai 1927.

Die Konstituierung des Wiener Gemeinderates.

Um halb 5 Uhr nachmittags eröffnet Bürgermeister Seitz die Sitzung. Von den 120 Mitgliedern des Gemeinderates sind nur zwei wegen Krankheit abwesend. Die Sozialdemokraten, die wieder die rechte Seite des Saales besetzt haben, sind mit roten Nelken geschmückt. Die Mitglieder der Einheitsliste tragen weisse Nelken, nur die zwei Großdeutschen Kornblumen. Von den Sozialdemokraten sind sechs neue Mitglieder anwesend: Ammon (Leopoldstadt), Böhm (Floridsdorf), Feldhofer (Hietzing), Theresia Kogler (Meidling), Anna Grünwald (Rudolfsheim) und Viktor Stein (Margareten). Die Partei der Einheitsliste verzeichnet zehn neue Mitglieder: Daffinger (Alsergrund), Gschladt (Meidling), Dr. Hengl (Döbling), Höppel (Ottakring), Dr. Kolassa (Währing), Millik (Ottakring), Pfeifer (Währing), Prinke (Simmering), Schiener (Mariahilf) und Wagner (Landstrasse).

Bürgermeister Seitz erklärt, dass der Gemeinderat beschlussfähig ist. Die Stadtwahlbehörde hat die Wahlergebnisse überprüft und die Gewählten Frauen und Herren von ihrer Wahl verständigt. Sämtliche Gemeinderäte haben die Wahl angenommen. Da laut § 36 der Bürgermeister bis zur Neuwahl eines Bürgermeisters im Amt verbleibt, habe ich nun die Sitzung des Gemeinderates zu eröffnen. Ich begrüße die Mitglieder des Gemeinderates auf das herzlichste und bitte Sie in gewohnter pflichtgemässer Art in die Verhandlungen einzugehen.

Es obliegt mir nun die Pflicht, jenen Frauen und Herren, die nicht mehr in den Gemeinderat zurückgekehrt sind, für ihre Mühewaltung und verdienstliche Arbeit, die sie im Gemeinderat geleistet haben, zu danken. Insbesondere gedenke ich des Herren Gemeinderates Schorsch, der sich als Vorsitzender des Gemeinderates durch seine unparteiische Geschäftsführung allgemein die Sympathien erworben hat. Weiters gedenke ich noch eines Mannes der in aufopfernder Weise seine Dienste der Stadt Wien zur Verfügung gestellt hat. Es ist dies Herr Professor Fränkel, der in uneigennützigster Weise der grossen Aufgabe der Wiener Elektrizitätsversorgung gewidmet hat, und der wieder in die stille Gelehrtenstube zurückgekehrt ist.

Nun listen die Mitglieder des Gemeinderates die Angelobung. Gemeinderat Thaller ruft als Schriftführer die einzelnen Mitglieder des Gemeinderates zur Angelobung auf. Nachdem sich sämtliche Gemeinderäte von ihren Sitzen erhoben haben, leistet jeder Gemeinderat nach seinem Namensaufruf mit den Worten die Angelobung: "Ich gelobe!"

Bürgermeister Seitz leitet nun die Wahl von sechs Vorsitzenden des Gemeinderates ein. Zum Vorsitzenden des Gemeinderates werden gewählt: Bürgermeister Karl Seitz, als zweiter Vorsitzender Vizebürgermeister Hoss, als dritter Gemeinderat Weigl, als vierter Gemeinderätin Bock, als fünfter Gemeinderätin Wielisch und schliesslich als sechster Vorsitzender Gemeinderat Linder.

Vizebürgermeister Hoss übernimmt jetzt den Vorsitz und leitet die Wahl des Bürgermeisters. Die Wahl wird mittels Stimmzettel vorgenommen. Als Bürgermeister wird wieder Gemeinderat Karl Seitz mit 76 Stimmen gewählt. 42 Stimmzettel waren leer. Vizebürgermeister Hoss erklärt, dass Gemeinderat Seitz zum Bürgermeister der Stadt Wien auf die Dauer der Funktionsperiode des Gemeinderates gewählt ist. (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten)

Bürgermeister Seitz erklärt die Wahl anzunehmen, dankt für die neuerliche Bekundung des Vertrauens und führt aus:

Nach einer beispiellosen heftigen Wahlbewegung, die alle Schichten der Bevölkerung aufgewühlt hat und in der auch mit den schärfsten Mitteln gekämpft wurde, tritt dieser Gemeinderat wieder zu einer fünfjährigen Funktionsperiode zusammen. Die frühere war zwar noch nicht beendet und der Gemeinderat wäre berechtigt gewesen, seine Tätigkeit bis zum Jahre 1928 fortzusetzen. Da aber die Nationalratswahlen stattfanden, hatte unsere Partei keinen Anlass, die Wahlbewegung nicht zu einer umfassenden zu gestalten. Wir sagten uns, es wäre vielleicht sogar sehr nützlich, wenn nicht nur die Stellung der Sozialdemokratie als Opposition im Parlament einer Kritik und einer Prüfung durch die Wähler unterzogen wird, sondern auch ihre Arbeit dort, wo sie berufen ist, zu regieren und zu verwalten, wo also ihre Arbeit eine positive ist.

Was war der Sinn dieser Wahlen? Der Chef der Regierung, Bundeskanzler Seipel hat ihn klar bezeichnet, in dem er eine Parole ausgab, die sonst gewöhnlich unsere ist, die Parole vom Klassenkampf, von der Vereinigung aller bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie. Wir haben natürlich diese Parole mit Freude und Genugtuung aufgenommen. Allerdings können wir sagen, dass sich im Laufe der Wahlbewegung eine Scheidung der Wähler vollzog, diese eine etwas andere war und wir können mit Genugtuung feststellen, dass nicht nur die organisierte geistige und manuelle Arbeiterschaft bei diesen Wahlen für die bisherige Art der Gemeindegemeinschaft Stellung genommen hat, sondern darüber hinaus auch Kreise aus dem Bürgertum, Freisinnige und dergleichen. Es sind in diesem Kampf zwei Systeme gegeneinander gestanden, zwei Systeme der Wirtschaft und der Politik, vor allem auch der Kulturpolitik. Es waren aber nicht bloss theoretische Lehrensätze, die gegeneinander rangen, sondern beide Systeme, das im Bund und das hier in der Gemeinde herrschende, sind seit 1920 praktisch geprüft, beide Parteien haben in praktischer Arbeit bekundet, wie sie zu wirken gedenken, man konnte beide an ihren Früchten erkennen. Wir Sozialdemokraten gehen von der Ansicht aus, dass diese kleine Republik vor allem ein Staat der Industrie, des Gewerbes und des Handels ist und nur gedeihen kann, wenn die Weltwirtschaft eine andere Gestaltung annimmt, wenn Europa allmählich in die Bahnen des Freihandels gelenkt wird, wenn wir in einem grösseren Wirtschaftsgebiet, als welches nur das deutsche Reich in Betracht kommen kann, aufgehen. Von dieser Grundansicht aus kommen wir zu dem weiteren Schluss, dass bis zu dem Augenblick, wo eines oder das andere dieser Ziele oder beide erreicht sind, wir alle zusammen die Pflicht haben, gewiss auch unsere Landwirtschaft zu fördern, damit sie, soweit es nur möglich ist, einen grösseren Teil unseres Bedarfes decke, dann aber die eigentliche Grundlage unserer Wirtschaft zu fördern, das ist die Industrie, Gewerbe und Handel. Die Mittel hierzu müssen wir aufbringen durch Erpassung geeigneter Steuerquellen vor allem durch Erpassung jenes Konsums, der über das notwendige Ausmass eines armen Staats und einer armen Gemeinde hinausgeht. Wir müssen uns zu erhalten trachten durch die Förderung des Fremdenverkehrs, durch die Besserung unserer Handelsbilanz. Die geistige und manuelle Arbeiterschaft leidet unter der fruchtlosen Qual der Arbeitslosigkeit und wer immer in Oesterreich Politik machen will, muss bei dieser Quelle aller Not beginnen. (Lebhafte Zustimmung der Mehrheit). Er muss erkennen, dass alles was geeignet ist, die Arbeitslosigkeit zu beheben, zugleich das Mittel ist, Oesterreich zu erhalten und es einer besseren Zukunft entgegenzuführen (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit). Eine unserer wichtigsten Aufgaben ist, die geistige und manuelle Arbeiterschaft/kampffähig zu erhalten, die Konkurrenzfähigkeit der Industrie und des Gewerbes zu sichern vor allem durch die Aufrechterhaltung des Mieterschutzes (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit). Wir erklären mit allem Nachdruck, der Mieterschutz ist eine so unerlässliche Notwendigkeit für Oesterreich, seine Abschaffung wäre eine so ungeheure Gefahr für unser ganzes Volk, dass es unser aller Pflicht ist, ihn aufrecht zu erhalten (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit) Rufe auf den Bänken der Einheitsliste: Vor allem in den Gemeindegemeinschaften).

Wenn man uns in der Legislatur-Registrierungsperiode des Parlaments den Vorwurf gemacht hat, wir handeln gegen die Grundsätze der Demokratie wenn wir die Parlamentsmehrheit an der Einschränkung oder Abschaffung des Mieterschutzes hindern, so haben wir in dieser Wahlbewegung eine glänzende Bestätigung unseres Vorgehens gefunden und es war eine meiner schönsten Augenblicke als ich in den Kundgebungen aller Parteien und zwar sowohl der in der Einheitsliste zusammengeschlossenen Parteien wie auch der anderen die Worte fand: Die Mieterschutz ist gesichert (Lebhafte Beifall und Rufe: Sehr gut bei der Mehrheit). Das System der Politik das von uns im Jahre 1919 kreiert und nun bestätigt wurde, verpflichtet uns auch, die grossen Massen des Volkes durch geeignete kulturpolitische Massnahmen, vor allem durch eine gute Schule geistig zu rüsten. Dieses System das wir in den Wahlen hingestellt haben, hat nicht wenig Anfeindungen erfahren. Der Bundeskanzler selbst hat ja alle diejenigen die diesem System Opposition machen, zur Sammlung aufgerufen, er hat um sich gesammelt die Vertreter der grossen Finanz, der Banken, der Grossindustrie zugleich mit den Vertretern des grossen Grundbesitzes des Agrarier und sie mit den ganz Kleinen vereinigt die in Stadt und Dorf vielleicht aus kulturpolitischen Gründen ihm nahestehen. Er hat Antisemiten und Juden, Los von Rom Leute und fromme Katholiken zu einem geschlossenen Frontangriff gegen die Sozialdemokratie vereinigt. Es war durchaus kein leichter Kampf und es galt, wirklich alle Schichten des Volkes zur Entscheidung aufzurufen. Es war auch der innere Grund der ausserordentlichen Heftigkeit dieser Wahlbewegung. Ich will von den Mitteln die man im Wahlkampf angewendet hat nicht sprechen. Die Sache ist entschieden, und wir können mit Genugtuung feststellen, dass die überwiegende Mehrheit des Volkes von Wien sich zu dem von uns inaugurierten System der Volkswirtschaft und Politik bekennt, dass sie die Grundsätze und Grundzüge unserer Verwaltung auf neue bekräftigt und uns berufen hat in dem Sinne wie bisher in der Verwaltung und Gesetzgebung des Landes und der Gemeinde unentwegt fortzufahren. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit). Wenn im Jahre 1919 53 ein halb Prozent der Wähler diesem Programm zugestimmt haben, so waren es im Jahre 1923 bereits 55 ein halb Prozent und im Jahre 1927 über sechzig Prozent. Man hört von Ihrer Seite immer wieder, es sei bei diesen Wahlen insbesondere in Wien nicht korrekt vorgegangen worden. Demgegenüber muss festgestellt werden wie wirklich vorgegangen worden ist. Es wurden genau nach den Vorschriften des Gesetzes die Wählerlisten aufgelegt, es wurden genau nach den Vorschriften des Gesetzes die Reklamationen vorgenommen (Widerspruch auf den Bänken der Einheitsliste) und obwohl das Gesetz durch die Feststellung der kurzen Termine in grossen Städten die grössten Hindernisse bereitet, sind die Listen unter aller erreichbaren Kautelen zusammengestellt worden. In den Wahlkommissionen hat jede der beiden Parteien Sitz und Stimme gehabt. In vielen dieser Wahlkommissionen waren die Vertreter der Opposition Vorsitzende. Wir haben ihnen beruhigt die Wahl anvertraut (Zwischenrufe auf den Bänken der Einheitsliste). Die Protokolle über die Wahlen in den einzelnen Sektionen sind von den Vertretern der Minderheit und von den Vertretern der Mehrheit in den Kommissionen verzeichnet. Die Wahlproteste sind in der Wahlbehörde genau überprüft worden (Widerspruch auf den Bänken der Einheitsliste) und überdies hat jedermann das Recht, wenn ihm diese endgültigen Entscheidungen der Hauptwahlbehörde noch immer nicht genügen, den Weg zum Verfassungsgerichtshof zu gehen. (Rufe auf den Bänken der Einheitsliste: Wird auch geschehen). Es ist also kein Grund zu einer Aufregung. Vor allem ist sicher, dass im Magistrat die Wahl streng sachgemäss und objektiv überprüft worden sind (Widerspruch auf den Bänken der Einheitsliste) und ich muss den Beamten die mit ungeheurer Mühe tagelanger und nächtelanger Arbeit diese Aufgabe selbstlos und gewissenhaft erfüllt haben, den Dank zum Ausdruck bringen (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit).

Das ist nunmehr abgeschlossen und wir haben den Blick nach vorwärts zu richten. An der Spitze alles dessen wofür wir zu sorgen haben steht die Sorge um den Abbau der Arbeitslosigkeit und die Belebung

der Wirtschaft. Zu diesem Zweck wird im Gemeinderat schon in der Sitzung vom 20. Mai das umfassende neue Wohnbauprogramm vorgelegt werden (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit), das für die nächste fünfjährige Funktionsperiode den Bau von 30.000 Wohnungen vorsieht (Neuerlicher lebhafter Beifall bei der Mehrheit). Darin wird auch der Bau von grösseren Wohnungen vorgesehen insbesondere für jene Stände, die um ihrer Berufsarbeit willen einer grösseren Wohnung bedürfen, es wird die Schaffung von Wohnräumen für Einzeln wohnende Personen vorgesehen und es wird selbstverständlich nicht nur der Hochbau durchgeführt werden, sondern wir werden uns soweit dies bei den territorialen und Verkehrsverhältnissen von Wien möglich ist, auch bemühen, dem System der Gartenstadt Rechnung zu tragen. Wir werden auch eines Standes gedenken, der unter besonder schwierigen Verhältnissen lebt, der Hausgehilfen, in dem wir die Schaffung einer grösseren Zahl von Hausgehilfenheimen vorsehen. (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit).

Wir werden ferner die Aktion der "Heimbauhilfe" fortführen, indem wir denjenigen billige Kredite zur Verfügung stellen, die sich ein eigenes Heim errichten wollen.

Natürlich umfasst dieses grosszügige Investitionsprogramm noch eine Menge anderer Investitionen. Wir werden gleich in der nächsten Sitzung das Programm über die Bestellung von 150 Autobussen vorlegen. (Beifall bei der Mehrheit). Wir werden sehr bald im Gemeinderat bekannt geben, in welcher Form sich die umfassende Investitionstätigkeit auch in den städtischen Betrieben vollziehen soll, damit wir so recht viele Arbeitsmöglichkeiten für Industrie und Gewerbe schaffen.

Was das Gewerbe anlangt, so haben wir längere Zeit mit den Fragen des Gewerbestandes wirklich gewisse Schwierigkeiten gehabt, die ich gar nicht bestreite. Wir standen zu den massgebenden Organisationen des Gewerbes in einem solchen Verhältnis, dass es zu verbindlichen und zweckmässigen Verhandlungen nicht kommen konnte. In den letzten Jahren haben sich die Verhältnisse wesentlich gebessert, ein Grossteil der Gewerbetreibenden hat er Rufe auf den Bänken der Einheitsliste: Ist zugrunde gegangen! hat erkannt, dass das System der derzeitigen Verwaltung auch für sie von Vorteil ist und wir sind nunmehr in der Lage mit einem grösseren Kreis von organisierten Gewerbetreibenden gemeinsam über die Interessen ihres Standes zu beraten und ihren Anregungen Rechnung zu tragen. (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit). Wie sich die Gemeinde Wien bestrebt ist, das Gewerbe in seinem schweren Kampf zu unterstützen, zeigt es sich auch bei der Gründung und alljährlich wiederkehrenden Subventionierung der Wiener Messe. Wir waren uns darüber klar, dass gerade das Gewerbe und der Handel durch Hebung des Fremdenverkehrs belebt werden muss. Es ist durch systematische Arbeit von Jahr zu Jahr gelungen, Wien wirklich zu einer Kongressstadt zu machen. (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit). So wird ein Strom von Menschen nach Wien gelenkt, wodurch Gewerbe und Handel Beschäftigung geboten wird. Wir werden in diesen Bemühungen fortfahren, auch durch Veranstaltung von Ausstellungen. Wir haben auch eine wesentliche Herabsetzung der Fremdenzimmerabgabe vorgenommen. Von ihrer Höhe in der Inflationszeit haben wir sie allmählich, wie es die Zeit gestattete, auf den heutigen Stand gebracht. In dem wir die Steuerermässigungen mit der Durchführung von Investitionen im Hotelgewerbe verbinden, erreichen wir da dieser Zweig des Gewerbes nicht nur durch die Steuerherabsetzung an sich gefördert sondern auch durch die bessere Ausgestaltung der Hotels seine Hebung bewirkt wird. drittens wird dadurch einem grossen Teil anderer Gewerbetreibender und gerade solchen, die unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen schwer zu leiden haben, zu einer grösseren Beschäftigung verholfen. Indem wir 110 Milliarden für solche Investitionen bereitstellen, schaffen wir ungeheure Arbeitsmöglichkeit. Wir werden auch im eigenen Wirkungskreis

der Gemeinde eine umfassende Gewerbeförderungsaktion durchführen und zu diesem Zweck wird dem Gemeinderat eine Vorlage über die Gründung eines eigenen Gewerbeförderungsamtes zugehen. Von der allergrössten Bedeutung erscheint uns allerdings die Beschaffung billiger Kredite für das Gewerbe. Gerade in dieser Hinsicht sind die Gewerbetreibenden in den letzten Jahren schwer zu Schaden gekommen. Der Bankenkrauch und die ganze Erschütterung unseres Kreditlebens hat natürlich auf das Gewerbe zurückgewirkt und besonders die Zusammenbrüche von Banken, wie der Depositenbank und der Lombard- und Escomptebank, bei denen früher die Gewerbetreibenden Kredite nehmen konnten, haben eine ganz empfindliche Notlage geschaffen. Das erste wird sein, dafür zu sorgen, dass das Leihgeld, das in Oesterreich ja ziemlich teuer ist, <sup>wesentlich</sup> billiger kommt. In dieser Hinsicht einzugreifen, ist unsere Pflicht. Wir werden daher schon auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung eine Vorlage stellen, durch welche gesichert werden soll, dass die Gewerbetreibenden im Wege des Kreditvereines der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien Kredite erhalten können. (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit) Die Zentralsparkasse, die sich während der Inflationszeit durch ihre absolute Solidität einen guten Namen gemacht und das Vertrauen der Bevölkerung erworben hat, hat heute einen sehr hohen Einlagestand und ihr Geschäft wächst noch von Woche zu Woche. Wir begrüssen das umso mehr als uns dieser hohe Einlagestand die Möglichkeit bietet, ohne die übrige Tätigkeit der Sparkasse <sup>oder gar ihre Mobilität</sup> auch nur im geringsten zu beeinträchtigen, Kredite in der genannten Höhe für die Gewerbetreibenden zu schaffen. Die Mobilität der Zentralsparkasse wird dadurch nicht im geringsten tangiert werden, die grossen Einlagen ermöglichen alle diese Aktionen. Wir werden auch eine Vorlage unterbreiten, durch die gesichert wird, dass die Gewerbetreibenden für die Kredite keinen höheren Zinssatz als den von sechs Prozent zu leisten haben. (Lebhafte Bravorufe bei der Mehrheit). Wenn also auch der Zinsfuß im allgemeinen ein höherer sein sollte, so wird die Gemeinde für den Unterschied aufkommen. Dadurch sichern wir den Gewerbetreibenden das, was ja für sie das wichtigste ist, die Möglichkeit einer vernünftigen und richtigen Kalkulation und die Möglichkeit von Investitionen in Betriebe. Wenn der Gewerbetreibende nicht weiss, wie sich der Zinsfuß bewegen wird, kann er nicht ordentlich kalkulieren und keine ordentliche Investitionstätigkeit entfalten. Wir aber werden den Zinsfuß bis Dezember 1929 mit einem bestimmten Satz nach oben limitieren. Wenn der allgemeine Zinsfuß sinken sollte, werden wir selbstverständlich mit Freuden auch herabgehen. So wird den Gewerbetreibenden für längere Zeit ein dauernder Kredit <sup>unter stets gleichbleibenden Konditionen</sup> gesichert. Wenn man bedenkt, dass die Konditionen bei den Banken für das Gewerbe heute eine doppelt <sup>so grosse</sup> Belastung ergeben, so wird man die Bedeutung dieser Massnahme einzuschätzen wissen. Dadurch wird gleichzeitig wieder Arbeit geschaffen.

Eine andere Aktion wird die Förderung des Exportes nach Russland sein. Die Absperrung Russlands ist ja vor allem eine der Quellen für die Behinderung des Exportes in ganz Europa, ja geradezu der ganzen Welt geworden. Deutschland hat auf dem Gebiete der Förderung des Russlandsexportes Bahnbrechend gewirkt. Selbstverständlich ist es auch für eine grosse Gemeinde nicht möglich, etwa die Zoll- und Handelspolitik des Staates zu beeinflussen. Wir können nur bedauern, dass im Bunde eine Zollpolitik inaugurirt wird, die einerseits der <sup>Land</sup> Wirtschaft keinen Nutzen bringt, andererseits aber die städtische Bevölkerung schwer belastet. Wir kämpfen ja gegen diese Zollpolitik des Bundes, so weit es nur möglich ist. Wir müssen, wenn wir unserem Gewerbe und der Industrie helfen wollen, andere Wege finden. Deutschland

bietet ein gutes Beispiel durch seine Förderung des Russlandsexports. Das Hemmnis <sup>ist vor allem das, was man gewöhnlich das politische Risiko nennt.</sup> In Deutschland hat man nun die Industrie und das Gewerbe, das sich mit dieser Art Export befasst, dadurch zu sichern versucht, dass der Staat selbst im Verein mit den Ländern eine Ausfallgarantie von sechzig Prozent übernommen hat. Wir haben uns bemüht, in Oesterreich Ähnliches zu erreichen. Es ist uns im Bunde nicht gelungen und das ist die Ursache, dass wir nun den Versuch machen werden, von Gemeindegewegen eine solche Industrieförderung durchzuführen. Die Vorarbeiten sind im vollen Zuge und ich werde alles daransetzen, dass die allerdings <sup>schwierige</sup> Verhandlungen erfordernde Vorlage möglichst bald dem Gemeinderat unterbreitet werden kann. Die Schaffung einer Ausfallgarantie für die russischen Exportgeschäfte wird nicht nur der Stadt Wien zugute kommen, sondern selbstverständlich Oesterreich nützen.

Der Wiener Landtag hat bekanntlich bereits ein Gesetz beschlossen, nach dem die Gemeinde eine Anleihe von dreissig Millionen Dollar aufnehmen kann. Das Bundesministerium für Finanzen hat am 10. Mai dem Magistrat verständigt, dass es gegen diesen Beschluss keine Einwendung erhebt. Damit ist die Bahn frei für ernsthafte Verhandlungen mit den ausländischen Interessenten. Ich kann feststellen, dass die bisher stattgehabten Besprechungen mit den allerersten Emissionshäusern die Tatsache bestätigen, dass gerade die bisherige, so vollkommen zurückhaltende Anleihepolitik der Stadt Wien die Bestreitung aller Ausgaben in diesen schwersten Nachkriegsjahren, sowie die grosszügigen Investitionen ohne Aufnahme von Schulden und die Tatsache, dass das Budget der Gemeinde seit erstem Juli 1920 im Gleichgewicht ist, die günstigste Beurteilung finden (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit). Es ist daher berechtigte Hoffnung vorhanden, dass die Verhandlungen bald abgeschlossen sein werden. Die Gemeinde hält an ihrem Steuersystem fest. Das war aber bisher gar kein Hindernis, doch Erleichterungen eintreten zu lassen, wo es die Verhältnisse erfordern und gestatten. Wir haben schon vor Jahren die Untermietersabgabe abgeschafft. Es wurde die Feilbietungsabgabe ermässigt. Vor Jahresfrist wurde die Lastkraftwagenabgabe abgeschafft, die Fuhrorgeabgabe ermässigt und systematisch die Lustbarkeitsabgabe soweit abgeschafft, dass sie heute in Wien günstiger ist, wie in manchen Ländern und im Ausland. Wir haben ferner die Nahrungs- und Genussmittelabgabe bedeutend ermässigt und haben überhaupt von der Möglichkeit, ein Drittel aller Betriebe einzubeziehen, keinen Gebrauch gemacht. Wir haben weiters <sup>auch</sup> die Fremdenzimmerabgabe ermässigt.

Wenn Sie (zu den Mitgliedern der Einheitsliste gewendet) mir da zurufen, dass waren Wahlzuckerin, so nenne ich Ihnen jetzt eine Steuer die eine sehr schwere Steuer ist und unter der alles leidet. Das ist die Warenumsatzsteuer. (Lärm bei den Mitgliedern der Einheitsliste, Beifall bei den Sozialdemokraten).

G.R. Angermeyer (einh.L.) Sie leiden auch darunter, Herr Bürgermeister?

Bürgermeister Seitz, fortfahrend: Ich muss nun schon sagen, wenn Sie die Warenumsatzsteuer auf Mehl, Brot, und Zucker ermässigt hätten, wenn Sie uns so ein Wahlzuckerl gegeben hätten, wir hätten dieses Wahlzuckerl denkbarst entgegengenommen.

Wenn ich von einem Wiener Vertreter das Wort höre, Wien solle durch einen freiwilligen Verzicht auf einen berechtigten Anteil das System der Abgabenteilung ändern, wenn dem Volk von Wien zugemutet wird, es solle auf seinen berechtigten Anteil verzichten, da muss ich schon sagen, dass das ein Raub auf die Taschen der Wiener Bevölkerung wäre. Diese Zumutung zeigt einen unerhörten Mangel an Patriotismus. Wenn daher der überwiegende Teil der Wiener Bevölkerung am 24. April uns seine Stimme gegeben hat, so ist das schliesslich auch darauf zurückzuführen, dass sich die Wiener Bevölkerung den systematischen Kampf gegen Wien, der von einem Wiener Vertreter, vom Finanzminister geführt wird,

Seit dem Jahre 1923 ist noch kein Jahr vergangen, in dem nicht irgend eine Steuererleichterung durchgeführt worden wäre. Wir werden auf diesem Weg fortfahren und werden schon in der nächsten Zeit daran gehen die Steuer für Kleinautomobile zu ermässigen. Damit wird wieder die in einer unbefriedigenden Lage sich befindende österreichische Automobilindustrie gefördert. Auch diese Vorlage wird noch vor den Sommerferien den Wiener Landtag zugehen.

(G.R. Rummelhardt: Unser Antrag) Da die Fülle Ihrer Anträge, Herr Gemeinderat Rummelhardt, eine erstaunliche ist, bin ich in der glücklichen Lage, Ihnen feierlich zu versprechen, dass wir bei Steuerermässigung in der Erfüllung Ihrer Anträge vorgehen werden, weil Sie sie so prophetisch auf Jahre vorausgesehen haben.

Wir werden überdies den Arbeitslosen die Freikarten zur Bahn beistellen. Eine der wichtigsten Aktionen zur Hilfe für Notleidende wird die Regelung der Kleinrentnerfrage sein. Die Fortsetzung unserer Aktionen zur Förderung der Volksgesundheit werden wir die Untersuchungsstelle für augenkranken Kinder gründen, wir werden den neuen Pavillon für Rheumatiker mit 200 Betten im Lainzer Krankenhaus eröffnen, wir werden auch sofort daran gehen, im Einvernehmen mit allen Kreisen der städtischen Beamtenschaft die kommunale Akademie ins Leben zu rufen.

Vor allem werden wir unsere Bemühungen zur Förderung der schwer dar- niederliegenden Kunst und des Kunstgewerbes und zur Hilfe für die notleidende Künstlerschaft und der Wiener Theater fortsetzen. Eine der grössten Sorgen für uns ist die Aufzucht unseres Nachwuchses. Wir müssen die Garantie haben, dass jedes Wiener Kind das nicht von seinen Eltern erhalten werden kann, den vollen Schutz der Gemeinde findet. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit) und dass jedes Kind in einer guten Schule aufwächst. (Neuerlicher Beifall). Wir werden daher unsere Aktionen hinsichtlich der Kindergärten weiter fortsetzen, die Kinderfreibäder weiter ausbauen und auch weiterhin den Sport der Jugend fördern. Unsere grösste Aufmerksamkeit werden wir der durchgängigen Durchführung der bereits begonnenen Schulreform zuwenden. Wir werden sie mit dem Ziel fortsetzen, dass eine Einheitsschule für alle Kinder bis zum 14. Lebensjahr geschaffen wird und dass das Monopol auf die Bildung endlich ein Ende nehme. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit.) Heute schon werden wir die Zahl der Stipendien für mittellose Schüler und Studenten auf sechshundert vermehren.

Was unser Bauprogramm anlangt, so will ich hier sagen, dass wir nicht nur Wohnbauten aufzuführen werden, sondern auch menschenwürdige Auszahlungsstellen für die Arbeitslosenunterstützung schaffen werden. Nach dem Gesetz über die Arbeitslosenversicherung fällt dies zwar in die Kompetenz des Bundes. Ich habe des öfteren der Regierung die unhaltbaren Zustände in den Auszahlungsstellen dargetan, aber leider kein Verständnis gefunden. Daher wird die Gemeinde tun, was in ihrer Macht steht.

Wir haben den Termin der Durchführung unseres Bauprogramms auf einem früheren Zeitpunkt verlegt, weil wir es für zweckmässiger halten, das Programm der Bevölkerung schon vor den Wahlen zur Begutachtung vorzulegen. Heute nach der Wahl haben wir darüber bereits einen Volksentscheid. Es ist zweckmässiger, gleich ein Programm vorzulegen, statt einfach Versprechungen zu machen, das Programm zu plakatieren. (Zwischenrufe bei den Mitgliedern der Einheitsliste: Jetzt kommt die Wipag.) Das Volk von Wien hat mit überwältigender Mehrheit das Programm bekräftigt und dieses Programm wird in den nächsten fünf Jahren entschlossen, zielsicher und energisch bis zum letzten Punkt durchgeführt. (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten.) Wir werden uns durch nichts davon abhalten lassen. Wir werden um so gewissenhafter jede unserer Aktionen prüfen, wir werden die gewissenhafteste Selbstkritik üben, weil wir keiner unbefangenen und sachlichen Kritik gegenüberstehen und ein grosser Teil der Presse bewiesen hat, dass sie einer unbefangenen Kritik/fähig ist. Wir werden mit aller Entschlossenheit unser Programm durchführen. (Neuerlicher stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten.)

So werden wir auf allen Gebieten unsere Aufbauarbeit fortsetzen. Die Normen für unsere Gemeindeverwaltung, unser Programm sind in ihren Einzelheiten zur Volksabstimmung gestellt worden und das Volk von Wien hat sie in seiner Mehrheit bekräftigt. Ich habe die Erklärung abzugeben, dass wir sofort daran gehen werden, dieses Programm durchzuführen und es in fünfjähriger Arbeit zu vollenden. Wir erbitten hierzu die Unterstützung aller Mitglieder des Gemeinderates, der Bezirksvertretungen und aller städtischen Körperschaften. Wir hoffen, dass wir so in gemeinsamer Arbeit die Stadt Wien um ein gutes Stück nach vorwärts bringen. So weit ich nicht Parteipolitiker bin und nicht von diesem Platze aus spreche, sondern so weit ich in der Funktion eines Landeshauptmannes, eines Vorsitzenden des Gemeinderates und eines Chefs des Magistrats stehe, werde ich wie bisher in voller Unparteilichkeit das Gesetz handhaben und jedem und jede Sache nach gleichem Recht behandeln. Ich glaube nicht, dass mir irgend jemand, obwohl ich schon in verschiedenen Funktionen als Präsident als Präsident und seit den Verhandlungen sowie als Beamter der Republik tätig war, so viel Feindschaft entgegenbringt, dass er behaupten könnte, ich sei jemals bewußt vom Wege des Rechts und der strengen Unparteilichkeit abgegangen. Ich glaube, es ist eine der schönsten demokratischen Tugenden, leidenschaftlicher Parteimann zu sein und Kämpfer für seine Überzeugung, dort, wo man zu kämpfen hat, aber unparteiischer und absolut sachlich urteilender Funktionär dort, wo man als Beamter für die Gesamtheit zu sorgen hat. Ich werde mich nach Kräften bemühen, dieser demokratischen Tugend gerecht zu werden, wie ich mich bisher in diesem Sinne nach Kräften bemüht habe. So glauben wir, dass wir doch allmählig Wien einer besseren Zukunft zuführen werden. Diejenigen Kreise, die uns gewählt haben, sollen mit Genugtuung beobachten, dass ihr Auftrag erfüllt wird, diejenigen aber, die uns nicht gewählt haben, sollen trotzdem teilnehmen an den Segnungen, die die Durchführung dieses Programmes bietet. Wien ist heute nicht mehr die Stadt einer grossen Dynastie, nicht mehr eine Stadt des Hofes, nicht mehr eine Stadt des Glanzes und der Freuden einiger Weniger auf Kosten der breiten Massen des Volkes. Wir wollen Wien zu einem neuen Glanz bringen als eine Stadt der Arbeit, aber auch als eine Stadt des Glücks und der Wohlfahrt der geistig und manuell arbeitenden Menschen. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen bei der Mehrheit - die Gemeinderäte der Mehrheit erheben sich von den Sitzen und bringen begeisterte Hochrufe auf den Bürgermeister auf.) Der Bürgermeister wird vielseitig beglückwünscht.)

Der Bürgermeister übernimmt nun des Vorsitz und erteilt dem Gemeinderat Kunschak zur Geschäftsordnung das Wort.

GR. Kunschak (Einheitsliste) bemerkt, obwohl er der Ansicht sei, dass sich der Gemeinderat mitten in der Debatte befindet, da Bürgermeister Seitz nicht als Bürgermeister, sondern als Gemeinderat gesprochen habe, müsse er sich doch an die Geschäftsordnung halten und er beantrage daher die Eröffnung der Debatte.

Dieser Antrag wird angenommen.

GR. Kunschak (Einheitsliste): Wir waren der Meinung, eine Erklärung des Bürgermeisters zu hören und haben eine Erklärung des sozialdemokratischen Parteichefs gehört. Ich würde mich daher nicht verpflichtet, mich an die sonst gewiss gebotene Respektierung der Stellung des Bürgermeisters zu halten, sondern lediglich an die Regeln, unter denen Debatten zwischen politischen Rednern abzuführen zu werden pflegen. Gemeinderat Seitz hat den Wahlkampf als beispiellos bezeichnet. Auch wir sind der Meinung, dass der Wahlkampf beispiellos war, nämlich nach Anwendung der ganz ungesetzlichen und unlauteren Mitteln, die Sie in diesem Wahlkampf angewendet haben. Ich habe in einer Versammlung gegen mir nicht bekannte Organe des Wiener Ma-

gistrats die Anschuldigung des Missbrauchs der Amtsgewalt erhoben. Ich tue das jetzt wieder als Mitglied des Wiener Gemeinderats in der ersten Sitzung des Gemeinderates. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit). Ueber die Details wird noch gesprochen und der Beweis hierfür wird an anderer Stelle vorgelegt werden. Hier nur eine Frage, um wenigstens anzuzeigen, worauf sich meine schwerwiegende Beschuldigung stützt. Die Wählerlisten sind diesmal auf Grund einer Anordnung angelegt worden, die besagt, dass die Wahlberechtigten von Haus zu Haus aufzunehmen sind, dass ein Zählblatt auszufüllen ist und dass der damit betraute Beamte die Richtigkeit der in diesem Zählblatt angegebenen Daten auf der Grund der ihm vorzuliegenden Dokumenten zu überprüfen hat. Diese Anordnung ist vollständig einwandfrei, sie ist klar eindeutig, und wenn sie gehandhabt wird, könnte kein Wähler in die Wählerliste kommen, der nicht wahlberechtigt ist. Wie kommen nun die vielen Wähler in die Wählerliste, die nicht einmal die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit). Hat der betreffende Beamte die Vorlage eines Heimatsdokumentes verlangt oder nicht? Wenn ja, so müsste er darauf gekommen sein, dass der Mann nicht österreichischer Staatsbürger ist; hat er sie nicht verlangt und ihn in die Wählerliste aufgenommen, so hat er sein Amt missbraucht. (Zustimmung auf den Bänken der Einheitsliste) Wie kommen Leute in die Wählerliste hinein, von denen der Magistrat weiss, dass bei ihnen das Ansehen um Zusicherung der Aufnahme in den Heimatsverband über die erste protokollarische Verhandlung noch gar nicht hinausgediehen ist? Oder wie kommt ein Mann hindan, über dessen Ansehen der betreffende Akt noch zur Begutachtung bei den Wiener Bezirksvertretungen liegt? Wie kommen Leute, die erst 1907 oder 1908 geboren sind, daher nicht wahlberechtigt, in die Wählerliste nach dem die Aufnahme nur auf Grund dokumentarischen Nachweises über das Lebensalter möglich ist? Wenn solche Leute trotz alledem in die Wählerlisten kamen, so ist das ein effektiver Beweis für den Missbrauch der Amtsgewalt der hier seitens einzelner Magistratischer Organe verübt worden ist. (Beifall auf den Bänken der Einheitsliste.) Ich könnte noch andere Beispiele anführen. Wir sind bei der ersten Überprüfung der Wählerlisten bereits darauf gekommen, dass eine grosse Zahl von Leuten, die in Wien polizeilich nicht gemeldet sind, in den Listen stehen und gewählt haben. (Lebhafte Hörtrufe auf den Bänken der Einheitsliste.) Die Aufnahme solcher Leute konnte nur auf Grund des Meldezettels erfolgen, die Leute hatten aber keinen, da sonst bei der Polizei Aufzeichnungen darüber vorhanden sein müssten. Die Leute sind also unter Missachtung der ausgegebenen Vorschriften durch einen Beamten, das heisst unter Missbrauch der Amtsgewalt hineingekommen. (Zustimmung auf den Bänken der Einheitsliste.) Das ist das beispielelose in diesem Wahlkampf, der ein Ergebnis gezeigt hat, das der wahren Stimmung der Bevölkerung absolut nicht entspricht. (Lebhafter Beifall bei den Bänken der Einheitsliste).

Gemeinderat Seitz war der Ansicht, dass der Bundeskanzler die Parole des Klassenkampfes für den vergangenen Wahlkampf aufgegriffen hat die sonst immer die Parole der sozialdemokratischen Partei gewesen sei. Ich finde in dieser Erklärung ein ganz interessantes Zugeständnis. Sie haben also die alte Parole, die Karl Marx ausgegeben hat, für die diesmalige Wahl im Archiv deponiert, um unter einer anderen Maske auf die Leute, die auf Ihren Klassenkampf nicht abgestimmt sind, zu wirken. (Lebhafte Zwischenrufe bei der Mehrheit). Es liegt also in dieser Erklärung des Gemeinderates Seitz ein Geständnis der Skrupellosigkeit in der Wahl, der Mittel wenn es gilt, für die Sozialdemokratie Wahlerfolge zu erzielen. (Lebhafter Beifall auf den Bänken der Minderheit). Es ist aber selbstverständlich nur eine öde Phrase wenn behauptet wird, der Bundeskanzler hätte den Wahlkampf als Klassenkampf geführt. Wenn für die Einheitsliste nur die Banken, die Industriellen und dann besonders fromme Katholiken gestimmt hätten, dann hätte diese

Behauptung vielleicht noch einen Schein von Glaubwürdigkeit. Es wird aber doch niemand behaupten wollen, dass etwa Ottakring der Sitz der Bankiers, der Industriellen und besonders frommer Katholiken ist. (Heiterkeit und Rufe: Sehr gut bei der Minderheit). Dennoch haben Sie in diesem ausgesprochenen Proletariatsbezirk ein Mandat an die Einheitsliste abgeben müssen. (Lebhafter anhaltender Beifall bei der Minderheit).

Gemeinderat Seitz hat auch ein interessantes Entweder-oder aufgestellt: Entweder langsam hinüberleiten unserer ganzen Politik auf den Freihandel und dadurch Eingliederung in die Weltwirtschaft oder, wenn das nicht geht, Anschluss an Deutschland. Ich war der Meinung, für Sie gebe es hier kein Entweder-oder. Jetzt ist das Primäre für Sie der Freihandel und nur wenn auf diesem Wege die Eingliederung in die Weltwirtschaft nicht möglich ist, dann entdecken sie Ihr deutschvaterländisches Herz, dann machen Sie aus der Not eine Tugend und gehen in das Reich. (Lebhafte Zustimmung bei der Minderheit).

Ich kann mich damit zufrieden geben, wenn in so feierlicher Stunde ein so feierliches Bekenntnis/über die inneren Gedankenwelt der sozialdemokratischen Partei abgelegt wurde. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

Wenn es heisst, erstes Gebot für die Tätigkeit im Gemeinderat sei die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit so habe ich das wenn ich mich recht erinnere gestern schon vom Bundeskanzler gehört. (Heiterkeit und Zustimmung auf den Bänken der Einheitsliste. Lebhafte Zwischenrufe bei der Mehrheit) Wir hätten also auf diesem wichtigen Gebiet eine Einheitsliste von Seipel bis Seitz, vom Parlament bis zum Gemeinderat. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit). Allerdings ist dabei meine Freude über die programatische Bekenntnis grösser als meine Zuversicht, denn auf Grund unserer Erfahrungen muss ich sagen, dass in diesem Saale von wirklicher Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wenig zu spüren war. Der Hinweis auf die Bautätigkeit ist hier nicht ausschlaggebend. Wenn man zuerst die Baumöglichkeit zum unbestrittenen Monopol der Gemeindegewalt und dann sagt: Wir lassen doch bauen! so ist das kein Akt der Fürsorge für die Arbeitslosen sondern die primitive Pflicht des Verbrechers, der ein Verbrechen gut machen will. (Stürmischer Beifall und Handklatschen bei der Minderheit). Wenn sich dies im neuen Gemeinderat anders gestaltet, soll es mich freuen. Für diesen Fall kann ich ohne weiters sagen, dass wir... (Gemeinderat Eisinger (soz. dem.) für die Hausherren eintreten werden! - Gegenrufe bei der Minderheit). Wir werden bereit sein, mit den Kräften, über die wir verfügen, und dem guten Willen der uns besetzt, mit Ihnen gemeinsam zu arbeiten.

Gemeinderat Seitz hat die Frage der Aufrechterhaltung des unbedingten Mieterschutzes aufgeworfen. Das nötigt zur Frage, ob es denn einen unbedingten Mieterschutz überhaupt gibt. Ich weiss nur, dass sich Tag für Tag ganz bedeutende Mietzins erhöhungen in Wien vollziehen. (Zustimmung bei der Minderheit). Nur können Sie, weil es individuelle Zins erhöhungen und keine generell sind, nicht zur Grundlage für Forderungen nach Erhöhung der Löhne und Gehälter dienen. Was die Masse des Volkes unter Mieterschutz versteht und was diese starke Wirkung auf die Masse der Mieter ausübt, das ist die Sorge um den ungefährteten Besitz der Wohnung. Dieser wesentliche Mieterschutz wird von uns aufrecht erhalten werden, für den werden wir immer ein stehen, so weit unsere Kräfte reichen. Wir können leider den Abbau dieses Mieterschutzes nicht verhindern. Nach Ihren Behauptungen gibt es bereits 30.000 Mieter in städtischen Wohnhäusern und 30.000 sollen noch dazu kommen. Das heisst, es werden 60.000 Wiener Mieter innerhalb dieser Funktionsperiode des Gemeinderates vom Schutz des Wohnungsbesitzes ausgeschaltet werden. (Stürmischer Beifall bei der Minderheit). Ueber diese Tatsache hilft Ihnen nichts hinweg, als dass Sie sich entschliessen, Das Vorgehen, zu dem das Gesetz den privaten Hausbesitzer zwingt, freiwillig gegenüber Ihren Mietern anzuwenden. (Beifall bei der Minderheit. - GR. Beisser (Soz. Dem.): Sie denken

nicht daran, dass Sie dasin Parlament beschliessen können!) Wenn ich diese Bemerkung als eine Aufforderung auffassen darf, das Gesetz dahin abzuändern, dass auch die Gemeinde befähigt ist, Ihren Mietern den Mieterschutz zu geben, so will ich dieser Aufforderung gerne nachkommen. (Stürmischer Beifall bei der Minderheit - Ruf bei der Mehrheit: Was aber die Gemeinde von den Mietern verlangt!)

Der Herr Gemeinderat Seitz hat dann schliesslich ... (Gemeinderat Kissinger (Soz. Dem.): Der Herr Bürgermeister Seitz! - Stürmische Zwischen- und Gegenrufe.) ... hat sich auch darüber beschwert, dass bis vor kurzem ein richtiges Verhältnis zwischen den gewerblichen Organisationen und der Gemeindeverwaltung nicht bestand. Jetzt sei es anders, viele hätten sich sozialdemokratisch organisieren lassen, mit denen lasse sich angenehm verhandeln. Dieses Argument zwingt mich von Herrn Gemeinderat Seitz zu sprechen, weil, wenn es der Bürgermeister gesagt hätte, es ein unerhörtes Bekenntnis wäre. (Zustimmung bei der Mehrheit). Die Gewerbevereine sind die offiziellen Vertretungen der Gewerbetreibenden. Die ganze Geschichte der sozialdemokratischen Partei zeigt nun freilich, dass zwischen der vom Geiste der Partei beherrschten Gemeindeverwaltung und den offiziellen Vertretungen des Gewerbestandes sich schwere Differenzen von selbst ergeben müssen. Die sozialdemokratische Theorie, namentlich die Konzentrations- und die Akkumulationstheorie besagt, dass es ein natürlicher Entwicklungsprozess ist, wenn das Gewerbe aus dem Wirtschaftsleben verschwindet. Die Theorie und die Reden, die darüber gehalten wurden, sagen, dass man diese Entwicklung fördern müsse, damit der Zeitpunkt der Expropriation der Expropriateure durch die Expropriierten möglichst nahegerückt wird. (Lebhafter Zustimmung bei der Minderheit). Bei dieser Tatsache ist es begreiflich, dass sich Gegensätzlichkeiten zwischen den Gewerbevertretungen und Ihnen geben müssen. Weil Ihnen das unangenehm ist, schalten Sie jetzt die offiziellen Organisationen des Gewerbestandes aus und schaffen und kaufen sich nun Stimmen für Ihre Liste. (Stürmischer Beifall bei der Minderheit). Wir müssen fordern, dass die gesetzlichen Vertretungen der Gewerbetreibenden auch von der Gemeinde geschützt werden. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit). Die roten Winkelorganisationen mögen Ihrem Bedürfnis nach Bequemlichkeit entgegenkommen, aber die Verwaltung einer Stadt darf nur nach den Grundsätzen des klaren und strikten Rechtes geführt werden. (Beifall bei der Minderheit).

Positive Absichten zur Förderung des gewerblichen Interesses wollen wir auf das kräftigste unterstützen. Mit der Organisation des Kredites für das Gewerbe durch die Zentralsparkasse sind wir einverstanden. Wir verweisen nur in diesem Zusammenhang darauf, dass die Zentralsparkasse und auch der Kreditverein der Zentralsparkasse Gründungen Luegers sind. Was Sie also auf diesem Gebiete unternehmen, ist nicht Ihres Geisteskind, sondern nur eine pflichtgemässe Fortführung geschaffener Institutionen. (Beifall bei der Minderheit). Es wird sehr vorteilhaft sein, wenn die Gelder der Wiener, die in der Zentralsparkasse sind, in Zukunft eine Verwendung zugunsten der Wiener und in geringerer Masse zugunsten der sozialdemokratischen Gemeindeverwaltung finden.

Auch mit der Exportförderung sind wir einverstanden. Die Regierung hat aber in diesem Belange bereits früher eine Massnahme getroffen. Sie besteht in der Befreiung aller Exportwaren von der Warenumsatzsteuer. Wenn die Gemeinde Wien nun auch etwas beitragen will, begrüssen wir es mit Freude. Es soll auch in der Frage der Exportförderung eine Einheitsliste von Seipel bis Seitz entstehen.

Dazu gehört eine Reihe von Voraussetzungen, die wir bisher im Gemeinderat noch nicht gefunden haben. Mit Versprechungen ist uns nicht gedient. Man muss die Kreditwürdigkeit herabsetzen, da ist aber das Janusgesicht der Majorität zu sehen. Auf der einen Seite gibt man den Kredit, wo man zuerst das Betriebskapital durch eine unerhörte Steuerpolitik weggenommen. Eine wirkliche Gewerbebeförderungspolitik muss mit einer gründlichen Reform der Wiener Steuerpolitik beginnen; alles andere ist

Wir sind mit allem einverstanden, was Wien als Kongressstadt fördert. Wir haben keinen sehnlicheren Wunsch, als dass Wim Luegers als Kongressstadt wieder zurückkehre. Die Hebung des Fremdenverkehrs hat eine mächtige Anregung durch die Fremdenverkehrskommission gefunden. Aber auch da mussten wir einen Leidensweg durchmachen. Es hat eine private Vereinigung gegeben, in deren Rahmen der verstorbene Landeshauptmann Steiner dreissig Jahre dem Fremdenverkehr diante. Als aber die Majorität in diesem Saal einzog, hörte sich jede Hilfe für diese Vereinigung auf. Dadurch wurde ihre Tatkraft gebrochen und auf den Ruinen der alten Vereinigung wurde eine neue Institution aufgebaut. Sie ist ein Erfolg Zimmerls und ihre Erfolge sind die Erfolge der patriotischen Zusammensetzung der Fremdenverkehrskommission in der unsere Leute hervorragend wirken.

Interessant war auch der Hinweis des Herrn Gemeinderates Seitz, dass wir die Gemeinde zwingen wollen zur Politik des Schuldenmachens. Die Verhältnisse haben sich gebessert und die Gemeinde geniesse eine erhöhte Kreditfähigkeit. Pflicht der Opposition ist es, alles zu vermeiden, was den Erfolg der Anleihe beeinträchtigen könnte. Wenn Sie sich schon zum Schuldenmachen bekannt haben, dann keine Halbheit. In einer Zwangslage haben Sie den Weg der Anleihe bestritten, die zwingende Gewalt hat sie zur Anleihepolitik gebracht, weil die städtischen Unternehmungen am Ende ihrer kaufmännischen Fähigkeiten angelangt sind.

Ich will nun über den Wohnhausbau auf Anleihen sprechen, und widerspreche gleich der Lüge, dass wir die Einstellung der Wohnbautätigkeit wollen. Sie haben sich diese beharrliche Lüge zurechtgelegt. Auf Ihren Häusern steht: Erbaut aus den Mitteln der Wohnbausteuer oder Bauten aus dem Ertragnisse der Wohnbausteuer. Das ist eine Lüge und Sie sollen sich schämen, die Öffentlichkeit so zu belügen. Es waren zwei reichsdeutsche Abgeordnete hier, denen der Bau von Häusern aus dem Ertragnisse der Wohnbausteuer sehr imponiert hat. Ich musste sie aber belehren, dass zwei Drittel der Baukosten aus laufenden Steuern genommen werden.

Der Ertrag der Wohnbausteuer macht etwa 360 Milliarden aus und die Kosten der Wohnbautätigkeit 1100 Milliarden. 650 Milliarden müssen also zur Bestreitung der Kosten aus den laufenden Steuergeldern herausgenommen werden. 650 Milliarden werden einem Wirtschaftsleben genommen, dem gegenüber Sie die Kreditwürdigkeit anerkennen. Sie wollen 500 Milliarden für Kredite zur Verfügung stellen. Nehmen Sie eine Wohnbauleihe und finanzieren Sie damit die Bauten und Sie ersparen diese 650 Milliarden, also weit mehr als für Ihre Kredite in Betracht kommt. Ich verweise darauf, dass der Ertrag der Wohnbausteuer ganz gäntz die Möglichkeit bietet, die Anleihe zu decken.

Herr Gemeinderat Seitz hat gesagt, es sei unerhört, dass es Funktionäre gibt, die der Gemeinde Wien zumuten, auf ihren Anteil der Abgaben zu verzichten. Wenn es keine andere Frage gibt, so will ich gleich mit Ihnen einen Vertrag schliessen. Machen wir folgendes: Die Gemeinde verzichtet nicht auf die 480 Milliarden der Warenumsatzsteuer, sondern verwendet den Ertrag zur Ermässigung der Fürsorgeabgaben im Betrag.

Auch wir wollen Jugendfürsorge im weitesten Masse, aber frei von jeder Parteipolitik. (Lebhafte Zustimmung bei der Minderheit). Das Wohl unserer Kinder liegt uns mindestens ebenso am Herzen, wie der sozialdemokratischen Partei. Aber leider wird auch auf diesem Gebiete von Ihnen Parteipolitik getrieben. Wir haben Jugendspielplätze, aber nicht für alle Kindern, sondern nur für eine privilegierte Jugend, die beim Verein Schul- und Kinderfreunde ist. Ein Gemeinderat hat mir eben erzählt, dass seine Tochter vom Betreten eines solchen Spielplatzes

gehalten wurde. (Hört- Hörtrufe bei der Minderheit). Dasselbe gilt auch auf dem Gebiet der Sport- und Turnbewegung. Die Sozialdemokraten wollen das Monopol auf Bildung brechen. Im eigentlichen Sinn das Wortes hat ein solches Monopol bisher nicht bestanden. Es gibt ja in diesem Saale selbst genug Männer, die was den armseligsten Verhältnissen auf den verschiedensten Gebieten aufgestiegen sind. Es kommt hier nicht nur auf den Reichtum der Eltern an, sondern auch auf den Willen und das Talent der Kinder. Über diese Tatsache kommt man durch keine Schulreform hinweg, im Gegenteil, je mehr sie die Dinge auf eine breite Basis stellen, umso niedriger wirken sie, statt in die Höhe zu wirken. (Lebhafte Zustimmung bei der Minderheit.) Auch wir wissen, dass auf dem Gebiete der Schule viel veraltet ist. Und dass die neue Zeit neues erfordert. Aber jedes Experiment gehört aus der Schule heraus in die Stille. (Lebhafte Zustimmung bei der Minderheit). Der Bürgermeister hat am Schluss versichert, dass er in allen seinen Funktionen strengste Unparteilichkeit walten lassen will. Wir hörten die Botschaft. Sie werden verstehen, dass wenn dieser Botschaft so viel voraus gegangen ist, das uns dem Bürgermeister als leidenschaftlichen Vertreter seiner Partei erkennen liess, soeben möglich ist, zu dieser Botschaft noch was anders zu sagen: Ich höre Sie, doch mir fehlt der Glaube. Mag es gelingen - und das ist unser Wunsch - dass dieses mangelnde Vertrauen, das uns aufgezungen wurde, vor einer in den Tatsachen festbegründeten Überzeugung schwindet. Das würde gewiss nur im Interesse der Stadt und des Ansehens des Gemeinderates sein. Wir haben heute vom Bürgermeister des Hohn über unsere Anträge gehört. Über Anträge, deren Sachlichkeit so stark ist, dass sich die Mehrheit ihnen anschliessen muss. (Lebhafte Zustimmung bei der Minderheit). Dieser Hohn zeigt aber, dass man die Minderheit auch in Zukunft als eine quantitate negligable betrachten will. Nicht immer war es in diesem Saale so. Auch Reumann war ein leidenschaftlicher Parteimann. Er ist doch seit den achtziger Jahren in den schwersten Kämpfen als "Auerweber" gestanden für hunderte, die heute Nutzniesser seiner Arbeit sind. (Lebhafte Zustimmung bei der Minderheit). Auch er hat seine Bürgermeistermacht benützt, um seiner Partei zu dienen. Aber dem Gegner gegenüber hat er auch Objektivität, Unparteilichkeit und Konsilienz niemals versagt. Seit Bürgermeister Reumann fehlt an dieser Kenntnis. Wir hören vom Bürgermeister süsse Worte, wie wir sie früher von dem eine etwas derbere Sprache führenden Reumann nicht gewöhnt waren, aber denn der Zucker abfällt, zeigt sich, dass sich dahinter ein ganz ungeniessbarer Kuchen verborgen hat. Aus meinen Worten ist nicht die Folgerung zu ziehen, dass wir etwa um Gnade bitten. Uns lebt das Bewusstsein, der Würde, die uns von der Bevölkerung gegeben, das Bewusstsein, der uns übertragenen Pflicht und aus diesem Bewusstsein heraus, werden wir wie immer die Verhältnisse sich hier gestalten mögen, die Würde eines Gemeinderates und die Pflicht eines Gemeinderates unverändert aufrecht erhalten. (Stürmischer Beifall und Hochrufe bei der Minderheit). Gemeinderat Pfeiffer (Einheitsliste) bemerkt, es wäre besser gewesen, wenn der Bürgermeister sich darauf beschränkt hätte, eine Erklärung abzugeben und wenn er versichert hätte, eine parteipolitische Rede zu halten. Der Redner wolle es sich ersparen, dem Bürgermeister in einzelnen zu erwidern, zumal sich in allen wirtschaftlichen Fragen die Ausführungen des Sprechers der christlichsozialen Partei mit unseren Ausführungen decken. (Stürmische Rufe bei der Mehrheit: Einheitsliste.) Erregte Gegenrufe bei der Minderheit. (Lärm.)

Vorsitzender Weigl ersucht wiederholt um Ruhe.

GR Pfeiffer (Einheitsliste): Das Endziel grossdeutscher Politik bleibt für unser Zusammenschliessen mit dem deutschen Reich. Wir meinen aber den Unterschied von der Mehrheit, dass jede politische und verwaltungstechnische Arbeit in den parlamentarischen Körperschaften, dem Anschlussgedanken zu dienen hätte. Die Steuerpolitik der Gemeinde Wien, die steuermässige Enteignung des ehrlich erworbenen Besitzes (Lachen bei der Mehrheit) ist nicht das richtige Mittel, um den Weg zum deut-

sehen Reich zu finden; dass eine solche übermässige Besteuerung nicht kennt. Wir sind der Ueberzeugung, dass für das Wohl der Bevölkerung nur dann gearbeitet werden kann, wenn wir es verstehen, alle Schichten der Bevölkerung unserer Stadt zusammenzufassen. Wir verlangen, dass bei der Verwaltung der Gemeinde die vollste Objektivität herrscht und dass insbesondere bei der Anstellung und Beförderung der Beamten unparteilich vorgegangen wird. (Stürmischer Beifall bei der Minderheit). Gemeinderat Iser (soz. dem) ruft: Die zwei Herren haben den humoristischen Teil übernommen! (Lebhafte Heiterkeit bei der Mehrheit). Grosser Lärm auf den Bänken der Einheitsliste.

GR Pfeiffer: Unsere Arbeit ist national orientiert und wir werden dieser Arbeit mit unserer ganzen Kraft dienen und uns durch keinen Terror abschrecken lassen. Solange wir die Kraft haben und uns der Herrgott die Gesundheit gibt, werden wir, wenn wir auch nur zwei sind, unentwegt für unser gemeinsames grosses deutsches Vaterland, das wir erreichen wollen, wirken. (Stürmischer Beifall bei der Minderheit).

Es werden nun durch Handaufheben die neun Schriftführer des Gemeinderates auf die Dauer eines Jahres gewählt. Bürgermeister Seitz nimmt dann die Wahl der zwölf Stadträte vor. Es werden gewählt die Stadträte Breitner, Emmerling, Kokrda, Richter, Siegel, Speiser, Tandler und Weber (Sozialdemokraten) und Hoss, Kunschak, Motzko und Rummelhardt (Einheitsliste). Schliesslich werden noch als Vizebürgermeister Emmerling (Sozialdemokrat) und Hoss (Einheitsliste) gewählt.

Bürgermeister Seitz unterbricht nun zum Zwecke der Konstituierung des Stadtsenates die Sitzung. Nach Wiederaufnahme wird die Wahl der acht amtsführenden Stadträte, ausschliesslich Sozialdemokraten, vorgenommen. Dann werden die Mitglieder für die acht Gemeinderatsausschüsse, das Disziplinarkollegium, die Personalkommissionen und eine Reihe von Vertretern für verschiedene andere Körperschaften gewählt. Am Schluss der Sitzung wird ein Dringlichkeitsantrag des Gemeinderates Dr. Hengl (Einheitsliste) verhandelt. Der Antrag verweist auf die schweren Schäden, die vom 11. bis 14. Mai durch Verheerende Nachtfröste in den Wiener Weinbaugebieten angerichtet wurden. Der städtische Finanzreferent soll deshalb beauftragt werden, umgestimmt eine umfassende Notstandsaktion für die betreffenden Grundbesitzer in Form langfristiger, unverzinslicher Darlehen und Beiträge zur Verbilligung der Schädlingsbekämpfungsmittel in die Wege zu leiten. Ferner soll dem Gemeinderat eine Vorlage unterbreitet werden, die festsetzt, dass die Gemeinde bis auf weiteres auf die Einhebung der Nahrungs- und Genussmittelabgabe in den Wiener Buschenschenken verzichtet.

Gemeinderat Dr. Hengl begründet die Dringlichkeit. Er führt aus, dass der Wiener Weinbau sich gegenüber dem übrigen Weinbau Oesterreichs in sehr ungünstiger Lage befindet. Das Jahr 1926 war ein schlechtes Weinjahr. Der Bezirk Döbling umfasst drei Viertel der Weinbauflächen Wiens. Im Jahre 1926 wurden dort nur 717 Hektoliter auf ein Joch geerntet. Die Döblingener Weinbauer haben ein Defizit von neun Millionen zu verzeichnen. Sie haben grosse Hoffnungen auf das heurige Jahr gesetzt. Diese Hoffnungen sind aber nicht in Erfüllung gegangen, wie der geringe Traubenansatz zeigt. Die katastrophalen Nachtfröste der vorigen Woche haben auch einen Teil der Wiener Weingärten getroffen. Es ist daher notwendig, dass die Gemeinde hier helfend eingreift.

Dem Antrag wird die Dringlichkeit zuerkannt, worauf Gemeinderat Dr. Hengl erklärt, dass er auf eine weitere Begründung verzichtet. Stadtrat Kokrda beantragt, dass der Magistrat beauftragt werde, über die Schäden Erhebungen zu pflegen und entsprechende Anträge zu stellen. Der Antrag, wie ihn Dr. Hengl formuliert habe, könne nicht angenommen werden. Nach dem Gemeinderat Kunschak der Meinung Ausdruck gegeben hat, dass der Antrag des Stadtrates Kokrda sich erübrige, weil der Dringlichkeitsantrag ohnehin an den Magistrat gelange, erklärt Gemeinderat Dr. Hengl sich mit der Zuweisung an den Magistrat einverstanden. Der Dringlichkeitsantrag wird nun der Geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugeführt.

Bürgermeister Seitz schliesst um halb neun Uhr abends die Sitzung mit der Mitteilung, dass am nächsten Freitag um fünf Uhr

nachmittags der Gemeinderat zu einer Geschicktsitzung zusammentritt.

Wien, am Samstag, den 21. Mai 1927

Jeden ersten Sonntag im Monat-Leuchtbrunnen. Im heurigen Sommer wird der Leuchtbrunnen am Schwarzenbergplatz an jedem ersten Sonntag im Monat seine farbigen Wasserspiele zeigen. Die Dauer der Beleuchtung wurde mit einer Stunde festgesetzt. Der Beginn wird jeweils verlautbart werden. Bei Regenwetter unterbleibt die Beleuchtung.

Absperrung der Kaisermühlenstrasse. Wegen Strassenbauarbeiten muss die Kaisermühlenstrasse und die anschliessende unbenannte Strasse zwischen Ostbahnunterführung und der Wiedgasse ungefähr sechs Wochen abgesperrt werden. Die Zufahrt nach Stadlau und Aspern kann während dieser Zeit nur über die Erzherzog Karlstrasse erfolgen.

Sitzungen im Rathaus. Der Wiener Stadtsenat hält am Dienstag um zehn Uhr vormittags eine Sitzung ab. Die erste Geschäftssitzung des neugewählten Gemeinderates findet am Freitag um fünf Uhr nachmittags statt.

Historisches Museum der Stadt Wien. Am Dienstag bleibt das historische Museum der Stadt Wien für den allgemeinen Besuch geschlossen.

Ein Wiener Film für die Fremdenverkehrspropaganda. Vor einigen Tagen wurde bei der Fremdenverkehrskommission der Bundesländer Wien und Niederösterreich das Projekt eines Filmes, der im Rahmen einer spannenden Handlung Wien und Niederösterreich dem internationalen Kinopublikum vorführen soll, besprochen. Der Film, der zum Teil in Amerika, zum Teil in Wien spielt, zeigt sowohl die wichtigsten Sehenswürdigkeiten Wiens als auch der Umgebung. Der Wiener Schriftsteller Alfred Deutsch-German, der Verfasser des Filmbuches, entwickelte in dieser Besprechung das Projekt, dass von allen Vertretern der Interessentenkreise mit lebhaftem Interesse aufgenommen wurde. Es wurden dabei zahlreiche Wünsche laut, die nach Möglichkeit berücksichtigt werden. Mit den Aufnahmen soll nach dem einhelligen Wunsch der Interessenten schon in allernächster Zeit begonnen werden.

Empfang der dänischen Pflegeeltern im Rathaus. Die zum Besuch ihrer Wiener Pflegekinder in Wien weilenden dänischen Pflegeeltern, es sind mehr als 800 Männer und Frauen, wurden von Bürgermeister Seitz für Dienstag zu einem Empfang in den Festsaal des Rathauses eingeladen.

#### Die Festwochen.

##### Die Begünstigungen für die Teilnehmer.

Den Teilnehmern an den vom 5. bis 19. Juni in Wien und Niederösterreich stattfindenden Festwochen wurde eine Reihe von Begünstigungen eingeräumt, welche an Gutscheine, die in den in- und ausländischen Reisebüros erhältlich sind, gebunden wurden.

##### Die Begünstigungen für ausländische Besucher.

Zur Inanspruchnahme der Begünstigungen ist in einem ausländischen Reisebüro ein Gutschein zum Preise von Schilling 50.-- zu lösen. Diese Gutscheine berechtigen:

zur Einreise nach Oesterreich ohne Visum. Es genügt ein gültiger Reisepass in Verbindung mit dem Gutschein;

zur Inanspruchnahme einer 50prozentigen Fahrpreiseremässigung auf den österreichischen Bundesbahnen von der Grenze nach Wien und zurück. Für die Rückfahrt nach einem Mindestaufenthalt von fünf Tagen und auf den Schiffen der Donaustrasse von Passau oder Ruse (Bulgarien) nach Wien und zurück. Die Fahrbegünstigung gilt für die Hinfahrt nach Wien vom 1. bis 15. Juni, für die Rückfahrt vom 10. bis 25. Juni, bei Nachweis eines mindestens fünftägigen Aufenthaltes in Wien und Niederösterreich;

zur Inanspruchnahme der 25prozentigen Fahrpreiseremässigung bei einer Reihe von Ausflügen.

Weiters enthalten die Gutscheine Gutscheine für:

eine Rundfahrt durch das alte oder das neue Wien, einen Ausflug in die Umgebung Wiens (Rax, Semmering, Hochschneeberg oder Wachau),

eine acht Tage gültige Strassenbahn- und Stadtbahn-Dauerkarte in Wien,

die Besuche der Hauptsehenswürdigkeiten Wiens und zwar:

Ausstellung "Wien und die Wiener", Ausstellung "Buchkunst bis 1500", Schloss Schönbrunn, Menagerie Schönbrunn, Palmenhaus Schönbrunn, Sammlung historischer Wagen in Schönbrunn, Schauräume der Hofburg, Kunsthistorisches Museum, Naturhistorisches Museum, Barockmuseum, Galerie des 19. Jahrhunderts, Weltliche Schatzkammer, Geistliche Schatzkammer, Oesterreichische Nationalbibliothek, Graphische Sammlung "Albertina", Spanischer Reitstall, Historisches Museum der Stadt Wien, Uhrenmuseum der Stadt Wiens, Schubertmuseum der Stadt Wien, Haydnmuseum der Stadt Wien, Römisches Museum der Stadt Wien, Niederösterreichisches Landesmuseum, Städtisches Amalienbad, Kinderübernahmestelle der Gemeinde Wien, Siedlung Hermeswiese, Volkswohnhausbau Reumannhof.

##### Begünstigungen für die Besucher aus dem Inland.

Auch den Teilnehmern an den Festwochen aus den Bundesländern werden Begünstigungen gewährt. Diese Begünstigungen sind ebenfalls an Gutscheine gebunden. Die Gutscheine, die in den Reisebüros in den Bundesländern zum Preise von S. 20.-- erhältlich sind, berechtigen:

zur Inanspruchnahme einer 25prozentigen Fahrpreiseremässigung auf den Bundesbahnen und den Donauschiffen zur Fahrt nach Wien und zurück. Die Hinfahrt muss vom 1. bis 15. Juni, die Rückfahrt vom 10. bis 25. Juni stattfinden.

Die Gutscheine für Inländer enthalten eine Reihe von Gutscheinen zum Besuche der wichtigsten Sehenswürdigkeiten Wiens und zu einem Ausflug in die Umgebung Wiens.

Die Ausflüge und Rundfahrten finden an bestimmten Tagen mit festgesetzten Abfahrtszeiten statt.

Die näheren Auskünfte hierüber erteilt das Oesterreichische Verkehrsbüro Wien, I., Friedrichstrasse 1.

##### Radiovorträge im Ausland.

Die umfangreichen Propagandaaktionen der Fremdenverkehrskommission der Bundesländer Wien und Niederösterreich haben in den letzten Tagen eine neuerliche Bereicherung erfahren. Im Einvernehmen mit der Ravag, die bekanntlich in Wien den Festwochen einen Vortragszyklus gewidmet hat, werden durch zahlreiche ausländische Sender teils Verlautbarungen, teils eigene Vorträge über die Festwochen in Wien und Niederösterreich veranstaltet. Interessant ist, dass auch zwei grosse New Yorker Sender ausführliche Verlautbarungen über die Festwochen gesendet haben. Den Vortrag in Berlin hat der Wiener Publizist Emil Kläger übernommen.

Keine Sprechstunde beim städtischen Baureferenten. Am Montag, den 23. Mai entfällt wegen dienstlicher Verhinderung die Sprechstunde beim städtischen Baureferenten, amtsführenden Stadtrat Siegel.

## Die konstituierende Sitzung des Wiener Landtages.

Nach Beendigung der Sitzung des Wiener Gemeinderates übernimmt Präsident Dr. Danneberg den Vorsitz und eröffnet die konstituierende Sitzung des Wiener Landtages. Er leitet sofort die Wahl der Präsidenten ein. Zum ersten Präsidenten werden gewählt Dr. Danneberg, zum zweiten Gemeinderat Zimmerl und zum dritten Gemeinderat Hellmann.

Präsident Danneberg dankt sodann für das ihm durch die Wahl ausgesprochenen Vertrauens und erklärt, dass er auch fernerhinstets bemüht sein werde, mit bester Objektivität seine Stelle auszufüllen.

Dann wurde die Wahl von zwölf Mitgliedern des Bundesrates vorgenommen. Es wurden gewählt Johann Schorsch, Dr. Franz Hemala, Vizebürgermeister Emmerling, Frau Therese Schlesinger, Frau Dr. Berta Pichl, Theodor Körner, Max Klein, Hans Rotter, Rudolf Müller, Hans Schabes, Dr. Otto Lutz und Max Winter.

Zu Mitgliedern des Immunitäts-Kollegiums werden gewählt die Gemeinderäte Julius Bermann, Otto Eisinger, Cécilie Lippa, Julius Linder, Karl Schmid, Leopold Thaller, Leopold Doppler, Franz Erban und Dr. Alma Motako.

Nach der Wahl von neun Mitgliedern des Unvereinbarkeitsausschusses und eines Mitgliedes des Kuratoriums des Kriegsgeschädigtenfonds, welches Mandat Stadtrat Weber und als Ersatzmitglied Gemeinderat Waldsam ausüben werden, und nach der Wahl des Nationalrates Karl Volkert als Vertreter des Landtages in der Verbandsleitung der Genossenschaftlichen Fortbildungsschulen schliesst Präsident Dr. Danneberg um neun Uhr die Sitzung.

Wien, Montag, den 23. Mai 1927.

Besuch des Bürgermeisters in der Ausstellung "Wien und die Wiener".

Sonntag Nachmittag besuchte Bürgermeister Seitz mit Gemahlin die Ausstellung "Wien und die Wiener". Die Ausstellung verzeichnete einen wahren Massenbesuch, so dass die Polizei den Einlass zeitweilig sperren musste. Der Bürgermeister wurde vom Generaldirektor Julius Müller begrüsst und in die Ausstellung geleitet. Beim Rundgang erweckten die beiden Kolossalgemälde "Das alte Wien" und "Das neue Wien" das besondere Interesse des Bürgermeisters. Diese dekorativen grossen Allegorien geben in Gobelinmanier eine sinnvolle Zusammenfassung charakteristischer Motive und Szenen des Wien von früher und von heute. Der Bürgermeister verweilte sodann längere Zeit bei den Ausstellungsgruppen, die die Fürsorgetätigkeit der Gemeinde behandeln. Die neuartigen Methoden der lebendigen und eindringlichen Darstellung der wichtigsten Gebiete der Gemeindeverwaltung, ihrer Wohlfahrtseinrichtungen, der Jugendfürsorge und der allgemeinen Sozialpolitik fanden den vollen Beifall des Bürgermeisters.

Ausgestaltung des Floridsdorfer Aparks. Die Gemeindeverwaltung wird den Eingang in den Floridsdorfer Apark verschönern. Es werden beiderseits einfache Rasenflächen angelegt und eine Eingangsallee geschaffen. Die Arbeiten werden vom Stadtgarteninspektorat sofort begonnen. Durch diese Eingangsallee wird dieser Teil der Jedleseerstrasse einen sehr gefälligen Anblick bieten.

Jubilare der Ehe. In der vergangenen Woche überreichte in Vertretung des Bürgermeisters ämtsführender Stadtrat Richter den Ehepaaren Mathäus und Barbara Buchberger, Leopold und Maria Grossmann, Rudolf und Amalia Mathilde Grossmann, Josef und Maria Herein, Ferdinand und Anna Kaiser und Heinrich und Friederike Weidner anlässlich ihrer goldenen Hochzeitsfeier die Ehrengabe der Gemeinde Wien.

Die Festwochen.Das Volkslied in den Festwochen.

Am 5. Juni, dem ersten Tage der Festwochen, findet im Inneren Burghof ein Volksliedsingen und Turmblasen statt. Die Vereinigten deutschen Volksgesangsvereine Wien und Umgebung haben ein überaus interessantes Programm ausgearbeitet, welches Volksmusik vom 15. Jahrhundert an umfasst. An dieser grossen Aufführung wird auch eine Bläsergruppe der Wiener Staatsoper, unter Leitung von Professor Karl Stiegler, mitwirken.

Vorverlegung der Sonnwendfeier in der Wachau.

In der Wachau schreiten die Vorbereitungen für die Festwochen erfolgreich fort. Die Gemeinde Melk hat die Vorverlegung der alljährlich in Melk stattfindenden Sonnwendfeier, die diesmal schon am 11. Juni als Lichterfest auf der Donau vor sich gehen wird, beschlossen. Es sind Vorkehrungen für eine glanzvolle Beleuchtung der Ufer und des Stromes vorgesehen. Die Donauschiffer werden unter Gesang und Hörnerklängen den vom reichen Lichterschmuck umsäumten Strom durchfahren. Das Stift Melk mit den Türmen und der Altane, wird ebenfalls in besonderer Weise illuminiert.

Höhenfeuer in den niederösterreichischen Bergen.

Anlässlich der Festwochen werden in verschiedenen Gegenden Niederösterreichs Höhenfeuer gebrannt werden. Am 16. Juni werden anlässlich eines Festes, das in der Hinterbrühl stattfindet, Höhenfeuer auf

den umliegenden Berggipfeln sowie bengalische Beleuchtungen des Husaren tempels, der Römerwand und anderer charakteristischer Punkte veranstaltet werden.

Auch der Semmering, der zu den Festwochen grosse Vorbereitungen trifft, hat die Veranstaltung von Höhenfeuern auf den umliegenden Berggipfeln vorgesehen. Zum erstenmale nach langer Zeit wird an diesem Tage auch eine Illumination sämtlicher Hotels und Häuser des Semmerings sowie ein Fackelzug stattfinden.

Frankfurter Gäste im Rathaus. Eine Abordnung des Frankfurter Bundes für Volksbildung befindet sich gegenwärtig in Wien, um die Volksbildungseinrichtungen zu studieren. Die Gäste besichtigten heute auch das Rathaus und die städtischen Sammlungen. Sie wurden vom Bürgermeister Seitz empfangen, der sie herzlichst begrüsst. Ich habe mit Freude vernommen, sagte der Bürgermeister, dass Ihre Bildungsorganisation eine Reise nach Wien macht, um die Bildungseinrichtungen und wie ich hoffe, auch einige Schöpfungen unserer Gemeindeverwaltung zu besichtigen. Was wir Ihnen an Volksbildenden Einrichtungen in Wien zeigen können, sind Organisationen, die seit Jahrzehnten bestehen. Wir haben auch nach dem Krieg, trotz der harten Zeit, nichts unversucht gelassen, um für die Volksbildung zu sorgen und wir bemühen uns auch hier, das was der Krieg zerstört hat, wieder aufzubauen. Ihr Besuch erfüllt uns mit Stolz, weil Frankfurt auf dem Gebiet des Volksbildungswesens in der ganzen Welt einen besonderen Ruf hat. Wien und Frankfurt haben manches gemeinsam. So oft man in Ihre Stadt kommt, immer wieder steht man staunend vor den Schönheiten, die sie bietet. Volksbildung ist eine der edelsten und schönsten Aufgaben. Jeder Volksbildner muss sich vor Augen halten, dass irgendein Moment selbst ein kleiner Zufall in seinem Vortrag, bei einer Exkursion, eine Seele wecken, einen Menschen veranlassen kann, an der Vervollständigung seiner Bildung zu arbeiten, sich irgendeiner Sache mit ganzer Leidenschaft hinzugeben. Wir sind immer erfreut, wenn uns Gäste besuchen. Doppelt erfreut sind wir aber, wenn Freunde aus dem Deutschen Reich zu uns kommen, wenn Menschen in unserer Mitte sind, mit denen wir in einem Staat und in einer Wirtschaft vereinigt sein wollen. Als Brüder heisse ich Sie im Wiener Rathaus herzlichst willkommen und ich hoffe, dass Sie sich bei uns wirklich wie zuhause fühlen.

Auf die mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Worte des Bürgermeisters erwiderte Dr. Epstein, der Führer der Abordnung, der für den freundlichen Empfang herzlichst dankte. Wir <sup>kamen</sup> sagte Dr. Epstein, mit grossen Erwartungen nach Wien. Sie sind aber weit übertroffen worden. Wir sehen eine Organisation der Volksbildung, die wir bewundern, die uns weit überlegen ist. Auch die Schöpfungen der Wiener Gemeindeverwaltung, die wir bis jetzt sehen konnten, sind vorbildlich. Was früher geschaffen wurde diente der Kultur einer geringen Schichte, einer Herrschichte. Sie zeigen uns, wie man eine Kultur aufbaut für das ganze Volk. Auch wir hoffen, dass wir bald vereint unsere grossen Ziele verwirklichen können.

Die Frankfurter Gäste verweilten noch längere Zeit bei Bürgermeister Seitz, der verschiedene Aufklärungen über die Tätigkeit der Wiener Gemeindeverwaltung gab.

Historisches Museum der Stadt Wien. Am Dienstag bleibt das Historische Museum der Stadt Wien für den allgemeinen Besuch geschlossen.

Wien, am Dienstag, den 24. Mai 1927

Strassenbahnfahrpreis am Donnerstag. Auf den Strassenbahnen wird am Donnerstag (Feiertag) der Werktagsfahrpreis eingehoben. Es können deshalb die Arbeitslosenfahrscheine, Frühfahrscheine, Hin- und Rückfahrscheine, Wochenkarten und Fürsorgefahrscheine benützt werden. Auf der Stadtbahn werden wie an allen Werktagen vom Betriebsbeginn bis 9 Uhr und von 16 Uhr bis 18 Uhr Hunde nicht befördert.

Gemeindebeiträge für Volksbildungszwecke. Der städtische Finanzausschuss hat einer Reihe von Volksbildungseinrichtungen grössere Subventionen gewährt. Nach einem Bericht des Gemeinderates Thaller wurde dem Wiener Volksbildungsverein für das Jahr 1927 eine Subvention von zwanzigtausend Schilling bewilligt. Die Volkshochschule Wien Volksheim erhielt einen Gemeindebeitrag von dreissigtausend Schilling, der Verein Zentralbibliothek erhielt zehntausend Schilling. Für die volkstümlichen Universitätskurse wurde eine Subvention von dreitausend Schilling bewilligt. Die Anträge wurden heute vom Stadtsenat genehmigt und werden am Freitag dem Gemeinderat zur endgültigen Beschlussfassung unterbreitet.

Empfang der dänischen Pflegeeltern im Rathaus. Bürgermeister Seitz hatte für heute mittag die in Wien weilenden dänischen Pflegeeltern in das Rathaus eingeladen. Es waren mehr als neunhundert Männer und Frauengekommen, die im grossen Festsaal empfangen wurden. An der Begrüssung nahmen Vizebürgermeister Hoss, Stadtrat Professor Tandler, der geschäftsführende Präsident des Stadtschulrates Abgeordneter Glöckel, die Landtagspräsidenten Hellmann und Zimmerl, Frau Vizebürgermeister Emmerling und das Präsidium des Gemeinderates teil. Obermedizinalrat Dr. Löwenstein dankte im Namen der neunhundertzwanzig dänischen Pflegeeltern der Gemeindeverwaltung für die freundliche Aufnahme. Damit sei ein lang ersehnter Wunsch in Erfüllung gegangen. Dr. Löwenstein sprach auch namens der Wiener Eltern, deren Kinder in Dänemark betreut worden sind, dem Bürgermeister für diesen Empfang, der ein Beweis des aufrichtigen Wohlwollens sei, den herzlichsten Dank aus. Dann begrüsst die Gäste der Bürgermeister, der ausführte:

Im Namen der Stadt Wien und ihrer Bürger heisse ich Sie herzlichst willkommen. Wir freuen uns, dass die innigen Beziehungen zwischen Dänemark und Oesterreich, die in schwerer und harter Zeit hergestellt wurden, weiter bestehen. Es sind das Beziehungen auf dem schönsten Gebiet, das Menschen einigen kann, auf dem Gebiet der Humanität. Wir können nur wünschen, dass nicht nur bei grosser Not die Nationen ihre Kinder austauschen, es sollte das eigentlich eine ständige Einrichtung werden. Nichts würde die Völker mehr zusammen bringen, nichts die Liebe im Herzen der Menschen mehr entflammen, als der Austausch dessen, was uns am liebsten ist, unserer Kinder. Ich hoffe, dass eine Zeit kommen wird, wo dieser Austausch allgemein wird in richtiger Erkenntnis seiner grossen erzieherischen Bedeutung. Die Kinder sollen andere Länder und andere Menschen in ihrer Eigenart kennen lernen. Das wäre das beste Mittel gegen Völkerhass und Krieg. Dänemark hatte im Krieg eine schwere Stellung. Es war für dieses Land gewiss nicht leicht die Neutralität einzuhalten und dennoch der Sympathien für Stam-

mesverwandte nicht zu vergessen. Sie haben aber auch nach dem Krieg einen schweren Stand gehabt und dennoch haben Sie damals in edler Menschenliebe eine grosse Kinderschar zu sich genommen. Nicht für das, was Sie diesen Kindern materiell geboten haben, danken wir Ihnen, sondern vor allem für das, was Sie ihnen an Liebe geschenkt, an Erziehung geboten haben. Das wird unvergesslich bleiben und noch den Kindeskindern erzählt werden, wie Sie in schwerer Zeit ein Werk der höchsten Menschenliebe, der Solidarität vollbracht haben. Nun haben Sie diese Kinder auch in der Heimat besucht. Ich hoffe, dass Sie sich in unserer Stadt wohl fühlen. Wir haben die Stadt aus dem Elend des Krieges wieder herausgezogen und die Kinder, die Sie betreut haben, werden in kurzer Zeit unsere treuen Kämpfer sein und mitwirken an dem Aufbau Wiens. Wollen Sie versichert sein, dass kein Wort die grosse Hilfe kennzeichnen kann, die Sie unseren Kindern angedeihen haben lassen. Unsere Stadt grüsst jeden Fremden. Sie aber sind uns doppelt willkommen als Freunde, als Brüder, als Helfer in den schlimmsten Tagen unseres Volkes. (Lebhafter Beifall)

Für die Gäste sprach Bürgermeister Grevsen aus Korsör, der in einer längeren Rede auf die Zusammengehörigkeit aller Nationen verwies, die Hilfe der Dänen für die Wiener Kinder als einen Akt selbstverständlicher Pflichterfüllung in harter Zeit bezeichnete und die Schönheiten der Stadt Wien pries. Die herzliche Begrüssung im Rathaus, der begeisterte Empfang in Wien und die Liebenswürdigkeit der Bevölkerung werden allen Teilnehmern an dieser Wiener Reise unvergesslich bleiben. Mit einem dreimaligen Hoch auf Wien, in das die dänischen Gäste begeistert einstimmten, schloss Bürgermeister Grevsen seine Ausführungen.

Die Kleinrentnerhilfe der Gemeinde Wien. Im Stadtsenat berückte heute amtsführende Stadtrat Breitner über die Aktion der Gemeinde für die Kleinrentner. Die Gemeinde widmet bis zum Inkrafttreten einer bundesgesetzlichen Regelung hinsichtlich der Kleinrentner jährlich eine Million Schilling. Aus diesem Betrag werden Besitzern von Teilschuldverschreibungen der Gemeinde Wien, die diese Schuldverschreibungen vor dem 1. November 1918 erworben haben, österreichische Bundesbürger sind und ihren Wohnsitz in Wien haben, Zuschüsse zu den Zinsen der Schuldverschreibungen gegeben. Die Beurteilung des Einzelfalles erfolgt durch eine vom Bürgermeister zu ernennende Kommission. Für die Beurteilung gelten die Bestimmungen des Kleinrentnergesetzes, doch wird ein Zuschuss auch dann gegeben, wenn die Jahreszinsen weniger als dreihundert Kronen ausmachen. Die Ansuchen um Zuerkennung des Zuschusses sind unter Nachweis der Voraussetzungen bis 31. August 1927 beim Magistrat geltend zu machen. Die Vorlage, die bereits gestern vom Finanzausschuss genehmigt worden war, wurde auch vom Stadtsenat nach einer eingehenden Debatte beschlossen. Am Freitag wird bereits der Gemeinderat darüber beraten.

Wien, Dienstag, den 24. Mai 1927.

Der Kampf der Gemeinde gegen die Arbeitslosigkeit.Die städtischen Unternehmungen vergeben um dreizehn Millionen Schilling  
Arbeitsaufträge.

Der Gemeinderatsausschuss für die städtischen Unternehmungen hat am Montag eine Reihe von Beschlüssen gefasst, durch die dem Gewerbe und der Industrie für rund dreizehn Millionen Schilling Bestellungen übertragen werden. An der Spitze stehen die städtischen Gaswerke mit rund sieben Millionen Schilling. Es werden die beiden Werke in Simmering und Leopoldau stark erweitert, damit sie den gesteigerten Anforderungen entsprechen können. Die gewaltige Zunahme der Zahl der Gaskonsumenten bedingt eine Reihe von grosszügigen Investitionen, für die allein mehr als fünf Millionen Schilling erforderlich sind. Der Ausbau der Gaswerke wird insbesondere der Metallindustrie grosse Bestellungen bringen. Interessant ist, dass die Zahl der Gaskonsumenten sich gegenüber dem Jahre 1913 nahezu verdoppelt hat. Gegenwärtig zählen die städtischen Gaswerke rund vierhunderttausend Abnehmer. Gleichzeitig wurde auch die Bestellung von Gasmessern beschlossen, wodurch dieser Spezialindustrie ein Arbeitsauftrag von rund 600.000 Schilling zugewiesen wird.

Aehnlich haben sich auch die Verhältnisse bei den städtischen Elektrizitätswerken gestaltet, die die Zahl ihrer Abnehmer von 90.000 vor dem Krieg auf gegenwärtig 510.000 gesteigert haben.

Nach einem Bericht des Vizebürgermeisters Emmerling wurde schliesslich der Ankauf von fünfzig Autobussen und der Bau von zwei Garagen beschlossen. Dieser Beschluss bedeutet für die Autoindustrie und das Baugewerbe einen Arbeitsauftrag von rund fünf Millionen Schilling. Sobald diese Autobusse geliefert sein werden, wird die Gemeinde drei neue Autobusslinien einführen. Eine Linie dürfte voraussichtlich von der Volksoper durch die Stadt zur Südbahn geführt werden, während eine Linie von Hernalis durch die Stadt auf die Landstrasse und eine Linie vom Westbahnhof durch die Stadt bis zum Praterstern geleitet werden soll.

Die Ausgaben für die Ausgestaltung der Gaswerke und den Ankauf der Autobusse wurden vorläufig auf Bankkredite verwiesen, werden aber dann auf die Auslandsanleihe der Gemeinde Wien übernommen.

Die Festwochen. Im Rahmen der Festwochen findet eine grosse gesellschaftliche Veranstaltung statt, die die Fremden und Einheimischen in die Faschingsstimmung des alten Wien versetzen soll. Den Ehrenschatz über diese Veranstaltung, die unter dem Titel "Ein Ball bei Johann Strauss" am 15. Juni in allen Konzerthäusern stattfinden wird, haben Bürgermeister Seitz, Landeshauptmann Dr. Buresch und der Vorsitzende der Fremdenverkehrskommission, Generaldirektor Müller, übernommen. Im grossen Saal werden Aufführungen des Schubertbundes und des Staatsopernballetts stattfinden. Im Mittleren Saal wird ein altwiener Heurigenabend den Fremden vorgeführt werden.

Städtischer Ehrenpreis für den Albrecht Dürer-Bund. Der Stadtsenat hat heute dem Albrecht Dürer-Bund für seine 26. Hauptausstellung einen Ehrenpreis der Gemeinde Wien von fünfhundert Schilling bewilligt.

Wien, am Mittwoch, den 25. Mai 1927

Die Festwochen. Im Rahmen der Festwochen wird in Mödling am 16. Juni vor dem Tor der Kirche St. Othmar eine Freilichtaufführung der Schottenspiele stattfinden. Der Wiener Schriftsteller Georg Terramare hat hierfür "Ein Spiel vom Tode" geschrieben, das an die Traditionen der Totentänze des fünfzehnten Jahrhunderts anknüpft. Die Chöre und Lieder, von denen das Spiel begleitet wird, stammen ebenfalls aus dem fünfzehnten Jahrhundert und werden vom Mödlinger Singverein und dem <sup>Kirchen</sup> Kinderchor bestritten. Die Schottenspiele sind bekanntlich für den Theaterhistoriker vom besonderem Interesse, da der Schottenschulmeister Wolfgang Schmelzl im sechzehnten Jahrhundert das erste deutsche Schulspiel gedichtet und durch Schottenschüler aufführen liess.

Gemeindebeitrag für den Touristenverein "Die Naturfreunde". Die Gemeinde hat dem Touristenverein "Die Naturfreunde" in den beiden letzten Jahren für den Ausbau von Schutzhütten grössere Subventionen gewährt. Die Leitung des Vereines hat sich nun auch heuer an die Gemeindeverwaltung um Gewährung einer Subvention gewendet. Der erfreuliche Aufschwung der Wanderbewegung, stellt nämlich an den Verein noch mehr als bisher grosse Anforderungen und insbesondere ist der Bau von Schutzhäusern und Talherbergen unbedingt notwendig. Die Schutzhütten des Touristenvereines "Die Naturfreunde" werden immer stärker besucht. Im Jahre 1926 wurden trotz des verhältnismässig schlechten Wetters im Weichtal - Schutzhaus 11.666 Besucher gezählt, das Haus auf der Knofeleben wurde von 3639 Personen aufgesucht, das Haus auf dem Hellenstein beherbergte 21.430 Besucher und selbst die kleine Wintersporthütte auf der Karlalm verzeichnete ungefähr tausend Besucher. Der städtische Finanzausschuss hat nach einem Bericht des Gemeinderates Hies beschlossen, dem Verein für das Jahr 1927 einen Gemeindebeitrag von zehntausend Schilling zu gewähren.

Städtische Ehrenpreise. Der Wiener Stadtsenat hat am Dienstag an einige Künstlervereinigungen Ehrenpreise bewilligt. Die Genossenschaft der bildenden Künstler Wiens erhielt für ihre Frühjahrsausstellung einen städtischen Ehrenpreis von tausend Schilling. Der Künstlerbund Hagen erhielt für seine 54. Ausstellung einen Ehrenpreis von fünfhundert Schilling. Dem Albrecht Dürer-Bund wurde für seine 26. Hauptausstellung ein Ehrenpreis von ebenfalls fünfhundert Schilling bewilligt und die Kunstgemeinschaft erhielt einen Ehrenpreis von fünfhundert Schilling für die Frühjahrsausstellung; ausserdem eine Subvention von sechshundert Schilling.

Wiederbelegung von Gräbern im Gross-Jedlersdorfer Friedhof. Nach dem 1. Juli werden die einfachen Gräber in den Gruppen II und III links vom Hauptweg im Gross-Jedlersdorfer Friedhof wiederbelegt. Enterdigungen aus diesen Gräbern sind nur vor der Wiederbelegung zulässig. Die Gesuche müssen bis längstens 15. Juni bei der Magistratsabteilung 12 (I., Rathausstrasse 9) einlangen. Nach dem 1. Juli werden die Grabkreuze von diesen Gräbern auf Kosten der Eigentümer entfernt. Die Personen, die das Eigentumsrecht nachweisen, erhalten diese Grabkreuze ausgefolgt, wenn sie sich innerhalb eines Jahres melden und der Gemeinde die Kosten der Abräumung ersetzen.

Städtische Subventionen für humanitäre Vereine. Die Gemeinde hat dem Verein Distriktskrankenpflege, der seit mehr als 25 Jahren jenen Kranken, die aus irgendeinem Grund das Spital nicht aufsuchen können, eine geschulte Pflegerin beistellt, für das Jahr 1927 eine Subvention von zehntausend Schilling gewährt. Dem Verein Settlement, der zu einem unentbehrlichen Bestandteil der Fürsorgeeinrichtungen der Bezirke Ottakring und Hernals geworden ist, erhielt einen Gemeindebeitrag von fünftausend Schilling. Der Verein erstreckt seine Tätigkeit auf die offene Fürsorge, wie Hausbesuche, Wege zu Ärzten und in Spitälern, betreibt eine umfassende Jugendgerichtshilfe und hält für Kinder und Jugendliche eine Reihe von Unterrichtskursen ab. In seinem Heim in der Lienfelder-gasse unterhält er eine Tagesheimstätte für Kinder, eine Lesestube, ein Abendheim für junge Mädchen, eine Strickstube und eine Sportgruppe für junge Männer. Im Sommer wird auch die Erholungsstätte auf der Geroldswiese betrieben. Der Verein leistet auch durch die Veranstaltung von Theatervorstellungen, Konzerten, Vorträgen und Ausstellungen erspüessliche Bildungsarbeit für breite Schichten der Bevölkerung.

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. Am Freitag werden wieder einige Strassen an Stelle der Gasbeleuchtung elektrisch beleuchtet. Es erhalten elektrisches Licht in Meidling die Längenfeldgasse, Herthergasse und Bückgasse und in Währing die Schulgasse, Karl Beckgasse und Vinzenzgasse.

Führungen in der zweiten Ausstellung der "Wiener Kunstgesellschaft". Die Ausstellung ist im Palais Palfy, I., Wallnerstrasse 6a täglich von 10 bis 19 Uhr zu besichtigen. Eintritt fünfzig Groschen. Um 6 Uhr abends führen am Donnerstag Maler Theodor Klotz-Dürrenbach, am Freitag Maler Josef Dobrowsky, am Samstag Kunstschriftsteller Dr. Alfred Markowitz und am Sonntag Maler Professor Richard Harlfinger.

Eine neue Gartenanlage in Kagran. Der Stadtsenat hat beschlossen, bei der kürzlich eröffneten grossen städtischen Wohnhausanlage Meissnergasse - Andreas Hugergasse eine Gartenanlage zu errichten. Mit den Arbeiten wird in den nächsten Tagen begonnen werden. Gleichzeitig wurde eine Vorlage angenommen, die Baumpflanzungen in der grossen Bogenstrasse der gegenüber diesem Wohnhausbau liegenden Freihofsiedlung vorsieht. Die Kosten betragen rund elftausend Schilling. Schliesslich wird die Kinderspielhalle im Rohrauerpark in der Siedlung Schmelz erweitert, wodurch diese Anlage, die erst vor zwei Jahren geschaffen wurde, eine von den Bewohnern gewünschte Ausgestaltung erfährt.

Zentralvorverkaufsstelle für die Veranstaltungen in der Festwoche. Zur Bequemlichkeit der auswärtigen Besucher der Festwochen und der Wiener Bevölkerung wird für die Dauer der Festwochen in der Secession eine <sup>ver</sup> Zentralvorverkaufsstelle für sämtliche Veranstaltungen, die im Rahmen der Festwochen stattfinden, errichtet. In dieser Zentralvorverkaufsstelle werden nicht nur die Karten für die Wiener Theater, Konzerte, Feste und Sportveranstaltungen, sondern auch für alle niederösterreichischen Veranstaltungen verkauft. Die Leitung des Verkaufes der Theaterkarten hat der Verband österreichischer Theaterdirektoren, die Leitung der Abteilung für alle übrigen Veranstaltungen Direktor Oskar Gronner.

Wien, Freitag, den 27. Mai 1927.

Städtische Subventionen. Der Wiener Stadtsenat hat einer Reihe von Vereinigungen Gemeindebeiträge gewährt. Nach Berichten des Gemeinderates Thaller wurde dem Verein der Museumsfreunde, der bekanntlich im Vorjahre die gothische Ausstellung veranstaltet hat, eine Subvention von zweitausend Schilling, der Wiener Numismatischen Gesellschaft wurden für die Herausgabe der beiden Vereinszeitschriften dreihundert Schilling und der Wiener Frauenakademie und Schule für freie und angewandte Kunst, die jährlich von ungefähr dreihundert Schülerinnen besucht wird, wurde ein Gemeindebeitrag von sechshundert Schilling gewährt. Auf Antrag des Gemeinderates Professor Neubauer wurden der Gesellschaft für vervielfältigende Kunst für die Ausgestaltung der seit 1879 bestehenden Zeitschrift "Graphische Künste" fünfhundert Schilling bewilligt, die zoologisch-botanische Gesellschaft, die eine rege Publikationstätigkeit entfaltet und eine Reihe von fachlichen Vorträgen veranstaltet, erhielt eine Subvention von tausend Schilling. Den Wiener Philharmonikern, die seit vielen Jahren von der Gemeinde subventioniert werden, wurde für das Jahr 1927 ein Gemeindebeitrag von tausend Schilling und dem Wiener Lehrer a capella-Chor wurde eine Subvention von dreihundert Schilling gewährt. Der Verein für Geschichte der Stadt Wien erhielt nach einem Bericht des Gemeinderates Meidl einen Gemeindebeitrag von 1500 Schilling. Schliesslich wurden auf Antrag des Gemeinderates Weigl der Hietzinger Freiwilligen Rettungsgesellschaft sechshundert Schilling und dem Komitee für die Errichtung eines Schubertbrunnens am Alsergrund fünftausend Schilling gewährt.

Nächsten Samstag: Eröffnung der Festwochen. Samstag, den 4. Juni, werden die Festwochen in feierlicher Weise eröffnet werden. Die Feier beginnt um 9 Uhr abends. Vom Turme des illuminierten Rathauses werden Turmbläser durch Fanfaren die Eröffnungsfeierlichkeit einleiten.

Zweitausend Mitglieder des Ostmärkischen Sängerbundes werden hierauf Beethovens "Die Ehre Gottes aus der Natur" mit der Bläserbegleitung von Wiener Philharmonikern und einen zweiten Chor, unter der Leitung Viktor Kehldorfers zum Vortrag bringen. Namens der Fremdenverkehrskommission der Bundesländer Wien und Niederösterreich wird deren Vorsitzender, Generaldirektor Müller, eine Ansprache halten, worauf für die Bundesländer Wien und Niederösterreich Bürgermeister Seitz und Landeshauptmann Dr. Buresch sprechen. Den Eröffnungsakt wird Bundespräsident Dr. Hainisch persönlich vornehmen. Nach den Ansprachen werden zweitausend Sänger des Reichsverbandes der Arbeitergesangvereine, unter der Leitung von Professor Franz Schoof, Mendelsohns "Festgesang an die Künstler", mit der Bläserbegleitung von Wiener Philharmonikern und einen zweiten Chor zum Vortrag bringen.

Am selben Abend wird eine Reihe von Platzkonzerten an verschiedenen Punkten der Ringstrasse stattfinden. Beim Schottentor wird die Kapelle des I. R. Nr. 4, beim Burgtor die Kapelle des I. R. Nr. 2, am Schwarzenbergplatz vor dem illuminierten Hochstrahlbrunnen die Kapelle des I. R. Nr. 3, vor dem Heeresmuseum die Kapelle des I. R. Nr. 5 konzertieren. An der Ecke Schottenring-Kai werden die Kapellen der städtischen Berufsfeuerwehr, auf dem Morzinplatz die Musikkapelle der städtischen Elektrizitätswerke und bei der Opernkreuzung die Kapelle des Musikvereines der städtischen Strassenbahner Freikonzert geben. Mit Rücksicht auf den grossen Zustrom, der zu den Eröffnungsfeierlichkeiten zu erwarten ist, wurden umfangreiche Sicherheitsvorkehrungen getroffen.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 27. Mai 1927.

Bürgermeister Seitz eröffnet um 5 Uhr die Sitzung und Gemeinderat Stein, der an der konstituierenden Sitzung des Gemeinderates nicht teil genommen hatte, leistet die Angehörung. Vor Eingehen in die Tagesordnung, die 191 Redner zum Wort gemeldet sind, erklärt Bürgermeister Seitz, dass die umfangreiche Tagesordnung darauf zurückzuführen sei, dass anlässlich der Wahlen der Wiener Gemeinderat keine Sitzung abhalten konnte. Viele Geschäftsstücke, deren Erledigung unumgänglich notwendig war, mussten auf Grund des § 96 der Verfassung erledigt werden und liegen nun dem Gemeinderat zur nachträglichen Genehmigung vor. Vorerst werden die Geschäftsstücke von grösserer, weittragender und grundsätzlicher Bedeutung erledigt werden, dann die laufenden Geschäftsstücke und schliesslich jene Geschäftsstücke, die auf Grund des § 96 bereits behandelt und der nachträglichen Genehmigung des Gemeinderates bedürfen. Um die umfangreiche Tagesordnung bewältigen zu können, wird notwendig sein, mehrere Sitzungen in der Woche abzuhalten.

Stadtrat Weber referiert nun über das neue Wohnprogramm und führt aus: An die Spitze meiner Ausführungen möchte ich den Antrag im Wortlaut stellen:

1. Die Gemeinde Wien wird in den nächsten fünf Jahren vom Jahre 1928 angefangen durch Errichtung von Hoch- und Flachbauten jährlich 6000 Wohnungen, zusammen 30.000 Wohnungen, samt der entsprechenden Anzahl von Geschäftslokalen, Werkstätten und den erforderlichen sozialen Einrichtungen zur Herstellung bringen.

2. Der Magistrat wird beauftragt, die notwendigen Vorarbeiten sofort in Angriff zu nehmen und hierbei auch für die Erstellung von grossen Wohnungen, samt den erforderlichen Nebenräumen vorzu- sorgen.

Als der Gemeinderat am 21. September 1923 den denkwürdigen Beschluss fasste, innerhalb von fünf Jahren 25.000 Wohnungen zu bauen wurden mannigfache Zweifel laut und der Meinung Ausdruck gegeben, dass die Gemeinderatsmehrheit nicht willens oder nicht im Stande sei, das Versprechen einzulösen. Die Tatsachen haben die Zweifler und Nörgler eines besseren belehrt. Noch vor Ablauf der fünf Jahre konnte das Versprechen erfüllt werden und am 15. Dezember 1926 konnte der Gemeinderat bereits die Erbauung von weiteren fünftausend Wohnungen beschliessen. In fünf Jahren sind also insgesamt 30.000 Wohnungen errichtet worden. Diese gewaltige Leistung erfüllt uns mit berechtigtem Stolz und mit Genugtuung. Ohne uns zu überheben, können wir sagen, dass wir ein ganz ausserordentlich grosses soziales, kulturell bedeutungsvolles und wirtschaftliches Werk geschaffen haben. Dieses Werk hat in der ganzen Welt Aufsehen erregt und Bewunderung hervorgeufen (Dr. Alma Motzko (chr. soz.): Die Ansichten sind sehr geteilt). Jawohl, das ganze Ausland hat seine Aufmerksamkeit auf die Wiener Wohnbautätigkeit gerichtet. Ich möchte mein Referat heute zum Anlass nehmen, allen, die an diesem grossen Werke mitgewirkt haben, allen voran unserem Freunde Stadtrat Siegel, dem Stadtbaudirektor Dr. Ingenieur Musil, allen Beamten und Ingenieuren, allen manuellen Arbeitern und allen anderen, die an der Ausführung beteiligt waren den Dank des Gemeinderates zum Ausdruck zu bringen (Lebhafte Beifall). In städtebaulicher und künstlerischer Hinsicht wurde Unvergleichliches geschaffen. Die Architekten des Stadtbauamtes und die Privatarchitekten haben ihr bestes geleistet. In keiner Stadt der Welt haben die Architekten eine so gewaltige Aufgabe übertragen bekommen, bei uns wurde zum erstenmal mit der Verlogenheit der früheren Bauweise gebrochen und den Architekten die Möglichkeit geboten, ihr künstlerisches Empfinden frei zum

Ausdruck zu bringen. Fachleute des Inn- und Auslandes haben dies auch anerkannt. Von den vielen Urteilen, die ich Ihnen vorlegen könnte und die Ihnen ja bekannt sind, möchte ich nur eines hervorheben, das Urteil des Misters Harris, des Chefs der Bildungsabteilung im britischen Wohlfahrtsministerium, der sagt, dass keine Gartenstadt dem Städter wesentlich mehr an Wohlkultur und Wohnhygiene bieten kann, als es die Wohnhäuser der Gemeinde Wien tun. In keinem Proletarierviertel irgend einer Grosstadt der Welt habe er gefunden, was in Wien zu sehen ist: Fröhliche Menschen und lachende Kinder! Das ist das Urteil eines unbefangenen Fachmannes. Unsere Wohnhausbauten haben die furchtbare Öde der Vorstädte wohltuend unterbrochen und wir können ohne Übertreibung sagen, dass in den letzten fünf oder sechs Jahren ein neues Wien mit neuen Menschen entstanden ist (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit und Widerspruch bei der Minderheit). In sozialer Beziehung wurde dem Jahrzehntelangen Zurück und dem Stillsitzen ein energisches Vorwärts geboten. Alle Zinskasernen der Vorkriegszeit wohnen müssen, sehnen sich aus ihren Wohnungen heraus und wünschen eine Wohnung in einem Gemeindehaus zu bekommen. Unsere Wohnhausanlagen enthalten alles, was zur Wohnkultur gehört und was bisher nur in den grossen Wohnungen in den Nobelvierteln zu finden war. Die Minderheit müsste sich nach ihren Grundsätzen doch für Wohnkultur begeistern. Was tut sie aber? Sie setzt den ungeheuren Fortschritt, der hier gemacht worden ist, herab, sie sucht die Tätigkeit der Gemeinde Wien herabzuwürdigen und, während die Leute, die das Glück haben in den Häusern der Gemeinde zu wohnen, alles Lobes voll sind, nennt die Minderheit diese Häuser Wanzenburgen. Die christlichsoziale Wahlzeitung bezeichnete den Reumannhof als Wanzenburg, weil dort arme obdachlose Leute mit wenig Hausrat eingezogen sind. Ist es denn eine Schande, arm zu sein, und obdachlos gewesen zu sein. (Widerspruch und Lärm bei den Christlichsozialen: Sie verdrehen!) Ich verdrehe nicht, lesen Sie die Zeitung nur nach. Wir sind stolz darauf und glücklich Menschen aus dem tiefsten Elend herauszunehmen. (Beifall bei der Mehrheit und Rufe bei den Christlichsozialen: Die nehmen Sie ja gar nicht in Ihre Häuser!) Ich bin der Überzeugung, dass Sie alles was Sie sprechen und schreiben, selbst nicht glauben. (Beifall bei der Mehrheit, Widerspruch bei der Minderheit). Denn würden Sie es glauben, dann dürfen Sie wahrhaftig nicht ihren eigenen Parteigenossen zumuten in diese "Wanzenburgen" einzuziehen. (G. R. Freyer: Die Christlichsozialen bekommen ja gar keine Wohnung! - GR. Eisinger: Das glauben Sie selbst nicht!) In wirtschaftlicher Beziehung war unsere Wohnbautätigkeit nicht minder wichtig. Die Arbeitslosigkeit, die uns die Sanierung des Staates gebracht hat, wäre viel schrecklicher gewesen, wenn nicht zehntausende Arbeiter und Angestellte unmittelbar und noch viel mehr mittelbar durch unsere Wohnbautätigkeit beschäftigt worden wäre. Weit über Wien hinaus hat sich diese Tätigkeit hinausgewirkt, bis in die oberste industrielle und in die Forste, wo das Holz für unsere Bauten gewonnen wurde. Die Wohnbautätigkeit ist aber auch das unerschütterlichste Fundament, auf dem der Mieterschutz aufgebaut ist. (Doppler: In den Gemeindehäusern gibt es gar keinen Mieterschutz! GR. Stein: Die Bewohner der Privathäuser wären froh, wenn sie auf für immer so geschützt wären, wie die Bewohner der Gemeindehäuser.) Von dem grossen Wohnbauprogramm sind bisher 25.000 Wohnungen fertiggestellt und bezogen. Die restlichen siebentausend werden in den nächsten Monaten fertig. Diese angespannte Bautätigkeit hat es möglich gemacht, alle dringenden Fälle unterzubringen und darüber hinaus noch unverschuldet obdachlos gewordenen Personen Wohnungen zu vermieten. (GR. Huber: Sie klassifizieren ja seit zwei Jahren nicht mehr. - GR. Hofbauer: Sätzt klassifizieren die Hausherrn, aber nach der Brieftasche!) Wenn es trotz der ungeheuren Leistung der Gemeinde nicht möglich war, alle Bedürftigen mit Wohnungen zu versorgen, zeigt das nur den gewaltigen Umfang der trau-

### Zweiter Beleg:

rigen Erbschaft aus der Vorkriegszeit und aus der Kriegszeit. (GR. Hoppeler: Das glauben auch nur Sie. - StR. Rummelhardt: Ein unerhörter Vorwurf ist das! - GR. Kohl: Wollen Sie vielleicht die Wiener Wohnungsschande der Vorkriegszeit wegleugnen?)

Es ist uns dank unserer Wohnbautätigkeit gelungen, die Obdachlosigkeit in ihren krassen Auswüchsen und Formen zu beseitigen. (GR. Unterwiesing: Bis auf die Leute in den Mistkisten! - GR. Täubler: Vor dem Krieg waren die Kanalbewohner eine allgemeine Erscheinung in Wien!) Es gibt Obdachlose, die auch dann obdachlos sein werden, selbst wenn es wieder leere Wohnungen geben sollte. Das sind jene unglücklichen Menschen, die in dieser gottgewollten Wirtschaftsordnung völlig aus der Bahn geschleudert wurden. (GR. Doppler: Und aus dem Obdachlosenheim wurden sie hinausgeworfen!) Wir haben keinen Obdachlosen hinausgeworfen. (Zustimmung bei der Mehrheit)

Die Nichterneuerung des Wohnungsanforderungsgesetzes war für das Wiener Wohnungswesen ein schwerer Schlag. Der Anschlag war türkisch. Aber wir können heute feststellen, dass er misslungen ist. Durch die Wohnbautätigkeit der Gemeinde Wien ist er abgewehrt worden. Der Mieterschutz ist gefestigt worden. Die Nichterneuerung des Wohnungsanforderungsgesetzes hat einen sogenannten freien Wohnungsmarkt geschaffen. Dieser freie Wohnungsmarkt hat es den Hausherren ermöglicht, ihre Wohnungen zu den höchsten Preisen an den Mann zu bringen. GR. Huber: Das ist eine Unwahrheit, beweisen Sie das! - GR. Eisinger: Beispiele genug können Sie hören! Auf den Banken der Minderheit entsteht ein grosser Lärm, so dass der Referent nicht weiter sprechen kann. Bürgermeister Seitz mahnt den Gemeinderat zur Ruhe und richtet an die Minderheit das Ersuchen, sich auf einige witzige und die Debatten belebende Zwischenrufe zu beschränken.

GR. Huber: Keine Komödie wollen Sie aus dem Gemeinderat machen, wir lassen uns hier nicht schulmeistern.

GR. Dr. Alma Motzke: Herr Bürgermeister sagen Sie dem Referenten, dass er einen anderen Ton anschlagen soll!

StR. Weber: Das hängt ganz von Ihnen ab.

Endlich legt sich der Lärm und der Referent kann weitersprechen. Da infolge der Nichterneuerung des Wohnungsanforderungsgesetzes der Gemeinde keine grösseren Wohnungen mehr zur Verfügung stehen, muss sie jetzt vorsorgen, dass Personen, die zur Ausübung ihres Berufes eine grössere Wohnung brauchen, solche Wohnungen von der Gemeinde bekommen. Wir werden daher jetzt auch grössere Wohnungen bauen, wir werden weiters, um das Untermieterelend zu beseitigen, mehr Junggesellenwohnungen bauen und wir werden die Wohnungen im allgemeinen vergrössern. Die kleinste Wohnung einer Familie wird vierzig Quadratmeter gross sein und drei Wohnräume umfassen; sie wird um 18 Quadratmeter grösser sein, als die Wohnungen in den Privathäusern. Den Siedlungsbau werden wir mindestens in dem Ausmasse fortführen wie bisher. Wenn uns der nötige Grund zur Verfügung steht, werden wir ihn noch mehr fördern. Wir werden Gartenstädte bauen, zunächst zwei, eine bei der Spinnerin am Kreuz mit 1200 Wohnungen und eine am Tivoli. Der Mangel eines Enteignungsgesetzes, wie es in allen Kulturstaaten vorhanden ist, hemmt uns in unserer Arbeit noch sehr. Wir werden Ihnen aber schon in ganz kurzer Zeit im Nationalrat Gelegenheit geben, auf diesem Gebiete Ihr soziales Gefühl zu bekunden. (Beifall bei der Mehrheit).

Was die Bedeckung anlangt, wird sich an dem bisherigen Zustand nicht viel ändern. Wir werden nach wie vor die Wohnsteuer dazu verwenden und im Budget Vorsorge treffen. Anleihen werden wir für den Wohnungsbau nicht aufnehmen, weil wir den Wohnhausbau als eine dauernde

Angelegenheit der Gemeinde betrachten, für die die Mittel jährlich aufgebracht werden müssen. Mit dem Beschluss des Gemeinderates wird das grosse Aufbauprogramm der Gemeinde fortgeführt und zehntausenden Arbeitern und Angestellten, Gewerbetreibenden und Industriellen eine Verdienstmöglichkeit geboten. An diesem grossen Werk mitzuarbeiten, ist Pflicht eines jeden sozialführenden Menschen, eines jeden patriotisch denkenden Menschen und ich bitte Sie um einstimmige Annahme des Antrages. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit.)

Als erster Redner spricht zum Referat des Stadtrates Weber Gemeinderat Pfeiffer (Einheitsliste). Er begrüsst es, dass das Wohnbauprogramm an die Spitze der Tagesordnung gestellt wurde. Ueber das Wohnbauprogramm muss mit vollster Objektivität und Sachlichkeit gesprochen werden. Eine einseitige Beurteilung müssen auch der Mieterschutz und die Zinsfrage finden. Zu dem Wohnbauprogramm muss man vor allem zwei Fragen nähertreten. Der einen Frage ob es richtig sei, dass die Gemeindeverwaltung den Wohnhausbau monopolisiere, und der zweiten Frage, ob die Bauten zweckmässig aufgeführt wurden. Die erste Frage ist zu verneinen, da die Gemeinde viel zu teuer baut. Dazu kommt, dass die Abrechnungen von Wohnhausbauten der Jahre 1923 und 1924 noch nicht abgerechnet sind. Der Bau der gewaltigen Anlage Steinhof wurde seinerzeit in einem halben Jahr abgerechnet. Weiters ist dazu zu bemerken, dass die Mittel der Wohnsteuer, die 36 Millionen ausmachen, nicht für die Kosten der Wohnbautätigkeit hinreichen, die 96 Millionen betragen. 60 Millionen müssen also aus laufenden Steuern aufgebracht werden, die lieber der Volkswirtschaft belassen werden sollen. Wir Grossdeutsche sind für die Gartenstadt. (Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten: Einheitsliste). Da irren Sie sich! Ich spreche hier als Angehöriger der grossdeutschen Partei. Die Einheitsliste ist keine Partei und daher spreche ich auch als Grossdeutscher. Auf dem Wohnbaukongress wurden gegen Ihre Hochbauten die verschiedensten Einwendungen erhoben. So sagte zum Beispiel Architekt Paulsen aus Berlin, dass der Bau aus öffentlichen Mitteln zu teuer kommt, weil die Gemeinden eben teurer bauen. In den Hochbauten sind die Menschen in ihre vier Wände eingesperrt. Man kann den alten Leuten, die im fünften oder sechsten Stockwerk leben, nicht zumuten, so oft sie sich im Freien erholen wollen, die Stiegen zu steigen. Auch ist durch das Wohnen in den Hochbauten die Überwachung der Kinder, die im Freien spielen, nicht möglich. Was machen Sie in Ihren Hochbauten, wenn eine Seuchengefahr droht? Auch die Erhaltungskosten solcher Riesengebäude, wie Sie sie bauen, sind nicht minder. Es muss da entweder der Gemeindegeldbeutel belastet werden, oder die Erhaltungskosten durch eine Zinsteigerung hereingebracht werden. Vom moralischen Standpunkt ist zu verwerfen, dass die Parteien in den städtischen Bauten parteipolitisch überwacht werden. Es wird auf die Parteien ein starker Druck hinsichtlich des Haltens von Zeitungen ausgeübt. Das gleiche geschieht auch bei Besuchen von Vorträgen. Das sind Tatsachen, die Sie nicht hinwegleugnen können. Jeder Bewohner muss die Möglichkeit haben, sich so parteipolitisch einzustellen, und sich so zu bilden, wie es ihm passt. (Beifall bei der Minderheit). Es haben viele Parteien in den Gemeindebauten die Einheitsliste gewählt. Das waren Sozialdemokraten, die sich gegen den Druck, den sie auf die Parteien ausübten, mit dem Stimmzettel gewährt haben.

Vor dem Krieg hatten wir in Wien um 200.000 Menschen mehr und keine Wohnungsnot. Heute haben wir eine Wohnungsnot und viele Menschen müssen noch geeigneter Wohnungen entbehren. Es ist zweifellos, dass viele Menschen heute besser wohnen, die früher im Elend gewohnt haben. Das trotzdem eine Wohnungsnot in Wien ist, ist die Folge einer schlechten Verteilung der Wohnungen. Tausende Menschen haben zu grosse Wohnungen, und daher können viele andere keine Wohnung finden. Das ist ein Nachteil

des Mieterschutzes und Zinsschutzes. Dr. Waber hat im Justizministerium eine Statistik über die Zinsverhältnisse herstellen lassen. Da hat sich nun ergeben, dass die höheren Beamten den eintausendeinundsechzigfachen Zins zahlen und die Amtsdienner den dreitausendachtundzweihundertfachen. In dieser Hinsicht weist also der Mieterschutz einen gegenteiligen Erfolg auf.

Ich habe schon bemerkt, dass wir für die Gartenstadt schwärmen. Grosse Siedlungen jenseits der Donau wären die einzige Lösung der Wohnungsnot. Bürgermeister Reumann hat die Gartensiedlungen sehr gefördert. Es wurde sogar Regierungsrat Dr. Kampffmayer nach Wien herufen, aber jetzt ist er von Ihnen ganz kaltgestellt. Die Kernhausaktion hätte ebenfalls fortgesetzt werden sollen, dann wären wir zu einem befriedigenden Ergebnis gekommen.

Sie haben es nicht gerne, wenn die Menschen aus den grossen Wohnhausanlagen herausgeführt werden. Hat doch einer Ihrer Parteigenossen von den Egoisten gesprochen, die nur für ihr Heim und für ihre Kinder leben und nichts für die Allgemeinheit übrig haben. Auf dem Internationalen Städtebaukongress im Vorjahr haben Sie versprochen, dass 1600 Siedlungshäuser gebaut werden.

G.R. Reismann (soz. dem.): Wir haben nicht die notwendigen Grundstücke!

G.R. Pfeiffer: Dieser Einwand ist falsch. Es gibt in Wien noch 12,346 Hektar Acker, Weide und Wiese. Nur 140 Hektar wurden bis jetzt von der Gemeinde für Siedlungen verwendet. Mit der Hälfte dieser Grundflächen könnte man 100.000 Siedlungshäuser schaffen. Schliesslich gibt es auch noch ein Bundesland Niederösterreich, das Sie als feindliches Ausland betrachten. Es wäre von Herzen zu wünschen, dass die gewaltsame Zerreissung der beiden Länder keine dauernde ist, sondern im Laufe der Jahre eine gemeinsame Verwaltung wieder erfolgt. Die Gartenstadt hat auch grosse Vorteile bezüglich der Ernährung, was sich insbesondere in der Zeit der Lebensmittelnot gezeigt hat. Es wäre der Mehrheit zu empfehlen, sich in Deutschland das Siedlungswesen anzuschauen. Dort werden billige Kredite für solche Bauten gegeben. Die Art und Weise, wie die Gemeinde das Siedlungswesen allmählich in den Hintergrund gedrängt hat, ist uns ein Beweis dafür, dass Sie es mit den Siedlungen nicht ernst nehmen und Ihre Mammutbauten fortsetzen wollen. Wir werden gegen diese Vorlage stimmen, weil wir gegen das Monopol der Bautätigkeit sind, weil wir dagegen sind, dass die Gemeindesteuern zu Investitionen verwendet werden und weil wir einem System der Kontrolllosigkeit, das bis heute noch keinen einzigen Bau uns zur Abrechnung vorgelegt hat, Stellung nehmen. <sup>Wir</sup> sind aber auch dagegen, weil wir nicht wollen, dass in diesen Häusern die Menschen parteipolitisch geknechtet werden. Wir wollen die Gartenstadt, die nicht nur die Liebe zur Scholle sondern auch die Liebe zum deutschen Vaterland stärkt. (Beifall bei der Minderheit).

G.R. Kynschak (Einh. Liste): Die Vorlage enthält bezüglich des finanziellen Teiles kein Wort. Aber ich möchte doch darauf verweisen, dass alle diese Bauten geschändet sind mit einer Lüge. Auf allen diesen Bauten steht: Errichtet aus den Mitteln der Wohnbausteuer. Nun wissen wir alle, dass nur ein Drittel aus der Wohnbausteuer bestritten wird und ich weiss nicht, ob man auch bei den kommenden Bauten die Häuser wieder mit dieser Lüge schmücken will. Ich will aber im Interesse des Ansehens und der Glaubwürdigkeit der Gemeinde raten, dass man diese Aufschrift nicht mehr anbringe. Was soll übrigens mit dieser <sup>Wir</sup>reführung der Bevölkerung bezweckt werden. Wenn Sie die Absicht haben dadurch die Wohnbausteuer populärer zu machen, so ist das nur eine Spekulation niedrigster Art. Vielleicht beabsichtigen Sie damit die öffentliche Kritik irre zu führen. Es werden die städtischen Bauten von Leuten aus dem Ausland besichtigt und insbesondere die Teilnehmer am Städtebaukongress wurden amtlich in die grossen Anlagen geführt. Diese Leute waren der Meinung, dass die Gemeinde

aus ihren laufenden Mitteln für den Wohnhausbau gar nichts aufwendet, sondern entsprechend den Aufschriften nur die Zwecksteuer dazu verwendet. In dieser Beldächtung wird diese Lüge geradezu eine Schande und sie düffte auf keiner Baustelle und auf keinem Gebäude mehr angebracht werden (Lebhafter Beifall bei der Minderheit). Einmal ist uns ja schon diesbezüglich eine Zusage gemacht worden. Sie wurde aber nicht eingehalten.

Der Referent hat erklärt, dass er die Verhältnisse aus der Vorkriegszeit übernommen hat. Das ist unrichtig. Sie haben die Verhältnisse aus der Kriegszeit übernommen und wenn ein Erbe aus der Vorkriegszeit vorhanden ist, so nur im günstigen Sinne. Tatsache ist, dass die Gemeinde vor dem Krieg die öffentliche Bautätigkeit zu unterstützen begonnen hat. Es hat schon vor dem Krieg eine städtische Bautätigkeit gegeben. Es trifft sich in einzelnen Fällen sehr gut, dass diese von der Gemeinde vor dem Krieg errichteten Bauten neben den jetzt geschaffenen Anlagen gestellt werden. Der Vergleich fällt nicht zu ungunsten der vor dem Krieg errichteten Häuser aus. Sie können das sehr deutlich am Döblinger Gürtel sehen. Die Häuser der Strassenbahner haben zwei Fenster, die jetzt von der Gemeinde gebauten nur eines. Auch die Strassenbahnerhäuser haben durchwegs Wohnungen, die ins Freie führen. Interessant ist die Höhe der Bauten. Ihre Anlage ist genau so hoch, wie die vor dem Krieg errichtete, hat aber vier Stockwerke, während die andere nur drei Stockwerke zählt. Jede Wohnung, die Sie gebaut haben, ist also wesentlich niedriger, als die Wohnung der Strassenbahner, was auch im Kubikraum zum Ausdruck kommt. Sie haben einen sogenannten Pufferraum geschaffen. Das ist kein Vorzimmer, keine Kammer, kein Gang und wurde nur in der Verlegenheit so benannt, wird aber in die Wohnungsfläche eingerechnet. Es ist also dem Referenten ein kleines Missgeschick passiert, als er sich auf das traurige Erbe berufen hat. Sie brauchen nur dort fortsetzen, wo früher, allerdings im kleinen Umfang, begonnen wurde. Auch Sie hätten vor dem Krieg nicht mehr Wohnungen gebaut, weil die private Konkurrenz vorhanden war. In Leopoldau wurden für die Gaswerkbediensteten Personalhäuser gebaut. Den Leuten waren diese Wohnungen zu luxuriös und zu teuer. Sie haben lieber in ihren alten schlechten Wohnungen gehaust und waren nicht zu bewegen in die neuen schönen Wohnungen einzuziehen. Mit diesen Dingen hätten Sie samals zu rechnen gehabt und würden zweifellos mit einer umfangreichen Bautätigkeit Fiasko gemacht haben. Heute haben Sie es sehr bequem. Es gibt keine Konkurrenz und Sie haben auch das Monopol auf die Wohnungsvergebung. Damals gab es zwölf- bis dreizehntausend leere Wohnungen, heute gibt es 30.000 Wohnungssuchende. Ein Vergleich mit der Vorkriegszeit ist nur eine Spekulation auf die Vergesslichkeit der Leute.

Es wird auch viel über die Erleichterungen in den städtischen Häusern gesprochen. So soll der Waschtrog seinen Schrecken verloren haben. Ich habe hier einen Brief aus dem Hamuschhof, dem eine amtliche Kundgebung des Mietervereines beiliegte. Es wird da mitgeteilt, dass die Mieter, die dem Verein nicht angehören, von den Stiegenvertrauensmännern keinerlei Arbeit mehr zu erwarten haben. Der Herr Bürgermeister hat in der letzten Sitzung über den Stiegenrat gespottet. So etwas gibt es angeblich nicht.

G.R. Hofbauer (soz. dem.): So was soll es sogar im Mietengesetz geben!

G.R. Kynschak: Vielleicht haben Sie ein Moskauer Mietengesetz in der Hand gehabt, in österreichischen steht darin nichts! (Lebhafte Heiterkeit bei der Minderheit). In dem Brief heisst es dann weiter, dass die 400 Mieter sich alle Frechheiten der Stiegenvertrauensmänner gefallen lassen müssen, die Herren sind über den grossen und kleinen Saal, wo sozialistische Versammlungen abgehalten werden und es wird die Frage gestellt, wer die Beleuchtung für diese Säle zu zahlen hat. Sie sind auch die Herren über das Hausbad, das nach Vorschrift nur den Hausparteien zur Verfügung stehen sollte, damit aber mehr verdient wird, baden auch die Leute aus der ganzen

Umgebung. Der Hausverein verdient daran 200 Schilling. Dafür müssen sich die Hausparteien am Freitag und Samstag beim Bad anstellen. Zum Schluss wird noch gebeten, unter keinen Umständen den Brief aus der Hand zu geben.

G.R. Huber (Einh. Liste): Sonst kommt die Kündigung!

G.R. Kunschak: Es zeigt sich also, dass die Zustände nicht so sind, wie sie der Referent geschildert hat. Es wäre gut, wenn Stadtrat Weber statt hier derart pathetisch von den Schönheiten der Häuser zu reden, sich um die Zustände kümmern würde. (Beifall bei der Minderheit). Aber in seiner Brust wohnen zwei Seelen. Die des Wohnungsreferenten und die des sozialdemokratischen Funktionärs. Würde er nur als Wohnungsreferent auftreten, dann könnten die Vertrauensmänner mit ihm in Konflikt kommen und ihre Begeisterung könnte sich in Verdrässenheit umwandeln (Beifall bei der Minderheit).

Es ist auch unrichtig, dass die Obdachlosigkeit nur auf Kreise beschränkt ist, die das Schicksal vollständig aus dem Geleise geworfen hat. Darunter stellt man sich Menschen vor, die nicht wirtschaftlich sondern auch moralisch Schiffbruch erlitten haben. Das sind aber die Obdachlosen durchwegs nicht. Darunter sind eine Menge Leute, die in Stellung sich befinden aber unter dem glorreichen Mieterschutz keine Wohnungen finden können. Auch der Zinsgeier ist nicht ausgestorben. Das wissen die Untermieter am besten, die fünf bis sechs Schilling für ein Bett, das in der Küche steht, zahlen müssen. Das Elend der Untermieter in Wien ist himmelschreiend. Es gibt keine Schicht, die so bewacht wird. Sie sind also keineswegs des Obdachloseneulands Herr geworden, es grassiert mehr wie bisher. Sie haben nur ein gutes, dass ist Ihr Einfluss auf die Polizei. Früher hat die Polizei Berichte über die Obdachlosigkeit herausgegeben und die Arbeiter-Zeitung hat sie unter dem Titel die Wiener Obdachlosenschande veröffentlicht. Heute kann es passieren, dass man aus der städtischen Mistkiste einen Toten herzieht, ohne dass die Öffentlichkeit davon erfährt. Stadtrat Weber hat heute selbst gesagt, der Mieterschutz führe zur Wohnungsnot. Die Spitze des Mieterschutzes, die in das Fleisch der Mieter eindringt, die muss wenigstens abgebrochen werden (Beifall bei der Minderheit). Eine solche Forderung steht aber im schroffsten Widerspruch mit Ihrer bisherigen Haltung: An dem Mieterschutz darf nicht gerüttelt werden. Sie sind deshalb mitter verantwortlich für die Verhältnisse. Sie sagen, Sie wollen so viel Wohnungen bauen, dass der Mieterschutz überflüssig wird. Das ist ein kühnes Wort und erfordert so reiche Mittel, dass wir uns fragen müssen was muss in diesem Mieterschutz stecken, wenn sie Billionen auf Billionen hineinstecken. Kann man das nicht rascher und billiger machen? Denn gerade in der wichtigen Frage der Sicherung der Wohnung bauen Sie doch ab. Mit jedem neuen Mieter ist einer weniger, der unter den Mieterschutz fällt. Wenn wir Ihren Versprechungen glauben können, so werden es 60.000 Menschen sein, für die der Mieterschutz abgebaut ist. Jetzt haben Sie sich auch zu einer Änderung Ihres Wohnbauprogrammes entschlossen. Sie wollen nicht mehr nur Zimmer und Küchenwohnungen bauen, sondern bis zu fünf Wohnräumen gehen. Wir haben dagegen nichts einzuwenden. Die Frage ist nur die, ob die Proleten, für die Sie ja die Bauten schaffen, auch das Geld haben, um sie zahlen zu können. Wenn der Zins heute schon auf das dreitausend- bis viertausendfache hinaufgeht, dann wird noch mehr verlangt werden müssen. Die Leute können aber diesen Zins nicht mehr zahlen, weil infolge des Mieterschutzes die hohe Zinsquote in den Lohn nicht einkalkuliert ist.

Stadtrat Weber hat gesagt, dass sich auf dem Wohnbaukongress auch Stimmen für die Wohnbautätigkeit der Gemeinde Wien lobend ausgesprochen habe. Das ist wohl wahr, aber es gibt eben verschiedene Ansichten. Interessant aber ist es, dass sich Herr Stadtrat Weber gerade auf die Stimmen privatkapitalistischer Vertreter beruft. Für die ist natürlich der Zinskaser-

nenbau eine ideale Lösung. Auf solche Leute, Herr Stadtrat, sollten Sie sich nicht berufen. Der Gründer der Bodenreform, Adolf Damaschke, eine internationale Kapazität auf dem Gebiete des Wohnungsbaues hat in der Zeitschrift "Die Bodenreform" die Wohnbautätigkeit der Gemeinde Wien als eine Todsünde an den Arbeitern, an den Kindern und am Volk bezeichnet. Das Urteil des deutschen Wohnungspolitikers Peus war Ihnen höchst unangenehm. Der schreibt in der Zeitung "Die Sächsische Siedlung": Bauet nicht wie in Wien. Das ist geradezu ein Schreckenssignal in Deutschland. Peus spricht sich für die Siedlerbewegung aus. Von der Wiener Siedlungsbewegung aber sagt er, dass es falsch sei, Siedlungshäuser in Miete zu geben. Die Heimstätten müssen persönliches Eigentum sein. Sie müssen von der Familie erhalten und verwaltet werden. Auch in Ihrem Wohnbauprogramm soll nun der Flachbau etwas zur Geltung kommen. Sie aber haben der Siedlungsbewegung allen Schwung und ethischen Inhalt genommen. Die Siedler haben nur ein begrenztes Mietrecht. Nach dreissig Jahren geht das Siedlungshaus in den Besitz der Gemeinde über. Das heisst, den Siedlungsgedanken zerstören. Dadurch wird die Siedlungsbewegung um allen Wert gebracht, die doch durch nichts vergiftet werden soll. Ihr Einwand, dass für Flachbauten kein günstiges Baugelände vorhanden sei, gilt nicht. In dieser Beziehung ist Wien allen anderen Weltstädten weit voraus. Die Gartenstädte müssen an der Peripherie der Stadt errichtet werden und dort gibt es dafür ein ungeheures Gelände. In Floridsdorf z.B. gibt es solche grosse Möglichkeiten zur Entfaltung dieser Wohnbautätigkeit. Auch würde ein elektrischer Verkehr von Floridsdorf nach dem Hauptzollamt in Verbindung mit der Stadtbahn eine glänzende Sache sein. Sogar eine unbenützte Brücke ist dafür da, die Nordwestbahnbrücke. Da draussen in Floridsdorf eine proletarische Gartenstadt zu errichten, das wäre so recht im schönsten Sinne der Siedlungsbewegung gelegen. Sie müssen aber vor allem die Siedlungsbewegung von der Bestimmung befreien, dass die Siedlungshäuser nach dreissig Jahren in den Besitz der Gemeinde übergeht. Das will ich gesagt haben, damit Herr Stadtrat Weber nicht selbst glaubt, was er so im Pathos gesprochen hat. Denn wenn er das gesagt selbst glaubt, dann bleibt es beim Häuserbau und bei der Tyrannei. (Beifall bei den Christlichsozialen).

Als nächster Redner spricht Gemeinderat Stein, der ausführt, dass sich siebenhunderttausend Menschen für das Wohnbauprogramm der Gemeinde Wien ausgesprochen haben. Wenn die Auffassungen der Opposition richtig wären, dann hätte sie nicht zur Einheitsliste greifen müssen. Es wird versucht, mit den Ausführungen sozialdemokratischer Redner auf den Städtebaukongress gegen die Wohnbautätigkeit der Gemeinde Opposition zu machen. Das sind aber nicht Männer, die verklärte Parteiideen zum Ausdruck bringen. Sie haben von Peus und Wagner gesprochen. Das ist aber nicht Ihre echte Liebe. Sie kämpfen nämlich nicht gegen die Art des Wohnbaues, sondern gegen unsere diesbezügliche Auffassung, Sie kämpfen gegen den Mieterschutz. (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten). Sie führen aber diesen Kampf nicht offen, weil Sie nicht den Mut dazu aufbringen. Sie sagen, Sie wollen den Mieterschutz nur modernisieren. Der Sprecher der nichtexistenten grossdeutschen Volkspartei (Gelächter) hat erklärt, gegen den Antrag zu stimmen. Das war das einzig ehrliche.

Dem Herren Gemeinderat Kunschak ist auch ein Irrtum unterlaufen. Die ersten sozialistischen Theorien über das Wohnungswesen stammen nämlich von Friedrich Engels und von seinen Darlegungen zehrt auch unser sehr verehrter Freund Damaschke. Von Friedrich Engels stammen alle die sozialistischen Theorien über das Wohnungswesen, weil er schon die Ausbeutung der Menschen durch das Privatkapital erkannt hat.

Sie haben auf Deutschland hingewiesen. Wir haben sehr viele Parteifreunde draussen, die von Wien und von unserem Freund Weber gerne lernen. In Berlin gibt es nicht weniger als 240.000 Wohnungssuchende. Der Mietzins beträgt hundertundzwei Prozent. Dort versuchen unsere Parteifreunde, das Beispiel der Wiener Gemeinde nachzumachen. Es ist ihnen aber draussen nicht möglich, weil die Arbeiterschaft nicht die Kraft besitzt, wie unsere Arbeiterschaft.

Ihr Kampf gegen die Wohnbautätigkeit wird Ihnen nicht gelingen. Der Mieterschutz ist für uns etwas Unanrührbares und wir werden ihn mit aller Kraft verteidigen. (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten).

Gemeinderat Haider (Einheitsliste) wendet sich gegen den Vorwurf, dass die Christlichsozialen Gegner des Mieterschutzes sind. Sie sind nur Gegner des Systems. Tausende haben der Sozialdemokratie ihre Stimme gegeben, weil sie glaubten, dass die Sozialdemokraten die vermeintlichen Schützer des Mieterschutzes sind, weil sie den Unterschied zwischen Ihren Worten und Taten nicht zu unterscheiden vermochten. Es ist eine Kulturschande, dass die Mieter in den städtischen Wohnbauten vom Mieterschutz ausgeschlossen sind. Sie können die Mieter jederzeit hinauswerfen und können jederzeit die Zinse steigern. Da wundert es einen wirklich, wenn Sie noch sagen, dass Sie die Freunde und wir die Feinde des Mieterschutzes sind. Eine weitere Kulturschande ist es, dass nur Sozialdemokraten in ihren Wohnhäusern Wohnungen bekommen. (Gelächter bei den Sozialdemokraten). Kaum zwei Prozent der Mieter sind antimarkisten. Mit welchem Recht verlangen Sie von den Wohnungssuchenden, dass sie in Ihrer Partei organisiert sein müssen, dass sie rot gewerkschaftlich organisiert sein müssen, dass sie den Kinderfreunden angehören und die Arbeiter Zeitung und die Unzufriedene abonnieren müssen. Sie natürlich, Herr Stadtrat, sagen, Sie wissen nichts davon. Wir verlangen, dass auch Nichtmarkisten Wohnungen bekommen, dass das System der politischen Protektionswirtschaft endlich aufhöre. (Beifall bei den Christlichsozialen).

Gemeinderat Schleifer (Soz. Dem.) erklärt, dass die überwiegende Mehrheit der Wiener Bevölkerung am 24. April für den Mieterschutz gestimmt hat. Die Mehrheit im Wiener Gemeinderat werde deshalb mit allen Mitteln den Mieterschutz verteidigen und niemals zulassen, dass das geschieht, was die Hausherren und ihre Vertreter verlangen.

GR. Huber (Einheitsliste) macht einen unverständlichen Zwischenruf.

GR. Schleifer: Ich habe Sie, Herr Gemeinderat Huber, nicht verstanden, aber auch dann würde ich Ihnen nicht antworten, denn Sie sind ein Häuserspekulant.

Bei diesen Worten entsteht bei der Minderheit ein grosser Lärm. Gemeinderat Huber schreit: Herr Bürgermeister! Ich bin kein Häuserspekulant. Ich muss mir mein Brot schwer verdienen. Das lasse ich mir nicht gefallen. Sie werden noch was erleben in diesem Saal. Zu GR. Schleifer gewandt ruft er: Gemeiner Jude! Er lebt von den Mietern.

Von den Mitgliedern der Mehrheit wird dem Gemeinderat Huber Frechheit und Unverschämtheit zugerufen. Als der Lärm verstummt ist, ersucht Bürgermeister Seitz sowohl die Mitglieder der Mehrheit, als auch der Minderheit sich jeder beleidigenden Aeusserung zu enthalten, worauf GR. Schleifer seine Rede fortsetzt. Er erklärt, dass von den Gegnern des Mieterschutzes übertriebene Nachrichten über die Mietzinse in den Gemeindegäusern verbreitet werden. Wäre dies richtig, dann würde niemand verstehen, wieso es komme, dass gerade die arbeitende Bevölkerung aus den privaten Häusern heraus will und um jede Wohnung in den Gemeindegäusern hunderte Familien sich bewerben. Die Mieter müssen auch mit allem Nach-

druck die Wiedereinsetzung des Wohnungsanforderungsgesetzes verlangen. Nur dann kann der Schacher, der heute von den Hausbesitzern mit den freierwerbenden Wohnungen getrieben wird, vermieden werden. Auch ist ein Enteignungsgesetz dringend notwendig, weil nur dann die Gemeinde in der Lage ist, die alten gesundheitsschädlichen Häuser in den inneren Bezirken zu erwerben und an ihre Stelle hygienisch einwandfreie Anlagen zu setzen. Die Vertreter der Partei der Einheitsliste wollen ein modernes Hausherrenrecht. Die Mehrheit des arbeitenden Volkes will aber die Aufrechterhaltung und den weiteren Ausbau des Mieterschutzes und sie wird mit allen Mitteln gegen jeden Anschlag sich zur Wehr setzen. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit).

Gemeinderat Doppler (Einheitsliste) stellt fest, dass Stadtrat Weber heute ein Geständnis gemacht habe. Der Mieterschutz, so sagte der Stadtrat, sei an der Verschärfung der Wohnungsnot schuld. Bisher haben wir immer gehört, dass es bald besser werden wird. Es ist aber das Gegenteil eingetreten. Die Dinge auf dem Wohnungsmarkt sind trauriger denn je. Genau so wie vor drei und vier Jahren gibt es heute noch Fälle, wo zwölf Personen in einem Kabinett hausen. Das sind unerträgliche Zustände. Wir werden auch nicht zulassen, dass die Auslieferung der Mieter unter die Kräfte der Sozialdemokratie fortgesetzt wird.

GR. Beisser (Soz. Dem.): Warum intervenieren Sie dann, dass Leute Wohnungen in den Gemeindegäusern bekommen?

GR. Doppler: Solange man für Menschen interveniert, die bedürftig sind, ist diese Bemerkung unangebracht. Erinnern Sie sich nur an jene Interventionen, die im Zusammenhang mit gewissen Zeitungen erfolgt sind.

GR. Iser (Soz. Dem.): Intervenieren Sie auch bei den Hausherren?

GR. Doppler: Auf solche ungeschickte Bemerkungen will ich nicht antworten.

GR. Iser: Freilich, reden wir von etwas anderem!

GR. Doppler: Als Obmann der Mietervereinigung hat GR. Schleifer auch erklärt, dass die Gemeinde genug Wohnungen bauen werde und dann kein Mieterschutz mehr notwendig sei. Das sollten sich die Mieter merken. Aber Ihnen ist eben gar nicht um den Mieterschutz zu tun, sondern nur um die Parteipolitik. Sie haben am 24. April mit dem Aufgebot des ganzen Terrors, dessen Sie fähig sind, gearbeitet. Rücksichtslos haben Sie die Gewalt, die Ihnen die Gemeindeverwaltung gibt, ausgenützt, Ihre Gegner an der Affichierung der Plakate gehindert und schon bei der Horanziehung der Wählermassen zu Ihrem Glück beigetragen. Jetzt setzen Sie diese Arbeit in diesem Saal fort. Der Bürgermeister hat ja in seiner Antrittsrede Ihnen den Weg gewiesen, damit Sie wissen, wie Sie sich in diesem Saal zu verhalten haben. Niemand wird Ihnen glauben, dass Sie ein Herz für die armen, wohnungslosen Teufel haben. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit). Sie möchten auch den Ausgleichsfond haben. Es würde dann damit so sein, wie mit vielen Dingen im Fürsorgewesen. Aus diesem Ausgleichsfond würde nur die Ihnen Knechtsdienste Leistenden etwas erhalten. Daraus wird aber nichts! Bringen Sie doch eine Vorlage ein, in der der Mieterschutz auch auf die städtischen Wohnungen ausgedehnt wird. Solange das nicht geschieht, ist das, was Sie vom Mieterschutz reden, eitel Schwindel. (Beifall bei der Minderheit).

Stadtrat Weber sagt in seinem Schlusswort, er hätte erwartet, dass die Minderheit über die grundsätzliche Frage des Mieterschutzes sprechen werde. Insbesondere wie sie sich das moderne Mieten-

recht vorstelle. Dieser Frage ist die Minderheit aber geflissentlich ausgewichen. Die Mehrheit habe immer in der unzweideutigsten Weise erklärt, was sie sich unter dem Mieterschutz vorstelle. Gewiss hat der Mieterschutz an der Verschärfung der Wohnungsnot viel schuld. Das ist gar kein Geständnis. Aber es kann sich nun auch der Aermste eine ordentliche Wohnung leisten, was bei dem Mangel eines Mieterschutzes nicht möglich wäre.

In der ganzen Welt, in allen Grossstädten, bestand ein Ueberschuss an Wohnungen von mindestens drei Prozent. Nur in Wien gab es das nicht. Wenn wir diesen Zustand herbeiführen, dann ist es unmöglich, dass das Mietenunrecht in der alten Form wieder auferstehen könnte. Ihnen handelt es sich um etwas ganz anderes. Sie wollen die Wiederherstellung der Hausherrenrente. Sie fangen ganz klein an. Wir sagen, dass es hier kein Kompromiss gibt. Wer sich auf diese schiefe Bahn begibt, muss damit rechnen, dass die Erhöhung des Mietzinses unweigerlich bis zur Verzinsung des Baukapitals erfolgt. Das bedeute aber den 22tausend bis 28tausendfachen Mietzins. (Gelächter bei der Minderheit). Sie lachen sich ja selber aus. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit). Wir haben ja hier bei der Minderheit einige neue Baufachleute. Die werden Ihnen bestätigen, dass die Baukosten heute das 22tausendfache betragen.

GR. Panosch (Einheitsliste): Wann bekommen wir eine Abrechnung von einem städtischen Bau?

StR. Weber: Die Abrechnungen liegen bereits seit Wochen in der Baudirektion zur Einsicht auf.

GR. Kunschak: Der Baudirektor hat aber den Zeitungen mitgeteilt, dass diese Abrechnungen noch nicht vorgelegt werden können.

StR. Siegel: Das ist unrichtig. Die Abrechnungen liegen von dutzenden Bauten vor.

StR. Weber: Es wird ja in Wien, wenn auch wenig, so doch hier und da privat gebaut. Ich habe hier die Abrechnung eines privaten Baues in der Gottfried Kellergasse. Dort kostet eine Vierzimmerwohnung dreizehntausend Schilling, die sofort erlegt werden mussten. Die Miete beträgt siebentausendzweihundert Schilling. Eine zweite Wohnung in der gleichen Gasse kostete siebzigtausend Schilling. Das zeigt, dass das Privatkapital gegenwärtig nicht bauen kann, obwohl nach dem kapitalistischen Gesetz von Angebot und Nachfrage gerade jetzt für die private Bautätigkeit eine Hochkonjunktur sein müsste.

Sie geben uns immer Rathehläge wegen der Finanzierung unserer Wohnhausbauten. Warum versucht der Bund diese Methoden nicht, wenn sie so gut sind, wie Sie uns immer einreden wollen. Niemand wird den Bund und die anderen Länder an der Durchführung des Wohnhausbaues mit Ihren Methoden hindern.

Peus ist ein Phanatiker der Flachbauweise. Sie sprechen hier immer für den Flachbau und in Ihren Reihen haben Sie Leute, die nicht Freunde des Flachbaues sind (Stadtrat Siegel: Dr. Kienböck zum Beispiel). Sie haben also auch in Ihrer Partei Ihre Peuse.

Herr Gemeinderat Kunschak hat gemeint, es sei eine bewusste Lüge, dass wir auf unsere Häuser schreiben: Errichtet aus den Mitteln der Wohnbausteuer. Man kann diese Inschrift ja ergänzen: Errichtet aus den Mitteln der Wohnbausteuer, der Lustbarkeitsabgabe, der Nahrungs- und Genussmittelabgabe, der Kraftwagenabgabe u. s. w. Die Aufschrift steht auf den Gemeindegäusern, um die Wohnbausteuer zu popularisieren, und zu zeigen, dass sie nur zur Milderung der Wohnungsnot verwendet wird. Wenn sich jemand darüber entrüstet, so möge er die Voranschläge zur Hand nehmen und unsere Abgaben auf ihre Quellen und auf ihre Verwendung prüfen. Tatsache ist, dass viele Fachleute anerkennen, dass wir auf dem Gebiete der Wohnbautätigkeit ausserordentliches geleistet haben.

Herr Gemeinderat Kunschak hat auch gemeint, ich habe mich überhoben, wie ich davon sprach, dass wir ein trauriges Erbe übernommen haben. Früher wurden die Bauten nicht aus Gemeindemitteln, sondern aus den Provisionsfonds bestritten. Im Verein mit der Wohnungsfürsorgegemeinschaft hat die damalige Gemeindeverwaltung Notstandshäuser, zum Beispiel in der Gablengasse errichtet, die wohl als trauriges Erbe bezeichnet werden müssen.

Herr Gemeinderat Kunschak hat auch erklärt, dass früher der kubische Inhalt der Wohnungen viel grösser war als er heute ist. Er hat auch gesagt, dass wir die Fenster kleiner machen. Nun hat die frühere Gemeindeverwaltung die sogenannten Cashäuser in Gross Jedlersdorf erbaut. Dort gibt es Wohnungen mit 33<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Quadratmeter, mit 38<sup>1</sup>/<sub>6</sub> Quadratmeter, aber auch mit 22 Quadratmeter. Diese Wohnungen aber weisen einen Kubikinhalte von 104<sup>1</sup>/<sub>3</sub> Kubikmeter auf, während die heutigen Gemeinwohnungen einen Kubikmeterinhalt von 112 Kubikmeter haben. Bei den Wohnungen kommt es nicht auf die Höhe an, sondern auf ihre Anlage und darauf, dass die Fenster ins Freie gehen, dass jede Wohnung ein Klosett hat und dass jede Wohnung entsprechend ausgestattet ist. Die Höhe, in der wir die Wohnungen bauen, genügt und jeder Zentimeter darüber hinaus wäre ein Luxus. Ich will nur feststellen, dass unsere Wohnungen grösser sind als die, die das Privatkapital erbaute. Das ist keine Uebertreibung, das ist eine Tatsache.

Herr Gemeinderat Kunschak hat auch erklärt, ich habe die Obdachlosen in einen Topf geworfen. Das ist nicht wahr. Uns ist es gelungen, die Obdachlosigkeit niederzuhalten. Aber in jeder Stadt gibt es Obdachlose geben und die wird es immer geben, die habe ich gemeint. Während in anderen Städten die Zahl der Obdachlosen in die Hunderte geht, ist im Gegensatz dazu die Zahl der Obdachlosen in Wien nicht gestiegen, trotzdem wir kein Anforderungsgesetz mehr haben. Es ist nicht immer möglich, sofort eine Familie unterzubringen. Früher hatten wir das Anforderungsgesetz, mit dessen Hilfe wir Obdachlose sofort unterbringen konnten. Das Wohnungsanforderungsgesetz ist gefallen, dafür aber haben wir in den Privathäusern leerstehende Wohnungen, die an die meistbietenden verschachert werden.

Wir werden uns durch Ihre Kritik nicht beeinflussen lassen. Und wenn Sie mit Peus sagen, wir begehen eine Todsünde, so erkläre ich Ihnen, dass wir bereits sind, diese Todsünde fortzusetzen. (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten). Und wenn Sie sich beklagen, dass wir den Siedlungsbauch fördern, so zeigen Sie uns eine Stadt, in der so Ausserordentliches geschaffen wurde wie in Wien. Zeigen Sie uns Wiener Siedlungen im Ausland, zeigen Sie uns, wo das Siedlungswesen so gepflegt wird wie in Wien, und zeigen Sie uns, wo der Arbeiter ein Siedlungshaus bekommt!

Ich bitte das Wohnprogramm einstimmig zu beschliessen. Einstimmig deshalb, weil ich nicht glauben kann, dass in diesem Saal jemand sein kann, der für die Einstellung der Wohnbautätigkeit ist, die wir mit der ganzen Kraft, die uns innewohnt, durchführen werden. (Stürmischer, langanhaltender Beifall bei den Sozialdemokraten).

Das Wohnbauprogramm wird sodann mit den Stimmen der Christlichsozialen und Sozialdemokraten angenommen.

Stadtrat Weber referiert weiters über das Siedlungsprogramm, das den Bau von 500 Siedlungshäusern mit einem Kostenaufwand von 7,620.000 Schilling vorsieht.

Dazu spricht Gemeinderat Ullreich (E.L.) dessen Ausführungen sich hauptsächlich mit dem Vertrag mit der Gesiba beschäftigen.

Siebenter Bogen.

St. R. Weber erklärt, dass die Gemeinde jedes Jahr 500 Siedlerhäuser errichtet. Die Erstellung durch die Gesiba hat sich als die bessere und billigere Methode erwiesen. Die Gesiba wurde übriger zu dem Zweck gegründet, um die Siedlungsgenossenschaften zu fördern. Die Gemeinde befinde sich hier auf dem richtigen Weg. Gewiss könnte der Bund auch etwas tun. Wenn die Bundesregierung eine Steuer für die Errichtung von Siedlungsbauten beschliesst, so wird sie niemand daran hindern, sondern sie findet die tatkräftigste Unterstützung der Sozialdemokraten.

Die Vorlage wird einstimmig angenommen.

St. R. Weber beantragt die Gewährung eines weiteren Darlehens von einer Million Schilling an die Gesiba für die Heimbauhilfe. Um diesen Betrag sollen weitere 50 Siedlungshäuser beim Wasserturm am Laerberg gebaut werden. 40 Häuser sind bereits fertiggestellt. Die Verzinsung des Baukapitales wird von fünf auf vier Prozent herabgesetzt und auch sonst weit gehende Begünstigungen den Interessenten zugestanden.

G. R. Ullreich (E. L.) beantragt, dass der Zinsfuß auch für Kernhauskredite, der jetzt fünf Prozent beträgt vom 1. Juni an auf vier Prozent herabgesetzt werde. Die Heimbauhilfe belaste die Leute noch immer sehr stark. Das Darlehen wird mit 18.000 Schilling festgesetzt, rechnet man alle Zahlungen, so hat der Mieter rund 200 Schilling monatlich für das Haus zu zahlen. Das ist eine zu grosse Belastung und es ist deshalb verständlich, dass trotz grosser Reklame in den Zeitungen und in der Strassenbahn diese Häuser nur schwer anbringlich sind. Redner beantragt, dass die Frist für die Rückzahlung des Kredites von 15 auf Dreissig Jahre verlängert wird. Dadurch wird es einen grösseren Kreis ermöglicht, solche Häuser zu erwerben.

In seinem Schlusswort beantragt Stadtrat Weber die beiden Anträge des Gemeinderates Ullreich der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zuzuführen und bittet um Annahme der Vorlage.

Die Vorlage wird angenommen und Bürgermeister Seitz schliesst um 11 Uhr die Sitzung.

-----

Wien, am Samstag den 28. Mai 1927

Keine Sprechstunde bei Stadtrat Breitner. Wegen der am Dienstag stattfindenden Sitzung des Gemeinderates entfällt an diesem Tag die Sprechstunde beim städtischen Finanzreferenten.

Jubilare der Ehe. In Vertretung des Bürgermeisters überreichte amtsführender Stadtrat Richter den Ehepaaren Julius und Elisabeth Basler, Josef und Anna Nowey und Wenzel und Antonie Polak anlässlich ihrer goldenen Hochzeit die Ehrengabe der Stadt Wien.

Schuljugend und Fremdenverkehr. Die Absicht, die heranwachsende Generation über die gesellschaftliche und wirtschaftliche Bedeutung des Fremdenverkehrs aufzuklären, und so in weiten Kreisen das Verständnis für die Wichtigkeit des Fremdenverkehrs wachzurufen hat die Fremdenverkehrskommission veranlasst, der Frage der Einbeziehung der Schuljugend in ihre Werbemaßnahmen besonderes Augenmerk zuzuwenden. Die Fremdenverkehrskommission hat sich in dieser Frage mit dem Stadtschulrat ins Einvernehmen gesetzt, der der Lehrerschaft aller Unterrichtsanstalten empfohlen hat, vorerst in nächster Zeit gelegentlich des Unterrichtes in der Heimatkunde auf die Aktion "Wien wirbt für Wien", durch die die persönlichen Beziehungen der Wiener zum ersten Male in den Dienst des Fremdenverkehrs gestellt werden, aufmerksam zu machen und die Schuljugend anzuregen, auswärtige Freunde und Bekannte auf die Festwochen aufmerksam zu machen.

Mit Rücksicht auf den Umstand, dass gerade Wiener Kinder in der Nachkriegszeit vielfach im Auslande weilten und dort Freundschaften geschlossen haben, scheint die Aktion besondere Erfolge zu versprechen. Die Werbebriefe sollen durch die Lehrer an die Schuljugend zur Versendung an auswärtige Freunde abgegeben werden. Sie können in beliebiger Anzahl bei der Fremdenverkehrskommission, Wien VII., Messepalast, kostenlos behoben werden.

Das Wiener Pfadfinderkorps hat beschlossen, während der Festwochen auf den Bahnhöfen Pfadfinder aufzustellen, die die einlangenden Fremden begrüßen und ihnen die ersten Auskünfte erteilen werden.

Sitzungen des Wiener Gemeinderates. In der kommenden Woche hält der Wiener Gemeinderat am Dienstag und Freitag öffentliche Sitzungen ab. Beide Sitzungen beginnen um fünf Uhr nachmittags. Zur Verhandlung kommen die Vorlagen, die in der letzten Sitzung nicht erledigt wurden. Der Wiener Stadtsenat hält am Dienstag vormittags um zehn Uhr eine Sitzung ab.

Vorübergehende Ablenkung des Bahnhofsverkehrs. Wegen Gleisarbeiten auf dem Praterstern wird der Bahnhofsverkehr der Strassenbahn in der Nacht von Dienstag auf Mittwoch und von Mittwoch auf Donnerstag von der Franzensbrückenstrasse über die Praterstrasse - Kai - Schottenring - Wipplingerstrasse - Liechtensteinstrasse abgelenkt. Die Ablenkung erstreckt sich auf beide Fahrtrichtungen.

#### 1223 neue Wohnungen in Simmering.

Heute Sonntag Eröffnung durch den Bürgermeister.

Die Gemeinde hat in Simmering sechs grosse Wohnhausanlagen errichtet, die bereits seit längerer Zeit bewohnt sind. Die Anlagen wurden nach Männern benannt, die im öffentlichen Leben hervorragend gewirkt

haben. Heute Sonntag um 11 Uhr vormittags wird Bürgermeister Seitz diese städtischen Wohnhausbauten eröffnen.

Der Wohnhausbau in der Geiselbergstrasse zählt 208 Wohnungen und wurde nach dem vor kurzem verstorbenen Nationalrat des Bezirkes Simmering "Widholzhof" benannt. Die Pläne für die Anlage hat Architekt Baurat Mang entworfen. Im grossen Gartenhof ist ein Kindergarten untergebracht. In der Mitte des Strassenhofes wurde ein Brunnen, ein Werk des Bildhauers Hofmann aufgestellt.

Die zweite Anlage befindet sich in der Drischützgasse. Sie ist nach dem bekannten Komponisten "Josef Scheu-Hof" benannt worden. Von der 5472 Quadratmeter grossen Baufläche wurden nur 2764 Quadratmeter verbaut, der übrige Teil verblieb für einen grossen Gartenhof und Strassenvorgärten. Den Gartenhof beherrscht in der Mitte eine Pergola mit einem Wasserbecken und figuralem Brunnen, rings darum befinden sich Rasenflächen mit Baumpflanzungen und ein Kinderspielplatz. Den Brannen schmückt eine Kinderfigur des akademischen Bildhauers Karl Enzdorfer. Die Anlage enthält 212 Wohnungen, zwölf Waschküchen, einige Werkstätten und eine Apotheke. Die Bauentwürfe stammen von Architekt Stadtbauinspektor Ingenieur Franz Wiesmann.

In der Grillgasse - Herbartgasse - Herderplatz - Am Kanal hat die Gemeinde im Jahre 1924 mit dem Bau einer Anlage begonnen, die 219 Wohnungen, fünf Geschäftslokale, acht Magazine, vier Werkstätten, Räume für die Krankenkasse, einen Kinderhort und fünf Ateliers enthält. Die Pläne hat Architekt Ingenieur Karl Krist verfasst. Die Baufläche ist 6355 Quadratmeter gross, es wurden aber nur 3774 Quadratmeter verbaut und der übrige Teil für einen Gartenhof verwendet. Der figurale plastische Schmuck an der Vorderfront des Kindergartens stammt von Bildhauer Siegfried Bauer. Der Wohnhausbau wurde nach dem grossen Rechtslehrer Dr. Franz Klein benannt.

Eine weitere Anlage in der Herbartgasse - Herderplatz - Ehangasse zählt 180 Wohnungen. Sie ist ein Werk der Architekten Franz Kaym, Alfons Hetmanek und Hugo Gorge. Der Wohnhausbau wurde nach Friedrich Engels, dem grossen sozialistischen Führer benannt. Auch hier ist ein grosser Kindergarten errichtet worden.

Nach dem Arbeiterdichter Alfons Petzold wurde die Wohnhausanlage in der Lorystrasse - Hackelgasse - Herderplatz benannt. Von der 2936 Quadratmeter umfassenden Grundfläche wurden nur 53 Prozent verbaut. Die Anlage zählt 110 Wohnungen, sie enthält auch einen Kinderaufenthaltsraum und eine Badeanlage. Die Pläne hat Architekt Oberstadtbaurat Ingenieur Adolf Stöckl verfasst.

Der Wohnhausbau in der Ehangasse - Hackelgasse - Lorystrasse umfasst 294 Wohnungen, einen Kindergarten, eine Mutterberatungsstelle und sechs Geschäftslokale. Er wurde nach den Plänen der Architekten Franz Kaym, Alfons Hetmanek und Hugo Gorge errichtet. Die Gemeinde hat diese prächtige Anlage nach dem Führer der österreichischen Buchdruckergehilfen, dem verstorbenen Reichsratsabgeordneten Karl Höger benannt.

Insgesamt wurden in diesem zusammenhängenden Gebietsteil Simmerings 1223 Wohnungen geschaffen. Die Eröffnungsfeier wird gemeinsam für alle Anlagen abgehalten werden.

Die Festwochen. Am 13. Juni findet in der Peterskirche im Rahmen der Festwochen eine Aufführung von Bruckners Messe in B-Moll statt. Die Messe wurde 1854 durch den Meister komponiert und seither erst zweimal in Wien aufgeführt. Die Erste Aufführung fand auf Veranlassung des bekannten Musikhistorikers Alfred Scherich im Jahre 1924 statt. Das gewaltige Werk Bruckners, das bisher im Druck noch nicht erschienen ist, enthält in allen Einzelheiten bereits die volle Eigenart Bruckner'schen Schaffens.

Wien, Samstag, den 28. Mai 1927.

Die Geldstrafe des Artur Fried gehört zum Armenfonds der Gemeinde.

Das Oberlandesgericht Wien hat über den <sup>K</sup>inspruch der Staatsanwaltschaft gegen die Zuweisung der Geldstrafe des Artur Fried an den Armenfonds der Gemeinde Wien zu Recht erkannt, dass der Beschwerde keine Folge gegeben wird. Der Strafbetrag von einer Million Schilling hat demnach in den Armenfonds der Gemeinde Wien zu fließen.

Freie städtische Assistenzarztstelle. An der Prosektur im Krankenhaus der Stadt Wien in Lainz wird die Stelle eines Assistenzarztes besetzt. Gesuche um diese Stelle sind mit den entsprechenden Personaldokumenten und Verwendungszeugnissen versehen an die Kanzlei der Verwaltungsgruppe für Personalangelegenheiten im Neuen Wiener Rathaus zu richten. Nach dem 11. Juni einlangende Gesuche werden nicht mehr berücksichtigt. Die Gesuche sind mit einem Bundesstempel von einem Schilling zu versehen.

Sitzungen von Bezirksvertretungen. Am Donnerstag um 6 Uhr abends hält die Bezirksvertretung Mariahilf im Sitzungssaal VI., Amerlingstrasse 6, eine öffentliche Sitzung ab. Ebenfalls am Donnerstag findet eine Geschäftsitzung der Bezirksvertretung Neubau im Amtshaus VII., Hermannsgasse 24 statt. Beginn halb 6 Uhr abends.

Instandsetzung von städtischen Schulgebäuden. Der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten hat am Mittwoch nach einem Bericht des Gemeinderates Jenschik beschlossen, dass eine Reihe von Schulgebäuden in den Ferienmonaten instandzusetzen sind. Vorläufig werden die städtischen Schulen in Favoriten, Herzgasse, in Meidling, Vierthalergasse, in Rudolfsheim, Stättermayergasse, in Fünfhaus Hackengasse, in Hernals Jürgerstrasse, in Floridsdorf Konstanziagasse und Künzerplatz instandgesetzt. Eine Anzahl anderer Schulgebäude werden in der nächsten Zeit zur Instandsetzung vorgeschlagen.

Professor Dr. Julius Wagner-Jauregg Bürger der Stadt Wien. Der Wiener Gemeinderat hat gestern in vertraulicher Sitzung nach einem Bericht des amtsführenden Stadtrates Richter beschlossen, dem Hofrat Professor Dr. Julius Wagner-Jauregg anlässlich seines siebenzigsten Geburtstages in Würdigung der hohen Verdienste, die sich der berühmte Gelehrte um die medizinische Wissenschaft und um die leidende Menschheit erworben hat, zum Bürger der Stadt Wien zu ernennen.

Obermagistratsrat Dr. Anton Riss pensioniert. Anlässlich des Scheidens aus dem aktiven Dienst hat der Wiener Gemeinderat am Freitag dem Obermagistratsrat Dr. Anton Riss, in Würdigung seiner langjährigen, ausgezeichneten Dienstleistung die Anerkennung ausgesprochen.

Jugendwandergruppe der Wiener gewerblichen Fortbildungsschulen. Am 3. Juli veranstaltet die Jugendwandergruppe der Wiener gewerblichen Fortbildungsschulen ein Jugendtreffen auf der Hohen Wand. Der Fortbildungsschulrat hat in den letzten Jahren in allen Schulen dem Jugendwandern ein besonderes Augenmerk zugewendet und auch sehr günstige Erfolge erzielt. An dem Jugendtreffen können sich alle Schüler der gewerblichen Fortbildungsschulen beteiligen. Anmeldungen in der Kanzlei der Wandergruppe im Zentralfortbildungsschulgebäude, Mollardgasse 87.

Wien, am Montag, den 30. Mai 1927

Die Eröffnung der Simmeringer Wohnhausbauten

Am Sonntag vormittag eröffnete Bürgermeister Seitz die sechs grossen städtischen Wohnhausanlagen in Simmering. Die Feier wurde auf dem grossen Platz vor dem Widholz-Hof in der Geiselbergstrasse abgehalten. Viele tausende Personen nahmen an ihr teil. Von der Gemeindeverwaltung waren Bürgermeister Seitz, die amtsführenden Stadträte Siegel, Professor Tandler und Weber, der Präsident des Stadtschulrates Abgeordneter Glöckel, viele Gemeinderäte und Bezirksräte erschienen. Die Witwe des Nationalrates Widholz die Familie Scheu, Senatspräsident Dr. Friedländer und eine grosse Zahl von Vertretern der Krankenkassen wohnten ebenfalls der Feier bei. Die sechs Wohnhausanlagen waren prächtig geschmückt. Fanfarenbläser kündeten vom Balkon des Widholz-Hofes den Beginn der Feier an. Sie wurde mit dem Chor "Bet und arbeit", unter der Leitung des Chorleiters Homann von den vereinigten Simmeringer Gesangsvereine meisterhaft vorgetragen, eröffnet. Bezirksvorsteher Pantucek begrüßte die Gäste namens der Bezirksvertretung auf das herzlichste. Der heutige Tag, sagte der Bezirksvorsteher ist für Simmering ein ganz besonderer Festtag. Die gegenwärtige Gemeindeverwaltung hat im Rahmen des grossen Wiederaufbauwerkes insbesondere den Bezirk Simmering berücksichtigt. Neben prächtigen und umfangreichen Wohnhausbauten hat Simmering auch den längst notwendigen neuen Markt bekommen, es wurden die Strassenbeleuchtung und die Strassenpflege modernisiert und dankbar gedenkt die Bevölkerung der Bemühungen des Bürgermeisters die Brigittabrücke nach Simmering zu bringen, damit die Verbindung mit dem Prater, die dem Bezirk so sehr fehlt, geschaffen werden kann. Es ist dies ein Wunsch der gesamten Simmeringer Bevölkerung, gleichgültig welcher politischen Richtung sie angehört und allen sind die Schwierigkeiten, die von der Regierung der Gemeinde bereitet werden, unverständlich. Nicht weniger als 1223 Wohnungen wurden hier geschaffen. Wir danken der Gemeinde für dieses schöne Werk und freuen uns auch darüber, dass diese Anlagen nach Männern bekannt wurden, die unauslöschlich in den Herzen der arbeitenden Bevölkerung leben. (Stürmischer Beifall).

Bürgermeister Seitz stürmisch begrüßt, eröffnete dann die Wohnhausanlagen: Bei der reichhaltigen Aufzählung der kommunalen Einrichtungen dieses Bezirkes und bei den warmen Worten der Anerkennung, die der Bezirksvorsteher für sie gefunden hat, hätte man fast den Eindruck gewinnen können, als wäre für Simmering schon alles notwendige geschehen. Ich kann Sie aber versichern, dass die Stadtverwaltung ihre Pflichten gegenüber diesem Bezirk der Arbeit der Jahrzehnte hindurch vernachlässigt worden ist, kennt Wir werden zielsicher alles durchführen, was wir für diesen Bezirk in Aussicht genommen haben, um das industrielle und gewerbliche Leben zu befruchten. Wir werden alle notwendigen Verbindungen und Einrichtungen herstellen, deren ein solcher Bezirk der Arbeit bedarf. Wir werden in unserem Bestreben eine Verbindung zwischen Simmering und dem zweiten Bezirk herzustellen und zu diesem Zwecke die Brigittabrücke nach Simmering zu verlegen, nicht erlahmen; wir werden alles daran setzen, um die bornierten Widerstände - man kann sie nicht anders bezeichnen - die der Verwirklichung des Projektes noch immer entgegenstehen, zu brechen (Beifall).

Der Bezirksvorsteher hat schon auf die Bedeutung der Namen hingewiesen, die wir diesen Wohnhausbauten gegeben haben. In diesen Namen drückt sich das Aufstreben des Bezirkes, in diesen Namen drücken sich alle Ideale aus, von denen die Massen dieses Bezirkes erfasst sind. Wir weihen diese Wohnhausbauten den <sup>Manen</sup> zweier grosser Gelehrter, dem grossen Politiker und Volkswirt Friedrich Engels und dem grossen Rechtsgelehrten Franz Klein. Wir weihen ferner die Wohnhausbauten zwei Männern der Dichtkunst und der Musik, unserem unvergesslichen Alfons Petzold, dem Arbeiterdichter, der aus Not, Elend und Krankheit emporgestiegen und einer der bedeutendsten Dichter Oesterreichs geworden ist, wir weihen einen dieser Bauten den Manen Josef Scheus, des grossen Komponisten, des Sängers, dessen Namen immer erklingen wird, wo ein Lied der Arbeit, ein Lied der Freiheit gesungen wird. Wir weihen schliesslich zwei dieser wuchtigen Anlagen Männern der Arbeit, die zu einer Zeit, wo es noch schwer und gefährlich war, für die Interessen des arbeitenden Volkes einzutreten, gewirkt haben, Männer der Arbeit, die Jahrzehnte hindurch im Dienst des Proletariates, im Dienste der Sozialpolitik tätig waren und im Parlament für den Aufstieg der grossen Massen gearbeitet haben. Die Namen Laurenz Widholz und Karl Höger werden in der Geschichte des arbeitenden Volkes von Oesterreich unvergesslich bleiben. (Stürmischer Beifall).

So wollen wir die Ehrfurcht und die Liebe kennzeichnen, die wir für diese Männer hegen, die mithelfen aus der Stadt der Phäaken eine Stadt der Arbeit und des hohen kulturellen Strebens zu machen.

Wenn wir die Massen des Volkes für Kunst und Wissenschaft empfänglich und geistig und physisch kampffähig machen wollen, müssen wir vor allem gesunde Wohnungen bauen. So dienen diese Bauten einer grossen Idee. Ihren Bewohnern wünschen wir, dass sie sich im neuen Heim wohl und glücklich fühlen und dass sie ihre Kinder zu aufrechten, tüchtigen Menschen erziehen, die das grosse Aufbauwerk, das wir in schwerster Zeit begonnen haben, zur Vollendung bringen, damit die Stadt der Arbeit auch eine Stadt des Friedens und des Glücks werde. (Anhaltender stürmischer Beifall).

Der Bürgermeister und die Festgäste besichtigten nun die einzelnen Anlagen. In den Gartenhöfen, die ebenfalls reichen Blumenschmuck aufwiesen, wurde der Bürgermeister von den Vertretern der Mieter herzlichst begrüßt. Im Widholz-Hof überbrachte den Dank der Mieter Obmann Neunteufel, im Josef Scheu-Hof sprach namens der Bewohner Obmann Neuhold, für die Mieter des Dr. Franz Klein-Hofes sprach Obmann Voltmann, im Engels-Hof begrüßte Obmann Petricek den Bürgermeister und die Festgäste, im Petzold-Hof sprach der Obmann der Mieter Kurz und im Karl Höger-Hof Obmann Schlosser. Hier dankte namens der Buchdrucker Gehilfen Obmann Wieser der Gemeinde für die Ehrung des Vorkämpfers der österreichischen Buchdruckergehilfen. Bürgermeister Seitz dankte für die Begrüssungen. Besonders eingehend besichtigten die Gäste den schönen Kindergarten, die Mutterberatungsstelle, den Kinderhort und das im Karl Höger-Hof untergebrachte städtische Jugendamt. Mit Musik- und Gesangsvorträgen wurden die Eröffnungsfeiern beendet.

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
Karl H o n a y204  
Zweite Ausgabe

Wien, Montag, den 30. Mai 1927.

Sonntag beginnen die Festwochen.Grosses Interesse des Auslandes.

Die Vorarbeiten zu den Festwochen gehen ihrem Abschluss entgegen. Das Programm der Veranstaltungen wurde nunmehr bei der Fremdenverkehrskommission bis in die letzten Einzelheiten festgelegt und bietet in seiner Gesamtheit einen geschlossenen Ueberblick über einen grossen Teil des Wiener Musik- und Theaterlebens, sowie der sportlichen Bestrebungen des heutigen Wien. Die Kunstausstellungen, die während der Festwochen im Künstlerhaus, in der Secession, im Burggarten, im Oesterreichischen Museum für Kunst und Industrie, in der Zedlitzhalle, im Aeusseren Burgtor, im Josefstöckl (Augarten), im Sonnenuhrhaus in Schönbrunn, im Palais Falffy und im Stift Klosterneuburg stattfinden, werden die Fremden in die Lage versetzen, die Wiener bildende Kunst von heute kennen zu lernen, umso mehr, als sich sämtliche Künstlervereinigungen entschlossen haben, in den Ausstellungen auch Führungen zu veranstalten.

Das Interesse des Auslandes an den Festwochen wächst dank der erfolgreichen Propaganda der Fremdenverkehrskommission von Tag zu Tag. An Gesellschaftsreisen sind unter anderen angemeldet: ein korporativer Besuch des Züricher Männergesangsvereines "Freiheit" und des Amsterdamer Männergesangsvereines "Apollo". Diese beiden Vereinigungen werden auch im Rahmen der Festwochen eigene Konzerte veranstalten. Das Arbeiterbildungsinstitut Leipzig und die Münchener Leibregimentsvereinigung kommen mit mehreren hundert Teilnehmern. Der Sommerzug der holländischen Pflegeeltern, die zu den Festwochen nach Wien kommen, trifft bereits Mittwoch abends auf dem Westbahnhof ein und wird dort durch einen Vertreter der Fremdenverkehrskommission begrüsst werden. Ueberdies sind Reisegesellschaften aus Rumänien und der Schweiz angekündigt. Die Teilnehmer an der offiziellen Rheinländerfahrt, die über Anregung des Oberbürgermeisters der Stadt Köln, Dr. Adenauer, stattfinden wird, treffen Samstag, den 4. Juni abends im Praterkai ein und werden am selben Abend noch der feierlichen Eröffnung der Festwochen vor dem Rathause beiwohnen. Der Arbeiter Turnverein Nürnberg und eine Arbeitergesellschaftsreise aus Bratislava treffen am 5. Juni ein. Eine Gesellschaftsreise, die das Osloer Blatt "Aften Posten" veranstaltet, wird eine grössere Anzahl von Norwegern nach Wien bringen. Am ersten Tage der Festwochen trifft auch eine Gesellschaftsreise des Württembergischen Automobilklubs, dessen Mitglieder mit ihren Wagen nach Wien kommen, ein.

Wenn auch Wien in den nächsten Tagen im Zeichen der Festwochen stehen wird, so wird doch auch die Kongressstadt Wien durch eine Reihe von Tagungen in Erscheinung treten. Vom 1. bis 4. Juni findet der Kongress der deutschen Hals-, Nasen- und Ohrenärzte in Wien statt. Schon heute steht fest, dass eine Reihe von Teilnehmern an diesem Kongress ihren Wiener Aufenthalt verlängern und Veranstaltungen der Festwochen besuchen werden. Die Oesterreichische Gesellschaft für Strassenwesen hält den zweiten Oesterreichischen Strassentag ab, der Oesterreichische Faktorenverband und der Oesterreichische Verband deutscher Ingenieure halten ebenfalls

ihre Tagungen in Wien ab. Besonders starken Zuzug wird der Internationale katholische Gesellentag mit sich bringen. Vom 4. bis 6. Juni findet der Oesterreichische Esperantokongress, ab 5. Juni die Hauptversammlung des Verbandes deutscher Sprachvereine statt. Vom 7. bis 12. Juni hält der Altherrenbund des Kartellverbandes seine Tagung ab. Von ganz besonderer wirtschaftlicher und propagandistischer Bedeutung ist die Tatsache, dass sämtliche Handelsattachés der Vereinigten Staaten, die in Europa ihren Sitz haben während der Festwochen nach Wien kommen werden, um hier gemeinsame Fragen zu beraten. Es handelt sich um ungefähr vierzig Herren mit ihren Damen, die für die nächsten Tage erwartet werden. Ueber dies finden während der Festwochen Kongresse der Brotfabriken, der Spirituosenhändler und ein Fremdenverkehrstag der Mittleuropäischen Wirtschaftstagung statt.

Neben der grossen Anzahl von zum Teil ausserordentlich bedeutsamen Reisegesellschaften werden zahlreiche Einzelreisende erwartet.

Eine Auffahrt der Wiener Ruderer auf dem Donaukanal.

Als grosse sportliche Schlussveranstaltung der Festwochen wird am 19. Juni das Schwimmen "Quer durch Wien" stattfinden. In Verbindung mit diesem Schwimmen wird von Nussdorf aus eine Kajak-Wettfahrt und anschliessend eine Kajak-Auffahrt mit Flaggen-gala sowie eine Auffahrt der Regattaverene veranstaltet. Das Werbeschwimmen selbst wird unter Mitwirkung von fünfhundert männlichen und weiblichen Schwimmern erfolgen.

Eine Praterkönigin wird gewählt.

Der Verband der Praterhüttenbesitzer hat beschlossen, im Rahmen der Festwochen einen grossen Praterfesttrummel zu veranstalten. An der klassischen Stätte des Wiener Volkslebens werden am 14. Juni die Festwochen begangen werden. Mit den zahlreichen Vorbereitungen, die für diesen Tag getroffen werden, wurde bereits begonnen. Zum erstenmale wird auch die Wahl einer "Praterkönigin" vorgenommen werden.

Zentralvorverkaufsstelle Secession.

Am 1. Juni wird in der Secession zur Bequemlichkeit des die Festwochen besuchenden Publikums eine Zentralstelle für den Vorverkauf von Karten zu sämtlichen im Rahmen der Festwochen in Wien und Niederösterreich stattfindenden Veranstaltungen errichtet, die ganztägig geöffnet sein wird.

Entfallende Sprechstunde beim städtischen Wirtschaftsreferenten. Wegen dienstlicher Verhinderung entfallen am Donnerstag die Sprechstunden bei amtsführenden Stadtrat Kokrda.

Elektrische Strassenbeleuchtung in Meidling. Nach einem Beschluss des Gemeinderatsausschusses für technische Angelegenheiten werden in Meidling die Hufelandgasse, Theresienbadgasse, Franz Emerichgasse, Wolfganggasse und der restliche Teil der Neuwallgasse, die bisher mit Gas beleuchtet wurden, die elektrische Beleuchtung erhalten.

Bezirksvertretung Ottakring. Am Freitag den 10. Juni, sechs Uhr nachmittags, hält die Bezirksvertretung Ottakring im Amtshaus, Richard-Wagnerplatz 19, II. Stock, eine öffentliche Sitzung ab.

Wien, Dienstag, den 31. Mai 1927.

Neue städtische Schulleiter und Schulleiterinnen. Der Stadtsenat hat heute auf Antrag des städtischen Personalreferenten Stadtrat Speiser eine Reihe von erledigten Schulleiterstellen besetzt. Es wurden zu Bürgerschuldirektoren ernannt: Josef Chmel, Knabenbürgerschule, X., Herzgasse 27, Hermann Baar, Knabenbürgerschule, XVI., Grundsteingasse 65, Dr. Otto Herrmann, Knabenbürgerschule, XVI., Koppstrasse 75, Ludwig Bartl, Knabenbürgerschule, XVII., Parhamerplatz 19, Josef Matzenauer, Knabenbürgerschule, XI., Jägerstrasse 54, Karl Sprongl, Mädchenbürgerschule, X., Herzgasse 27, Rudolf Feichtinger, Mädchenbürgerschule, XIII., Gurkgasse 32, Adolf Millner, Mädchenbürgerschule, XVI., Schmeleerplatz 17, Richard Enselein, Mädchen Volks- und Bürgerschule, XIV., Kröllgasse 20. Zur Bürgerschuldirektorin wurde ernannt: Hermine Kraus, Mädchenbürgerschule, XIX., Grinzingerstrasse 59. Zu Oberlehrern wurden ernannt: Hans Winter, Knabenvolksschule, VIII., Lerchengasse 19, Karl Sammer, Knabenvolksschule, IX., Galileigasse 5, Franz Chalupa, Knabenvolksschule, X., K Lainböckergasse 17, Adolf Grabner, Knabenvolksschule, XVI., Grubergasse Nr. 6, Rudolf Csmarich, Mädchenvolksschule, XVII., Leopold Ernstgasse 37, Alois Niedermayer, Knaben- und Mädchenvolksschule, I., Börsegasse 5, Franz Mahradnik, Knaben- und Mädchenvolksschule, XIII., Linzerstrasse Nr. 419; zu Oberlehrerinnen wurden ernannt: Albine Nagl, Mädchenvolksschule, II., Czerninplatz 3, Marie Sengseis, Mädchenvolksschule, III., Bslarngasse 23, Auguste Müller, Mädchenvolksschule, III., Löwengasse Nr. 12 b, Anna Gelinek, Mädchenvolksschule, XIII., Diesterweggasse 30, Helene Hensel, Mädchenvolksschule, XVI., Landsteingasse 4, Elise Hofmann, Mädchenvolksschule, XVII., Hernalser-Hauptstrasse 100.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 31. Mai 1927.

Bürgermeister Seitz eröffnet um fünf Uhr die Sitzung. Die Gemeinderätin Lippa leistet die Angelobung, worauf der Gemeinderat in die Beratungen über die Kleinrentnerhilfe der Gemeinde Wien eintritt.

Stadtrat Breitner leitet die Verhandlungen über die Kleinrentnerhilfe der Gemeinde ein. Er führt aus: Das schwierigste Problem, das die Nachkriegszeit zurückgelassen hat, ist das Problem der Aufwertung. Gerade in Wien tritt dieses Problem am sinnfälligsten bei den Mietzinsen in Erscheinung. Tatsache ist, dass durch den massenhaften Notendruck unsere Währung auf ein Bierzehntausendstel ihres Wertes herabgesunken ist. Ähnlich war es in einer ganzen Reihe von europäischen Staaten am stärksten im Deutschen Reich, wo der Wert einer Goldmark auf ein Billionstel gefallen ist. Ueberall ist dadurch das Problem entstanden, wie sich die Schuldner zu dieser Geldentwertung zu verhalten haben. In Deutschland ist eine solche Lösung versucht worden; sie ist aber kaum gelungen. Die Not der Kleinrentner besteht auch dort, und die Valorisierung der Mietzinse hat die bescheidene Aufwertung wettgemacht. Es handelt sich hier um eine Angelegenheit, die nicht von einzelnen Schuldnern gelöst werden kann, sondern der gesetzlichen Regelung bedarf. In Oesterreich ist eine Aufwertung nur für eine einzige Klasse von Rentnern erfolgt, nämlich für die Leibrentner. Hingegen ist die österreichische Gesetzgebung an all den übrigen Problemen bisher vorbeigegangen. Es wird aber gewiss zu einer Regelung kommen müssen. Die Gemeinde Wien hat diese Vorlage eingebracht, um bis dahin wenigstens provisorische Vorsorge zu tref-

fen. Die Vorlage will keine Präjudiz für die gesetzliche Regelung der Kleinrentner schaffen. Deshalb gehen wir auch keine neuen Wege, sondern die Gemeindevorlage lehnt sich an das Leibrentnergesetz an. Es darf aber nicht übersehen werden, dass die gesetzliche Regelung der Leibrentner private Unternehmungen trifft, denen durch das Leibrentnergesetz nur ein gewisser Teil des Wertes weggenommen wird. Ganz anders liegen aber die Verhältnisse bei den öffentlichen Körperschaften, die jede Aufwertung aus Steuern oder Tarifen decken müssen. Schon deshalb kann unsere Vorlage nur provisorischen Charakter haben, weil wir leider nicht die Möglichkeit haben, die grossen Vermögen durch Zuschläge zur Einkommensteuer zu Zahlungen für die Opfer der Geldentwertung heranzuziehen. Trotzdem sieht die Vorlage die Möglichkeit vor, bis zum doppelten Ausmasse der im Leibrentnergesetz festgesetzten Leistungen zu gehen. Das Leibrentnergesetz bestimmt übrigens auch, dass alle Leibrenten von der Valorisierung ausgenommen sind, wenn sie weniger als dreihundert Kronen jährlich beziehen. Es werden also gerade die Kleinsten ausgeschaltet. Wir haben deshalb diese Grenze fallen gelassen.

Die Gemeinde hat auch mit der Aufrufung der Anleihen weit früher begonnen, als der Bund, der bis zur Stabilisierung der Währung gewartet hat. Wir haben die 1902er Anleihe, die eine der grössten Teile der Wiener Schuld darstellt, bereits im Jänner 1922 zur Einlösung gebracht. Man vergisst sehr rasch die Entwicklung, die die Krone im Jahre 1922 genommen hat. Zu Beginn dieses Jahres sind die Verhältnisse noch wesentlich günstiger gewesen, als etwa im September. Wir haben alle Obligationären die sich bis 31. Juli 1922 gemeldet haben, den doppelten Nennwert ausbezahlt.

Von allen Wiener Anleihen sind ungefähr 220 Millionen Nennwert noch nicht eingelöst, worin die Auslandsblocks nicht inbegriffen sind. Wieviel von diesen 220 Millionen Kronen auf die Kleinrentner entfallen, wird erst festgestellt werden können, wenn die mit 31. Juli 1927 festgesetzte Anmeldefrist vorüber ist.

Es soll für die Zuerkennung der Renten eine eigene Kommission eingesetzt werden, der auch ein Vertreter jenes Kleinrentnerverbandes angehört, der sich seit Jahren um diese Angelegenheit bemüht hat, und deshalb ein moralisches Recht auf die Mitwirkung besitzt.

Wir haben vorerst eine Million Schilling als Ausgabe für diese Aktion angenommen, ohne indes das wirkliche Ausmass des Erfordernisses zu kennen. Sicher aber ist, dass durch diese Massnahme einen weiten Kreis von Personen wirtschaftliche Hilfe gebracht wird. Weder der Bund, noch die Länder, noch irgendeine andere Gemeinde haben es bisher unternommen, auch nur eine Teillösung der Kleinrentnerfrage zu vollziehen. Der Wiener Gemeinderat wird mit diesem Beschluss beispielgebend wirken und gerade diese Sache muss in den Kreisen der Kleinrentner Befriedigung hervorrufen. Deshalb bitte ich um die Annahme der Vorlage.

G. R. Kunschak (E. L.) Der Antrag über die Kleinrentnerhilfe der Gemeinde Wien kommt reichlich zu spät. Wir haben schon früher wiederholt die Notwendigkeit betont, dass die Gemeinde eine Aktion zugunsten der Kleinrentner durchführen möge. Wir haben aber immer tauben Ohren gepredigt. Jetzt aber glauben wir feststellen zu dürfen, dass die Vorlage über die Kleinrentnerhilfe nicht den Gemeinderat beschäftigen dürfe, wenn nicht die National- und Gemeinderatswahlen gewesen wären und im Zuge der Wahlzuckerpolitik auch den Kleinrentnern etwas versprochen worden wäre.

Die Anträge werden im Grunde genommen wirkungslos bleiben. Der Referent hat zugeben müssen, dass der grösste Teil der städtischen An-

leihen bereits eingelöst ist. Nur ein kleiner Teil der Rentner hat ~~noch~~ eine Bestätigung erhalten. Der Referent hat erklärt, dass nicht ~~alle~~ <sup>Rentner</sup> zu berücksichtigen, die keine Ablieferungen bestatigt haben. Es besteht daher wohl für den grössten Teil ein Rechtsanspruch, der aber nicht liquidiert werden kann, weil eben Kleinrentner seinerzeit gezwungen ~~wurden~~ <sup>gewesen</sup> sind, ihre Wertpapiere ohne Bestätigung abzuliefern. Stadtrat Breitner hat weiters gesagt, dass die Verhältnisse beim Bund gegenüber den Verhältnissen bei der Gemeinde keinen Vergleich aushalten können. Dem Bund sind alle wirklichen Aktiven verloren gegangen. Die Erfolge der Kriegsanleihe, das Arsenal, Wöllersdorf und so weiter wurden in gemeinwirtschaftliche Anstalten umgewandelt, die glauben, durch eine gemeine Wirtschaft ihren Namen entsprechen zu müssen. Sie waren für den Bund keine aktiven, sondern zehrende Posten. Um sie aufrecht erhalten zu können, musste ihnen der Bund grosse Summen als Betriebskapital zur Verfügung stellen. Heute hat der Bund das Nachsehen bei der Gemeinde Wien ist das ganz anders. Die Werke aus den städtischen Anleihen sind heute Hochaktiv-Posten. Wie zum Beispiel die Wasserleitung, die Gaswerke und die Strassenbahn es sind. Das sind Werte, die eine hohe Funktion ausüben, das sind Werte, die den Kredit wesentlich stützen, das sind Werte, die in ihrer Grösse unschätzbar sind; denn es ist unmöglich, sich auszudenken, in gegenwärtigen Verhältnissen eine zweite Wasserleitung herzustellen. Die Gemeinde ist daher Schuldkönigin in Goldkronen, denn sie hat restlos Goldwerte zur Verfügung, während der Bund nichts anderes hat als das grosse Heer der Kriegsinvaliden, Kriegerwaisen und Kriegerwitwen, für die ein Aufwand von neunzig Millionen Schilling nötig ist.

Beim Bund wird für die Kleinrentner schon seit Jahren eine Aktion durchgeführt. Für diesen Zweck wurden bis heute per Jahr 40 Milliarden Kronen zur Verfügung gestellt und heute wurde dieser Betrag auf achtzig Milliarden erhöht. Das ist das achtfache des Betrages, den auszuwerfen sich die Gemeinde entschloss, vorausgesetzt, dass der Betrag überhaupt zur Verwendung kommt. Stadtrat Breitner hat davon auch gesprochen, dass die Gemeinde weit früher als der Bund mit der Aufrufung der Anleihen begonnen hat. Auch der Bund hat schon 1920 die Kriegsanleihen zum Steuerzahlen gelten lassen. Ebenso wurde ein gewisser Betrag bei der Vermögensabgabe angenommen und bei Käufen während der Sachdemobilisierung ebenfalls mit Kriegsanleihe gezahlt werden. Der grösste Teil der Kriegsanleihen wurde schon vor der Inflation eingelöst. Ein Unterschied zwischen dem Bund/der Gemeinde besteht darin, dass der Bund über die Einlösung von Kriegsanleihen Bestätigungen ausgegeben hat. Das ist ein gewaltiger Unterschied. Wir haben dasselbe auch immer wieder von der Gemeinde verlangt. Es wurde aber immer wieder abgelehnt, und erst, als nur mehr ein ganz kleiner Teil noch draussen war, gab auch die Gemeinde Bestätigungen über Einlösung von Gemeindeanleihen. Was heute nun geschieht ist eine Sache deren Bedeutung nicht bestritten werden soll. Wir werden daher für die Vorlage stimmen.

Wir haben aber hinsichtlich der Zusammensetzung der Kommission einen Wunsch. In dem Antrag heisst es, dass die Kommission aus sechs Gemeinderäten und einem Vertreter des Verbandes der Kleinrentner bestehen soll. Es ist nicht zu verstehen, warum das Vertretungsrecht der Kleinrentner nur auf den Zalmanverband beschränkt werden soll. (Rufe bei den Mitgliedern der Einheitsliste: Sehr richtig!) Die Gründe hierfür scheinen nur parteipolitischer Natur zu sein. Der Zalmanverband hat Ihnen bei den Wahlen Schützenhilfe geleistet und die Gemeinde soll jetzt für das Zugreifen der Kleinrentner zum Zalmanverband diesem ihre Schützenhilfe leihen. Eine Hand wäscht heute die andere. Wenn Ihre Partei gegenüber dem Zalmanverband Ver-

bindlichkeiten hat, so soll diese auch Ihre Partei honorieren. Wir könnten uns damit einverstanden erklären, dass die Kommission nur aus sechs Mitgliedern des Gemeinderates bestehen soll. Aber wir können nicht zustimmen, dass das Recht, das dem Zalmanverband gegeben wird, den anderen Kleinrentnerorganisationen vorenthalten wird. Ich stelle daher den/Antrag, dass der Kommission drei Vertreter der Kleinrentnerorganisationen beigezogen werden sollen. Ich bitte aber um eine getrennte Abstimmung, da wir nicht in der Lage sind, für die/Berufung eines Vertreters des Zalmanverbandes in die Kommission zu stimmen. (Starker Beifall bei der Minderheit).

G. R. Pfeiffer (E. L.) erklärt, für die Vorlage und für den Antrag des Gemeinderates Kunschak zu stimmen.

In seinem Schlusswort erklärt Stadtrat Breitner, dass die Kleinrentneraktion des Bundes eine Wohlfahrtsaktion ist, die keine Systematik habe. Bezüglich der Vertretung der Kleinrentner in der Kommission erklärt er, dass der Kleinrentnerverband schon seit Jahren bestrebt sei, die Aufwertung der städtischen Anleihen zu erlangen. In dieser Beziehung war der Kleinrentnerverband beispielgebend und hat sich damit ein moralisches Anrecht auf die Vertretung in der Kommission erworben. Die anderen Organisationen der Kleinrentner haben niemals bei der Gemeinde interveniert. Es geht gewiss nicht an, dass man sich von anderen die Kastanien aus dem Feuer holen lässt und dann Forderungen stellt. (Beifall bei der Mehrheit).

Die Vorlage wird einstimmig angenommen, der Antrag des Gemeinderates Kunschak abgelehnt.

St. R. Breitner berichtet über die Uebernahme einer Zinshaftung der Gemeinde Wien für Kredite an Gewerbetreibende und Kaufleute. Er erklärt, dass die Entwicklung der Zinssätze als Folge der Geldentwertung insbesondere den kleinen Gewerbetreibenden hart getroffen hat. Zinssätze von dreissig bis vierzig Prozent waren vor gar nicht langer Zeit etwas ganz gewöhnliches und noch heute müssen dreizehn Prozent Mindestzinssätze den Banken bezahlt werden. Es ist für den kleinen Gewerbetreibenden heute überhaupt schwer einen Kredit zu erträglichen Zinsen zu bekommen. Die Gemeindeverwaltung will daher helfend eingreifen und es soll nun an kleine Gewerbetreibende und Kaufleute ein langfristiger Kredit zu sechs Prozent Zinsen durch den Kreditverein der Zentralsparkasse gewährt werden. Die Gemeinde wird dafür bürgen, dass der Zinsfuß bis Ende 1929 unverändert mit netto sechs Prozent bleibt, so dass, wenn etwa zwingende Gründe die Zentralsparkasse veranlassen, den Zinsfuß zu erhöhen, die Gemeinde die Lasten trägt. Man kann heute nicht berechnen, in welchem Ausmass das Budget der Gemeinde durch diese Zinshaftung belastet wird. Aber es ist wieder ein Stück Aufbauarbeit, die hier vollzogen wird. (Beifall bei der Mehrheit).

G. R. Kunschak (E. L.): Der Antrag ist an sich gewiss sehr begrüssenswert. Im Hinblick auf den Antragsteller und seine Politik verliert aber die Vorlage sehr an Bedeutung. Wir stellen mit Genugtuung fest, dass nun die Zentralsparkasse, sich dazu entschliesst, das Werk/Dr. Luegers in den Aufgabenkreis der Zentralsparkasse eingebaut hat, auszugestalten. Es ist immerhin eine nennenswerte Sache, wenn bis Ende 1929 den Gewerbetreibenden eine solche grosse Summe zu einem Zinsfuß von netto sechs Prozent geliehen wird.

Wenn wir die Frage vom allgemeinen Gesichtspunkt betrachten, dann allerdings müssen wir sagen, dass sich hier ein wenig erbauliches Schauspiel vollzieht. Mit einer Hand wird kräftig zugegriffen und mit der anderen Hand werden doch nur Brosamen gegeben.

Es ist eine Tatsache, dass in unserem Produktionsleben ein ganz ausserordentlicher Kreditbedarf fühlbar ist. Woher kommt diese Geldarmut in unserem Gewerbe- und Industriekreisen? Die Beantwortung dieser Frage liegt zum grössten Teil in der Steuerpolitik, wie sie von der Gemeinde gehandhabt wird. In den letzten Tagen hat in Wien der frühere reichsdeutsche Finanzminister gesprochen. Er war in der Koalition zwischen Zentrum und Sozialdemokratie Finanzminister, also in einem Kabinett, in dem die Sozialdemokraten eine führende Rolle gespielt haben. Daher muss seine Finanzpolitik auch die volle Billigung der Sozialdemokraten gefunden haben, denn sonst wäre der Mann ja unmöglich gewesen. In seiner Rede hat er nun mitgeteilt, dass alles auf die Karte der Hebung der Volkswirtschaft gesetzt werden musste und zwischen ordentlichem und ausserordentlichem Budget strenge Unterschiede wurden. Für wertvermehrnde Investitionen durften laufende Einnahmen nicht verwendet werden. Grundsatz war, dass bei einem schlechten Wirtschaftsleben lieber ein Defizit im Staatshaushalt mit in den Kauf genommen werden musste als ein Ueberschuss. Wir haben, sagte der reichsdeutsche Finanzminister, unter grossen Widerständen die Börsenumsatzsteuer halbiert, mit dem Erfolg, dass ihr Ertrag sich verdoppelt hat. Es ist übrigens interessant, dass die reichsdeutschen Sozialdemokraten für die Herabsetzung der Börsenbesuchsabgabe waren (Hört! Hört!, bei den Mitgliedern der Einheitsliste).

Diese Grundlinien finden wir in der Wiener Finanzpolitik nirgends vor. Ueberall das schroffste Gegenteil. Ueberall das Bestreben aus der Wirtschaft Ueberschüsse herauszupressen ohne Rücksicht darauf, ob das der Wirtschaft frommt oder sie schwer schädigt. Während der reichsdeutsche Finanzminister mit Zustimmung der Sozialdemokraten eine Finanzpolitik machte, die sich darauf beschränkt nur das Gleichgewicht im Staatshaushalt herzustellen, sehen wir hier in Wien das Bestreben Aktiven anzuhäufen und Investitionen in grössten Umfang aus laufenden Einnahmen zu bestreiten. Sie haben im Jahre 1923 bereits 63,6 Millionen Schilling Ueberschuss verzeichnet. Im Jahre 1924 waren es 28,4 Millionen und 1925 wieder 56,5 Millionen. Sie haben also in den drei Jahren im Durchschnitt eine Mehrleistung aus der Wirtschaft herausgepresst, die sie jetzt der Wirtschaft zur Verfügung stellen wollen, nur muss sie ihr eigenes Kapital mit sechs Prozent verzinsen. Da wäre es doch klüger gewesen, die 56 Millionen Schilling im Jahre 1925 der Wirtschaft zu belassen, sie nicht arm zu machen und jetzt nicht den Grandseigneur zu spielen (Zustimmung bei der Minderheit). Der Glaube an Ihre Gewerbefreundlichkeit kann also in uns nicht aufkommen. Bis Ende 1926 haben Sie nur an Wohnbauten allein 2058 Milliarden Kronen aus den laufenden Steuern herausgenommen und in Realwerte umgesetzt. Im Durchschnitt haben Sie in den Jahren Ihrer Herrschaft rund 1500 Milliarden Kronen jährlich aus der Wirtschaft herausgezogen. Das ist dreimal so viel, als Sie für Kredite an Gewerbetreibende jetzt in einem Jahr zur Verfügung stellen. An dieser Tatsache gemessen schrumpft diese Hilfe ganz gewaltig zusammen. Für die nächsten fünf Jahre wollen Sie aber genau dasselbe tun. Sie wollen für Neubauten allein 1200 Milliarden jährlich aus den Steuergeldern für Wohnungsbauten herausnehmen, weit mehr als das Doppelte dessen, was Sie auf dem Wege der Kreditgewährung wieder der Wirtschaft zuführen. Man kann ruhig sagen, es wäre viel mehr dem Gewerbe geholfen, wenn Sie sich entschlossen, die Grundsätze einer Steuerpolitik zu befolgen, nach der man in Zeiten wirtschaftlicher Depression keine Ueberschüsse herauspresst. Sie brauchen nur eine Wohnbauleihe aufnehmen und sind in der Lage Ihr Wohnbauprogramm durchzuführen, aber die gesamte Fürsorgeabgabe aufzulassen. Dann hätten Sie für das Gewerbe und die Industrie weitaus mehr getan.

Die Kreditnot ist vielfach auch darauf zurückzuführen, dass unser Gewerbe mangelnden Absatz aufweist. Auch der stark reduzierte

Warenumsatz kann nicht gelehrt werden. An der letzteren Erscheinung ist die Politik Ihrer Partei gewiss nicht so unschuldig, wie sie das vor den Wahlen hingestellt hat. Ihre Produktivgenossenschaften und Konsumvereine sind die schärfste Konkurrenz für die Gewerbetreibenden und Kaufleute. Die Gemeinde führt diesen Kampf aber auch noch mit ihrem Geld. Der einfache Kaufmann muss die Fürsorgeabgabe zahlen, die GÖC und der Wiener Konsumverein sind davon befreit. Mit vier Prozent ist also jede Lohnkrone bei den Gewerbetreibenden und Kaufleuten belastet. In allen grösseren Neubauten werden von vornherein auf Kosten der Befriedigung des Wohnbedarfes grosse Lokale für die Konsumvereine bereitgestellt. Mit öffentlichen Mitteln werden also die Konsumvereine gegen den bodenständigen Kaufmann gefördert. Diese Politik muss zur Verarmung unserer Wirtschaft führen. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

G.R. Hernstein (soz. dem.) erklärt, dass die Kreditbeschaffung für das Kleingewerbe zu den wichtigsten wirtschaftlichen Fragen dieser Bevölkerungsschicht gehört. Das Kleingewerbe führt heute einen schweren Kampf um seine Existenz. Die Grossindustrie, die den grossen Auslandsmarkt vielfach verloren hat, will sich den inländischen Markt erobern und steht in schärfster Konkurrenz mit dem Gewerbebestand. Wenn nun die Gemeindeverwaltung diese kleinen Gewerbetreibenden durch die Gewährung von Krediten zu so günstigen Bedingungen unterstützt, so kann dies mit Fug und Recht als eine grosse soziale Tat bezeichnet werden (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit). Der Kreditverein der Zentralsparkasse ist heute die einzige Stelle, an die sich der Gewerbetreibende vertrauensvoll wenden kann. Im Jahre 1913 hatte dieser Verein nur 316 Mitglieder, jetzt zählt er bereits 4138. Die unparteiische Führung des Kreditvereines bürgt uns dafür, dass hier wirklich mit den Geldern der Gemeinde weise gewirtschaftet werden wird und zugleich der Gewerbetreibende und der Kaufmann die ersehnte Hilfe findet. Wenn Herr Gemeinderat Kunschak wieder das alte Lied von der schlechten Steuerpolitik der Gemeinde gesungen hat, so kann man darauf nur antworten, dass der Gewerbebestand von den Gemeindesteuern absolut nicht so bedrückt wird, wie von den Bundessteuern (Gelächter bei der Minderheit).

G.R. Bermann (soz. dem.): Mit dem Verlagsheftlichen kommen Sie über diese Wahrheit nicht hinweg!

G.R. Hernstein: Die Arbeit der Gemeindeverwaltung, insbesondere das grosse Wohnbauprogramm gibt tausenden selbstständigen Existenzen die Lebensmöglichkeit. Die Gemeinde Wien ist es, die den Gewerbetreibenden durch die Sicherung des Mieterschutzes überhaupt das Dasein ermöglicht (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit). Die Genossenschaft der Schuhmachermeister, die rund 6000 Mitglieder zählt, hat eine Erhebung über die Steuerleistung ihrer Mitglieder angestellt und es hat sich ergeben, dass fünftausend Meister überhaupt keine städtische Abgabe zu zahlen haben! Wenn Sie heute erklärt haben, für diese Kredite zu stimmen, so nur deshalb, weil Sie nicht anders können. Das Organ der Einheitsliste, die heutige Reichspost, spricht sich gegen diese Kredite aus. Auch die kleinen Gewerbetreibenden haben Ihre Demagogie, die Sie dreissig Jahre lang geübt haben, durchschaut und Ihnen am 24. April die richtige Antwort gegeben. Die Gewerbetreibenden fragen sich heute, warum der Bund nichts für den Gewerbebestand macht, dafür aber Billionen in Spekulationen verpulvert werden. Die Gemeinde Wien hat dem Gewerbebestand wirklich praktisch geholfen, wir sind überzeugt, dass wie diese Arbeit, wenn es die Verhältnisse gestatten verstärkt fortgesetzt wird. Die heutige Vorlage ist wieder ein Beweis der praktischen Gewerbeförderung der sozialdemokratischen Gemeinderatsmehrheit und darüber werden auch Sie mit Ihrer Demagogie nicht hinwegkommen (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit).

GR. Eiber (Einheitsliste) kritisiert verschiedene Behauptungen des Gemeinderates Hernstein und erklärt schliesslich, dass die Kreditgewährung an die Gewerbetreibenden eine Angelegenheit des Kreditvereines der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien ist. Der Kreditverein ist die Verpflichtung eingegangen, den Gewerbetreibenden Krediten zu verhältnismässig geringfügigen Zinsfuss zu geben, und damit der Kreditverein diese Verpflichtung einhalten kann, wird die Vorlage beschlossen. Der Redner bemängelt dann noch die parteimässige Behandlung der Gewerbetreibenden bei der Gewährung von Krediten und schliesst seine Ausführungen mit der Forderung, dass der Skandal aufhören müsse, mit öffentlichen Mitteln Parteizwecke zu unterstützen.

GR. Merbaul (Einheitsliste) wendet sich gegen die Behauptung des Gemeinderates Hernstein, dass die Gewerbetreibenden von den Gemeinleabgaben nicht betroffen werden. Der Redner erklärt, dass das Wiener Gewerbe von den Breitnersteuern nicht nur betroffen wird, sondern sogar zugrunde gerichtet wurde. Ein Gewerbetreibender ist sogar in Unterhosen (Lärm) ins Rathaus gekommen und hat gesagt: Löst mir mein Gewand aus! Er hat es versetzen müssen. Das ist die Gewerbefreundlichkeit der sozialdemokratischen Gemeindeverwaltung.

Es hat allen Anschein, dass die Kreditgewährung an die Gewerbetreibenden parteipolitisch verwertet werden wird. Das ist schon daraus zu ersehen, dass die Genossenschaften ausgeschaltet wurden, während mit den Winkelvereinen, den sozialdemokratischen Fachvereinen verhandelt wird. Eine richtige Gewerbebeförderung kann nur eine Steuererleichterung sein, diese Aktion aber bedeutet nicht mehr als einen Tropfen auf einen heissen Stein.

GR. Ellend (E.L.) beschäftigt sich ebenfalls in längeren Ausführungen mit der Vorlage. Er richtet an StR. Breitner die Frage, warum er jetzt so plötzlich sein Herz für die Gewerbetreibenden entdeckt habe. Vor den Wahlen hat Breitner auf die Forderungen der Gewerbetreibenden nicht geantwortet, in der Versammlung in der Volkshalle hat er mit Hohn und Spott der Gewerbetreibenden gedacht, er ist auf ihre Forderungen nicht eingegangen, dafür aber hat er den Mittern die Windeln versprochen. Die Sozialdemokraten betreiben nur Parteipolitik. Wenn die Stadtverwaltung das Gewerbe wirklich fördern wollte, so müsste sie statt der Parteipolitik eine Volkswirtschaftspolitik betreiben.

St. R. Breitner erwidert, dass die Fixierung des Zinssatzes bis Ende 1929 für die Gewerbetreibenden eine grosse Beruhigung sei. Sie können jetzt investieren, weil sie wissen, dass sie für das gekiehene Geld für einige Jahre einen festen, unverrückbaren Zinsfuss zu leisten haben. Es ist auch davon gesprochen worden, dass einige Fachvereine und der Finanzreferent mit der Vergebung der Kredite zu tun haben. Das ist ganz unrichtig. Nach wie vor wird der Kreditverein, eine Gründung der Zentralsparkasse diese Kredite verleihen. Die Verwaltung des Kreditvereines besteht aus zwanzig gewählten Mitgliedern. Davon gehören nicht weniger als neun der christlichsozialen Partei an. Wir haben dort nicht einmal den Proporz angewendet. Die Verwaltung ist dort nicht so, dass die Minderheit nur kontrolliert, sondern sie ist für alles mitverantwortlich. Der frühere christlichsoziale Bezirksvorsteher Wieninger vertritt dort den Obmann. Es ist also ganz unakässig, wenn hier auch nur die Mutmassung ausgesprochen wird, dass irgend wie parteipolitisch vorgegangen werden könnte.

Ueber den Rahmen der Vorlage ist auch von der Minderheit das Steuersystem der Gemeinde erörtert worden. Es ist doch nicht so, dass vor dem Krieg jeder Gewerbetreibende Gehilfen gehabt hat. Das Wesen der Gewerbetreibenden ist ja, dass sie meist allein oder mit einer bescheidenen Zahl von Gehilfen arbeiten. Gewiss ist das Steuerzahlen kein Vergnügen, aber das war es auch vor dem Kriege nicht. Gegenüber dem Abbau des Mieterschutzes spielen die Gemeindesteuern für den Gewerbebestand gar keine entscheidende Rolle. Wäre der christlichsoziale Antrag Meiner-

Fink wirksam geworden, dann würden vom 1. August an die Geschäftsleute bereits den sechstausendfachen Zins zahlen und Ende 1928 würde nach christlichsozialem Wunsch gerade für die Geschäftslokale und Werkstätten jeder Mieterschutz aufhören.

G.R. Müller (E.L.) Was ist, wenn wir an Deutschland abgeschlossen werden?

St.R. Breitner: Ich weiss auch nicht, was es dann mit den Ehegesetzen sein wird. Wenn aber der Anschluss kommt, dann ist es klar, dass ein so grosses Wirtschaftsgebiet, wie das deutsche Reich ganz andere wirtschaftliche Kräfte entfalten kann, wie das kleine Oesterreich. Das wird in der Zollpolitik eine grosse Rolle spielen, es wird unsere Arbeitslosigkeit gewiss zurückgehen und Wien seine grosse Bedeutung als Handelsstadt wieder gewinnen. Bei den heutigen Löhnen ist es aber unmöglich 25 Prozent davon in den Zins einzubauen. Wir können uns heute kein Bild davon machen, wie dieser Zusammenschluss der beiden Staaten sich wirtschaftlich auswirken wird.

Was die Fachvereine des sozialdemokratischen Verbandes der Gewerbetreibenden anlangt, so kann ich nur sagen, dass in Zukunft diese Vereine sich noch stärker bemerkbar machen werden. Dies ist auch begreiflich, denn der Gewerbe-Genossenschaft, der ein Zwangsverband ist, hat sich vor den Wahlen restlos in den Dienst der Christlichsozialen gestellt.

GR. Ellend (E.L.): Weisen Sie mir einen Fall nach!

StR. Breitner: Ich weise Ihnen einen Aufruf nach, der von Ihnen als Präsident des Gewerbe-Genossenschaftsverbandes unterschrieben ist und zur Wahl der Einheitsliste auffordert. Sie werden in keiner Genossenschaft Ruhe finden, solange Sie dort politisch tätig sind. Wir werden Ihnen zeigen, dass diese stärksten Festungen, die Sie heute noch haben, sehr bald viele Risse und Sprünge aufweisen. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit.)

Wenn heute wieder Dr. Lueger zitiert wurde, weil er die Zentralsparkasse gegründet hat, so wollen wir keineswegs die Verdienste dieses Mannes schmälern. Aber dieses Institut würde nicht mehr bestehen, wenn wir es nicht in der schwersten Zeit nach den Grundsätzen einer soliden Geschäftsgebarung verwaltet hätten.

GR. Huber (E.L.): Das hat das Statut nicht zugelassen.

StR. Breitner: Das Statut der Postsparkasse hat auch viel nicht zugelassen, was dort geschehen ist.

GR. Ellend (E.L.): Wer hat die Wechsel unterschrieben, die in der Postsparkasse gelegen sind?

StR. Breitner: Es ist überhaupt schlecht um eine Sache bestellt, wenn man immer nur auf die Vergangenheit verweisen muss. Lueger ist im Jahre 1910 gestorben und seit dieser Zeit hat sich vieles geändert. Wir gehen neue Wege, so wie Lueger unter dem Widerspruch der Liberalen neue Wege eingeschlagen hat. Würde damals der Ausdruck Bolschewismus schon existiert haben, die liberalen Zeitungen hätten ihm sicherlich gegenüber Lueger angewendet.

GR. Danneberg (Soz. Dem): Lesen Sie nur die damalige Neue Freie Presse, Ihr heutiges Organ!

GR. Stöger (E.L.): Lesen Sie nach, was Pernerstorfer über Sie geschrieben hat!

GR. Danneberg: Nach der Blamage vom 24. April müssten Sie sich verkriechen!

GR. Ellend (E.L.): Sie wohnen jetzt im Botschafertviertel und wir noch in den Vororten!

31 Mai

~~12~~

## Fünfter Bogen

GR. Kohl (Soz. Dem.): Gemeiner Kerl!

Bei diesen Worten entsteht auf den Bänken der Minderheit grosser Lärm. Viele Mitglieder der Partei der Einheitsliste verlassen ihre Plätze und begeben sich auf die rechte Seite des Saales. In dem grossen Lärm kann man die gegenseitigen Rufe nicht verstehen. GR. Preyer (E. L.) bearbeitet ununterbrochen seine Lade, was den Lärm steigert. GR. Iser (Soz. Dem.) schreit ununterbrochen: Der Stöger kann uns nicht beleidigen! Endlich gelingt es dem Vorsitzenden, GR. Linder, die Ruhe herzustellen. Er teilt mir, dass ihm berichtet wurde, dass Rufe, wie „gemeiner Kerl“ und „Gesellschaft“ gefallen seien. Er müsse diese Ausdrücke als unparlamentarisch rügen.

StR. Breitner setzt nun seine Rede fort: Es wurde hier der deutsch Reichsfinanzminister Reinhold zitiert. Seine Meinung ist uns nicht neu:

Es ist eben ein Bürgerlicher, der selbstverständlich in seinem Urteil über unsere Finanzpolitik sich nicht von den anderen Bürgerlichen unterscheidet. Ihm gefällt unsere Verwaltung so wenig, wie sie unserem Finanzminister Dr. Kienböck gefällt. (Labhafter Beifall bei der Mehrheit). Wir brauchen hier keine Koalition, weil wir durch die politischen Machtverhältnisse nicht genötigt sind, eine verwaschene Finanzpolitik zu machen, sondern wir machen hier unsere gesunde sozialdemokratische Politik. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit). Es darf nicht sein, dass wie früher, nach verlorenen Kriegen, die öffentlichen Verwaltungen die Hauptlasten zu tragen hatten. Früher hat man nach einem verlorenen Krieg die Staatsbahnen dem Privatkapital verköpft, um sie nach Jahrzehnten mit ungeheuren Opfern und fetten Gewinnen für die Kapitalisten aus den Geldern des Volkes wieder zurückzukaufen. Wir sind der Meinung, dass die öffentlichen Körperschaften eine solche Politik mitmachen dürften. Wir sehen erst jetzt wieder, wie unerwünscht es wäre, wenn wir von diesem internationalen Finanzkapital abhängig wären. Wir haben deshalb keine Wohnbauleihe aufgenommen und es fällt uns gar nicht ein eine solche Anleihe jetzt aufzunehmen; wir werden ganz genau so wirtschaften wie bisher. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit).

Niemals sind wir über die Wünsche des Gewerbestandes zur Tagesordnung übergegangen. Wir werden aber uns auch nicht unsere Gewerbepolitik von den Nachtlokalbesitzern, Bars und Heurigenstuden vorschreiben lassen.

GR. Biber (E. L.): Das ist eine gemeine Beleidigung des Gemeinderates! Gemeinheit sondergleichen! Unerhört!

StR. Breitner: Der Herr Kollege Biber kann mich nicht beleidigen! (Labhafter Beifall bei den Sozialdemokraten).

GR. Biber schreit ununterbrochen: Bodenlose Gemeinheit! Wir sind die Vertreter der Nachtlokalbesitzer! Eine solche Gemeinheit!

StR. Breitner: Schreien Sie nur so weiters, Sie haben mich ja gar nicht verstanden! Im übrigen stelle ich fest, dass an der Steuerpolitik der Gemeinde...

Hier setzt nun bei der Minderheit ein ungehobener Lärm ein.

GR. Preyer (E. L.) schreit: Wir lassen uns nicht terrorisieren!

Sonst ist in dem grossen Tumult kein Zwischenruf verständlich. Stadtrat Breitner versucht wiederholt seine Rede fortzusetzen und auch der Vorsitzende bemüht sich die Ruhe durch ununterbrochenes Läuten herzustellen, aber der Lärm hält ununterbrochen an. Man hört nur manchmal die laute Stimme des Gemeinderates Preyer: Gemeine Lüge! Strassenräuber!

Als etwas Ruhe eingetreten ist, ruft StR. Speiser: Wenn Sie das so fort machen, dann wird von Ihnen auch niemand mehr reden!

Diese Worte entfesseln bei der Minderheit neuerlich einen Sturm. Man hört insbesondere die GR. Doppler und Preyer rufen: Diese Einschüchterungsversuche sind vergeblich! Die Gewerbetreibenden sind keine Nachtlokalbesitzer. Erst den vereinten Bemühungen der Gemeinderäte Zimmerl, Speiser

und Hofbauer gelingt es, halbwegs die Ruhe wieder herzustellen, so dass StR. Breitner seine Rede beenden kann. Er schliesst mit den Worten: Die Steuerpolitik der Gemeinde Wien ist wahrhaftig anlässlich der Wahlen gründlich erörtert worden. Wenn wir am 24. April einen Stimmenzuwachs von 120.000 errungen haben, so ist es ein geradezu kindisches Beginnen, wenn Sie uns von unserer Steuerpolitik abbringen wollen. Wir werden davon nicht um Haarsbreite abweichen! (Stürmischer, langanhaltender Beifall bei der Mehrheit.)

Die Vorlage wird einstimmig angenommen. Als Breitner den Referententisch verlässt, bereiten ihm die Sozialdemokraten lebhaftere Ovationen.

GR. Lötsch referiert über den Tausch, dass von zwei Baustellen der Gemeinde Wien in der Engerthstrasse gegen zwei andere Baustellen der Firma Bunzl & Biach in der Wohlmutstrasse.

Der Antrag wird ohne Debatte genehmigt.

Vizebürgermeister Emmerling referiert nun über die Anschaffung von fünfzig Autobussen, sowie von zwei Autobusgaragen, wozu ein Sachkredit von fünf Millionen Schilling notwendig ist. Die Strassenbahn und Stadtbahn haben in der letzten Zeit eine sprunghafte Entwicklung durchgemacht. Die Zahl der Fahrgäste stieg von fünfhundert Millionen im Jahre 1925 auf sechshundert im Vorjahr und wird auch heuer weiter ansteigen. Ebenso ist die Zahl der Fahrgäste im Kraftstellwagenverkehr gestiegen. Sie betrug im Jahre 1925 8.6 Millionen, im Jahre 1926 9.3 Millionen Kronen und wird heuer schätzungsweise auf elf Millionen ansteigen. Um diesen Verkehr bewältigen zu können, müsste der Strassenbahnverkehr noch weiter verdichtet werden. Die Verdichtung hätte aber nur den Erfolg, dass eine Reisegeschwindigkeit erreicht werden würde, von der die Bevölkerung nichts hätte.

Deshalb sollen, wie es im Programm vorgesehen ist, 150 Autobusse in den Verkehr gestellt werden, um den Verkehrsverhältnissen entsprechen zu können. Vorläufig werden fünfzig Autobusse in den Verkehr gestellt. Es sind drei Linien in Aussicht genommen. Eine Linie über die Mariahilferstrasse durch die Burg über den Graben, Salztorbrücke in die Leopoldstadt. Die zweite vom Elterleinplatz auf die Landstrasse bis zur Barichgasse und die dritte Linie soll von der Volksoper durch die Stadt zum Südbahnhof geführt werden. Die Linien werden in Intervallen von drei bis sechs Minuten geführt werden. Der jetzige Autobusverkehr bleibt selbstverständlich aufrecht. Die baulichen Verhältnisse der Inneren Stadt machen auch erforderlich, dass die Zukunft des Verkehrs nur dem Autobus, der das beweglichste Verkehrsmittel ist, gehören kann. Dem Autobusverkehr muss selbstverständlich in der Zukunft der gesamte andere Verkehr angepasst werden.

GR. Zimmerl (E. L.) protestiert gegen die Behandlung des abgetretenen Gemeinderates, gegen die Zumutung, die man an den neuen Gemeinderat stellt, gegen die missbräuchliche Anwendung des § 96 der Verfassung, gegen die missbräuchliche Anwendung des § 102 durch den Stadtsenat und schliesslich gegen die missbräuchliche Anwendung des § 7 des Organisationsstatutes der städtischen Unternehmungen.

Der Gemeinderat wurde seinerzeit Ende März einberufen. Für diese Gemeinderatssitzung standen 48 Geschäftsstücke auf der Tagesordnung. Die Sitzung wurde aber nicht abgehalten. Dann wurde für den 1. April der Landtag einberufen, an dem sich eine Gemeinderatssitzung anschliessen sollte. Das ist aber auch nicht geschehen. Diese Tagesordnung enthält nur Rückstände. Der Nationalrat hat weiter getagt, die Landtage, ja sogar die Bezirksvertretungen. Nur der Gemeinderat nicht. Weshalb? Sie konnten vor den Wahlen keine sachliche Kritik vortragen. Nun haben Sie dem Gemeinderat zugemutet, 166 Geschäftsstücke in einer Sitzung zu erledigen. Das geht denn doch nicht. Der Gemeinderat darf nicht als Abstimmungsmaschine verwendet werden. (Zustimmung bei der Minderheit)

Der § 96 wurde in 43 Fällen angewendet. Er ist nur in dringenden Fällen anzuwenden, in Fällen, wo der Gemeinderat nicht einberufen werden kann. Das war aber nicht der Fall, denn der Gemeinderat

### Siebenter Bogen.

konnte einberufen werden und der Gemeinderat war auch arbeitsfähig. Er wurde trotzdem angewendet und deshalb ist diese Anwendung durch den Herrn Bürgermeister ein Missbrauch wie es einen ärgeren Missbrauch auch in der Monarchie mit dem § 14 nicht gegeben hat. Ebenso verhält es sich mit dem § 102 und mit § 7 des Organisationsstatutes der städtischen Unternehmungen. Die ~~sachen~~ überhaupt schon was sie wollen bis heute wurden noch nicht ihre Bilanzen für das Jahr 1927 vorgelegt. Das ist ein Missbrauch der Verfassung, das ist ein Missbrauch der Amtsgewalt (Zustimmung bei der Minderheit).

Der Redner spricht sodann zur Vorlage und über das Wesen der Bankkredite, die <sup>er</sup> als ein gemütliches Kontokorrentverhältnis bezeichnet. Er schliesst seine Ausführungen mit der Bemerkung zu den Sozialdemokraten, dass die Minderheit den Sozialdemokraten die Fortsetzung dieser Wirtschaft nicht leicht und bequem machen werde.

GR. Altmayer (E.L.) protestiert über die Behandlung, die die Gemeinderäte im Ausschuss für städtische Unternehmungen finden. Er verlangt die Fortführung der geplanten Autobuslinie auf der Landstrasse bis zum Zentralviehmarkt und die Inbetriebsetzung einer Linie vom Nordbahnhof - Aspangbahnhof zum Süd- und Ostbahnhof. Auch wäre ein Umsteigerverkehr im Kraftstellwagenbetrieb schon eine dringende Notwendigkeit.

GR. Höppel (E.L.) spricht sich in längeren Ausführungen für die Schaffung einer Verkehrslinie ins Liebhartstal aus, das vom Verkehr gänzlich abgeschlossen ist. Schon 1914 war eine Strassenbahnlinie ins Liebhartstal vorgesehen. Bis heute aber wurde dieses Projekt nicht verwirklicht. Er stellt daher den Antrag auf Verlängerung der Strassenbahnlinie von der Endstation Schottenhof in Ottakring ins Liebhartstal und bis zu deren Durchführung soll ein entsprechender Autobusverkehr ins Liebhartstal geführt werden.

G.R. Stein (soz. dem.) erklärt, dass diese Vorlage nicht nur verkehrstechnisch, sondern auch volkswirtschaftlich von grosser Bedeutung ist. Durch die Bestellung von fünfzig Autobussen bekommt die Automobilindustrie die erwünschte Arbeitsgelegenheit. Es sei töricht, wenn die Minderheit immer wieder gegen die Aufbauarbeit der Gemeinde raune. Tatsache ist, dass das Privatkapital vollständig versagt, weshalb die öffentlichen Körperschaften eingreifen müssen. Öffentliche Aufträge, das ist heute die einzig richtige Wirtschaftspolitik. Es sei aber geradezu kindisch, wenn für die Wirtschaftskrise in Wien die Breitnersteuern verantwortlich gemacht werden. Sind vielleicht die acht Millionen Arbeitslosen in Europa eine Folge der Breitnersteuern? Wurde die Weltwirtschaftskonferenz wegen der Breitnersteuern einberufen. Damit machen Sie sich nur lächerlich und Sie sollten niemals vergessen, dass es Ihr Krieg ist, der diese Zustände verschuldet hat. Wir haben in der allgemeinen Hoffnungslosigkeit, Sie und Ihre Klassengenossen besteuert, damit die breite Masse Arbeit und Verdienst bekommt. Sie müssen naturgemäss gegen diese Politik sein, weil Sie die Interessen einer anderen Klasse, der kapitalistischen vertreten (Lebhafter Beifall).

G.R. Scholz (E.L.) wünscht, dass die Wagentypen vorgelegt werden soll. Eine Zeichnung wäre gewiss ohne grosse Schwierigkeiten zu machen gewesen. Die Minderheit begrüsst diese Aktion. Es soll aber die Mehrheit keineswegs sich einbilden, dass damit grosses geschaffen wird. Es werden fünf Millionen Schilling für neue Autobusse ausgegeben aber die Gemeinde hat die Autoindustrie durch die Steuern umgebracht. Schliesslich regt Redner an, dass eine direkte Linie von Floridsdorf zur Südbahn geführt werden soll, weil heute nach Floridsdorf nur eine einzige Strassenbahnverbindung besteht.

G.R. Merbaul (E.L.) wünscht, dass auch Margareten eine Autobuslinie bekommt. Früher hat der Bezirk eine solche Linie gehabt, sie wurde aber eingestellt. Es würde gewiss allgemein begrüsst werden, wenn eine Linie von der Oper über die Wiedner-Hauptstrasse zum Matzleinsdorferplatz geführt werden könnte. Redner appelliert an den Gemeinderat

Stein, der seiner Meinung nach über alles mögliche gesprochen hat, nur nicht über die Verkehrsbedürfnisse Margaretens, seine Anregung nach Errichtung einer Autobuslinie für Margaretens, zu unterstützen.

GR. Gschladt (E.L.) meint, dass fünfzehn Sitzplätze in einem Autobus zu viel sind. Auch Meidling brauche einen besseren Verkehr, insbesondere eine Autobuslinie von Schönbrunn in die Stadt. Wünschenswert sei auch ein Umsteigverkehr von der Strassenbahn auf den Autobus.

GR. Doppler (E.L.) stellt den Antrag den Autobusverkehr während der Nacht vom Eiterleinplatz nach Dornbach zu verlängern und wenigstens während der Sommermonate eine Autobuslinie über Neuwaldegg nach Hütteldorf und eine zweite über Neuwaldegg nach Salmansdorf zu führen.

Nach einer kurzen Rede des GR. Suhanek (Soz. Dem.) beantwortet Vizebürgermeister Emmerling die verschiedenen Anfragen. Bezüglich der Bankkredite erklärt er, dass diese mit der Steuer gar nichts zu tun haben. Die Bedingungen der Bankkredite sind jeweils Sache des Finanzausschusses. Auf die Anfrage zurückkommend, welche Typen von Autoomnibussen in Verkehr gesetzt werden, erklärt Vizebürgermeister Emmerling, dass dafür die Niederfuhrwagen in Betracht kommen.

Im Jahre 1913 hat die Gemeinde auch einen Autobusverkehr gehabt, doch waren damals sehr lange Intervallen. Das geht heute nicht mehr. Wenn wir nicht alle vier Minuten einen Wagen führen, so suchen die Leute die nächste Strassenbahnlinie auf. Wir werden daher in der verkehrstärken Zeit alle vier Minuten fahren und in der schwächeren Zeit alle sechs Minuten einen Wagen führen. Die Gemeinde hat die Stadtbahn elektrifiziert und befördert heute mehr als hundert Millionen Menschen. Es wurde auch der innerstädtische Autobusverkehr eingerichtet, der ständig erweitert wird. Die fünfzig Wagen bedeuten wieder einen Schritt auf dem Weg zur Verbesserung des Wiener Verkehrs.

Die Vorlage wird dann einstimmig genehmigt. Die Anträge der Gemeinderäte Doppler und Höppeler werden der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen und Vorsitzender Weigl schliesst um zwölf Uhr mitternachts die Sitzung. Nächste Sitzung Freitag, 5 Uhr nachmittags.